

FRAUEN & GENDER POLITIK & POLITIK

in der nationalen und
internationalen Arbeit der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsberichte 2004



**FRAUEN & GENDER
POLITIK POLITIK**

in der nationalen und
internationalen Arbeit der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsberichte 2004

ISBN 3-89892-395-9

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Koordination
Frauen-Politik & Gender-Politik
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Verantwortlich: Dr. Ursula Mehrländer

Redaktion: Renate Faerber-Husemann

Fotos: AdsD, FES, Liebe, picture-alliance / dpa, Vogel
PhotoAlto: Vincent Hazat, Isabelle Rozenbaum,
Sanna Lindberg, Gérard Launet, Eric Audras

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Druck: Printservice von Wirth mbH, Bergheim

Printed in Germany 2005

Vorwort

Frauen-Politik und Gender-Politik haben einen festen Platz in der nationalen und internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das belegen wiederum die Arbeitsberichte 2004, die ich Ihnen hiermit vorlege.

Schwerpunktthema für das diesjährige „Schlaglicht“ ist „Demografischer Wandel und die Frauen“. Die Situation in Deutschland, Frankreich, Polen, Russland und der Türkei wird beispielhaft dargestellt und analysiert. Es zeigt sich, dass die Trends überall dieselben sind. Auch die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Situation der Frauen gleichen sich. Herzlich sei den Auslandskolleginnen und -kollegen gedankt, die die Situationsberichte über das jeweilige Land erarbeitet haben. Der Beitrag über Deutschland stammt von Renate Faerber-Husemann, die auch dankenswerterweise die Redaktion des gesamten „Schlaglichts“ übernommen hat.

Die vielfältigen Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung im In- und Ausland werden aus den einzelnen Beiträgen zur Frauen-Politik und



Gender-Politik deutlich. Dank gebührt allen Kolleginnen und Kollegen, die über ihre Arbeit vor Ort berichtet haben. Soweit möglich haben sie das Schwerpunktthema aufgegriffen und danach ihre Berichte gestaltet. Wegen der Fülle der Beiträge waren Sichtung, Strukturierung und Bearbeitung des bereitgestellten Materials von großer Bedeutung. Daher gilt mein besonderer Dank Renate Faerber-Husemann, die für die redaktionelle Bearbeitung dieser Texte verantwortlich zeichnet.

Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, betonte auf der Zentralen Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2004 in Berlin,

dass in der Frauen-Politik und Gender-Politik in den vergangenen Jahren viel erreicht worden ist. Aber es bleibt auch viel zu tun! In einem erweiterten Europa müssen Strategien für eine fortschreitende Teilhabe der Frauen in Politik und Gesellschaft entwickelt werden. Der Beitrag der privaten Wirtschaft, der öffentlichen Einrichtungen sowie der Politik muss eingefordert werden.

Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik setzt die Veränderung der politischen Kultur voraus: Ein Einstellungswandel ist notwendig, um nachhaltig die Situation von Frauen in Politik und Gesellschaft zu verbessern.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird daher auch in Zukunft die frauenpolitischen und genderpolitischen Anliegen unterstützen. In unserer wissenschaftlichen Arbeit, Politischen Bildung und internationalen Arbeit hat die Frauen-Politik und Gender-Politik einen festen Platz: Veröffentlichungen, Seminare, Fachtagungen und Projekte, die in diesem Arbeitsbericht dargestellt werden, belegen dies!

Dr. Ursula Mehrländer
Koordination Frauen-Politik & Gender-Politik



INHALT

Schlaglicht 6 **Demografischer Wandel und die Frauen**

Deutschland: Spagat zwischen Beruf, Kindern und Pflege 6

Ein Blick über die Grenzen: Warum schaffen andere, was in Deutschland nicht möglich ist? 15

Frankreich: Bevölkerungspolitik ist kein Tabu 16

Polen: Immer noch gilt – Familie oder Beruf 20

Russland: Instabile Familienverhältnisse 21

Türkei: Die Familien werden kleiner 24

Zentrale Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 26

Wissenschaftliche Arbeit 28

Gender Mainstreaming: Widersprüchliche Entwicklungen 28

Historische Forschungsprojekte: Sozialdemokratische Parlamentarierinnen 30

Studienförderung: Repräsentation von Frauen 32

Politische Bildung 34

Forum Frauen- und Genderpolitik in Berlin 34

Landes- und Regionalbüros 39

Landesbüro Brandenburg 39

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern 39

Landesbüro Sachsen-Anhalt 40

Sachsen, Regionalbüro Leipzig 41

Julius-Leber-Forum 41

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg 42

BayernForum München 44

Gesellschaft für Politische Bildung e.V.

Akademie Frankenwarte 45

Regionalbüro Rheinland Pfalz 47

Mit neuesten Trends



Internationale Arbeit	48	Afrika	67
Westeuropa: Büro Brüssel	48	Marokko: Auf dem Wege zur Gleichheit	67
Mittel- und osteuropäische Beitrittsländer	49	Ghana: Frauen so geeint wie selten	68
Polen: Rund um die Europawahlen	49	Asien	
Tschechien: Benachteiligung in Beruf, Privatleben und Politik	51	Libanon: Mehr Frauen in die Politik	69
Slowakei: Kaum Fortschritte für die Frauen	53	Afghanistan: Erfolgreiche Lobbyarbeit für Frauen in der Politik	70
Ost- und Südosteuropa außerhalb der EU	54	Zentralasien: Gleichberechtigung nur auf dem Papier	71
Bulgarien: Die Frauen sind flexibler und oft die Ernährer	54	Mongolei: Man traut den Frauen wenig zu	72
Regionalbüro Belgrad: Frauen in der Arbeitswelt	56	Philippinen: Frauen in bester Verfassung?	74
Kroatien: Der Fortschritt ist eine Schnecke	57	Organigramm	76
Bosnien und Herzegowina: Der Krieg hat die Bevölkerung dezimiert	60	Koordination	
Serbien, Montenegro und Kosovo: Noch ein weiter Weg zur politischen Gleichberechtigung	62	Frauen-Politik & Gender-Politik	80
Albanien: Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich	62	Ansprechpartnerinnen	80
Grundsätze unserer Internationalen Entwicklungszusammenarbeit	64		
Aus den Kontinenten			
Amerika, Afrika und Asien	65		
Amerika	65		
USA: Nur wenig Unterstützung für Frauen zwischen Beruf und Familie	65		
Frauenförderung in Lateinamerika und der Karibik	66		
Ecuador: Wider den Machismo	66		

Deutschland: Spagat zwischen Beruf, Kindern und Pflege

„Kinder kriegen die Leute immer“, wehrte Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahre 1957 die Appelle einiger Minister ab, die statt einer großzügigen Rentenreform lieber eine bessere Ausstattung der Familien haben wollten. Wie sehr der alte Herr irrte, der sich mehr Stimmen von großzügigen Geschenken an Rentner erwartete als von einer Familienpolitik, die diesen Namen verdiente, wissen wir längst. Damals bekam jede Frau im statistischen Durchschnitt 2,6 Kinder, das heißt: Die Bevölkerung wuchs Jahr für Jahr. Heute sind wir bei etwa 1,3 Kindern angelangt, also der Hälfte, und die Bevölkerung schrumpft. Selbst im Jahre 1945 wurden mehr Kinder geboren als in den relativ wohlhabenden und sicheren letzten Jahrzehnten. Zusammen mit Italien, Spanien und Slowenien sind wir Schlusslicht in Europa und haben eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Die Situation wird nach den Berechnungen von Bevölkerungsforschern in Zukunft noch dramatischer werden,

denn die geburtenstarken Jahrgänge wachsen aus dem Lebensalter heraus, in dem man Kinder bekommt.

Lange wurden die für die gesamte Gesellschaft einschneidenden Veränderungen, die sich aus diesen Zahlen ergeben, unterschätzt oder schlicht ignoriert. Viel zu spät wurde die Frage gestellt, was eine alternde und schrumpfende Gesellschaft bedeutet: Für das Wirtschaftswachstum, für die Innovationsfähigkeit eines Landes, für die Lebensqualität, für politische Entscheidungen über Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturen. Es klingt angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen absurd, vor dem Arbeitskräftemangel der Zukunft zu warnen. Doch der scheint unausweichlich, wenn nichts geschieht. Von 82 Millionen Einwohnern sind derzeit 38 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also Steuer- und Beitragszahler. Im Jahre 2040 werden es nur noch 24 Millionen sein, die Hälfte von ihnen älter als 45 Jahre.

Von 82 Millionen Einwohnern sind derzeit 38 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also Steuer- und Beitragszahler. Im Jahre 2040 werden es nur noch 24 Millionen sein, die Hälfte von ihnen älter als 45 Jahre.



Als Hans-Ulrich Klose, damals Vorsitzender einer SPD-Kommission „Demografischer Wandel“, vor zwölf Jahren in einem Buch auf die Folgen hinwies, wurde er von Kollegen in der Politik milde belächelt. Er schrieb:

„Die mittelfristigen und erst recht die langfristigen Effekte der Bevölkerungsentwicklung werden dieses Land und seine Menschen nachhaltiger und einschneidender verändern als viele andere Prozesse, einschneidender selbst als die deutsche Einheit. Sie werden die Gesellschaft prägen: den öffentlichen Sektor der Infrastruktur, die sozialen Sicherungssysteme, den Konsum und die Kultur, die Wohnungsmärkte wie die Arbeitsmärkte, die politischen Machtverhältnisse wie die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, die Mentalitäten wie die Art unseres Zusammenlebens. Seit Mitte der 70er Jahre wird Alterung als Thema in der Fachwelt systematisch diskutiert, ohne von Politik und Wirtschaft hinreichend zur Kenntnis genommen zu werden.“

Inzwischen macht sich niemand mehr Illusionen über die Folgen dieses „Gebärstreiks“ junger Frauen, die anders als die Generation ihrer Mütter und Großmütter die Wahl

haben zwischen einem Leben mit oder ohne Kinder. Ohne massive materielle Hilfen, ohne Unterstützung bei der bisher nur versprochenen, aber nicht realisierten Unterstützung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wird dieses Land immer älter und grauer werden, und irgendwann wird der letzte das Licht ausmachen. Die Verantwortlichen wissen das.

Kinderlasten werden privatisiert

Jede Generation wird künftig ein Drittel kleiner als die zuvor, warnt die Bevölkerungswissenschaft. Und deshalb herrscht nach jahrzehntelanger Ignoranz nun Einvernehmen – parteiübergreifend –, dass nur eine auf die Bedürfnisse junger Frauen konzentrierte Politik Mut machen kann zum Leben mit Kindern. Wenn nichts geschieht, so das bedrohliche Szenarium, das inzwischen und viel zu spät Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Gewerkschaft alarmiert, werden die Deutschen eines Tages aussterben. Und deshalb soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – so DGB-Chef Michael Sommer – „Topthema in diesem Lande werden“. Hoffnung also für junge Frauen, die

heute immer noch vor der schweren Wahl zwischen Kindern oder Karriere stehen, wenn sie sich die jahrelange Mehrfachbelastung nicht zutrauen? Denn bisher wird der Kindernutzen sozialisiert, die Kinderlasten dagegen privatisiert. Übersetzt heißt das: Die Gesellschaft profitiert von jenen, die trotz aller Schwierigkeiten Kinder bekommen. Mütter zahlen die Zeche, durch Verzicht auf Berufstätigkeit, durch schlecht bezahlte Teilzeit-Jobs unter ihrer Qualifikation, durch kleine Renten im Alter.

Warum hat es so lange gedauert, bis das Thema in den Mittelpunkt politischer Diskussionen rückte? Das hatte zum Teil durchaus ehrenwerte Gründe, denn der Staat hatte Skrupel, sich in die privateste Entscheidung von zwei Menschen – nämlich für oder gegen Kinder – einzumischen. Zu tief sind im kollektiven Gedächtnis des Landes die Erinnerungen an die rassistische Bevölkerungspolitik der Nazis mit ihrer Mutterkreuz-Ideologie verankert. Außerdem standen andere Themen

auf der Prioritätenliste. Familienpolitik galt als „weiches Thema“, mit dem man sich beschäftigte, wenn vermeintlich Wichtigeres abgehakt war. Weniger Menschen, so glaubten die einen, könnten einem so dicht besiedelten Land nur gut tun. Besserten sich die Rahmenbedingungen, würden die jungen Frauen schon wieder Kinder bekommen, beruhigten sich die anderen.

Zu lange wollte man also nicht wahrhaben, welche ökonomischen und gesellschaftspolitischen Folgen es haben wird, wenn Geburts- und Sterbedaten dauerhaft unbalanciert sind, wenn Jahr für Jahr weniger Menschen geboren werden als sterben und wenn gleichzeitig dank medizinischer Fortschritte und gesunder Ernährung die Menschen immer älter werden. 18 Prozent der Bevölkerung sind Rentner – Tendenz steigend. Die Rentenlaufzeiten haben sich seit 1960 um 70 Prozent erhöht, von zehn auf 17 Jahre. Das hat auch mit den Frühverrentungen zu tun, vor allem aber mit der für den Einzelnen ja erfreulichen Ent-

wicklung, dass die durchschnittliche Lebenserwartung ständig gestiegen ist und weiter steigen wird.

Mehr berufliche Chancen = mehr Kinder

Viel zu spät setzte eine Diskussion darüber ein, warum andere mit Deutschland vergleichbare westliche Industrieländer – die im Prinzip vor den gleichen Problemen stehen – ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Generationen haben. Warum beispielsweise einige unserer Nachbarn bei einer höheren Frauenerwerbsquote mehr Nachwuchs haben.

In einer gemeinsamen Umfrage von „forsa“, der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, und der Zeitschrift „Eltern“ wurde deutlich, welche Missstände sich in Deutschland ganz unmittelbar auf die Geburtenrate auswirken: Die Hälfte der Befragten hatte Angst um den Arbeitsplatz und wollte deshalb auf Kinder oder weitere Kinder verzichten. 37 Prozent scheuten die Kosten, die Kinder verursachen. Beklagt wurden weiterhin die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten, was dazu führt, dass Eltern in einer Zeit steigender Kosten auf ein Einkommen verzichten müssen. Und das ist klassisch das Einkommen der Mutter.

Das Bundesfamilienministerium hat ausgerechnet, dass ein Kind bis zur Aufnahme eigener Berufstätigkeit durchschnittlich 366.000 Euro kostet. Alle privaten und öffentlichen Kosten wurden zusammengetragen: Unterhalt des Kindes, Betreuung und Bildung, der Verdienstaufschlag der Mutter, ihre entsprechend kleinere Rente usw. 75 Prozent aller Kosten tragen die Eltern direkt, der Staat



nur 25 Prozent. Es ist also nicht verwunderlich, wenn vor allem junge Mütter klagen, das gesamte Klima im Land sei schwierig für Familien. Und so wird die Familienplanung nach dem ersten Kind korrigiert. Statt der ursprünglich von den Eltern geplanten zwei Kinder bleibt es bei einem. „Babyschock“ nennt das die Familienwissenschaft. Denn zwei und mehr Kinder würden noch höhere Kosten und noch längeren Verzicht auf eigene Berufstätigkeit der Frauen bedeuten. Da moderne Verhütungsmittel etwa seit Mitte der 60er Jahre Frauen die Wahl lassen, wird die Entscheidung gerade bei gut ausgebildeten Frauen immer weiter hinausgeschoben – oft, bis es zu spät ist.

Neidvoll blicken deutsche Politikerinnen, die sich mit den Ursachen und Folgen der niedrigen Geburtenraten beschäftigen, deshalb auf andere Länder – und besonders gerne nach Skandinavien. Bundesfamilienministerin Renate Schmidt las vor einiger Zeit Managern deutscher Großbetriebe die Leviten und erntete von den Frauen im Plenum viel Beifall, als sie sagte: „In Schweden kann sich ein leitender männlicher Angestellter leisten, um 15 Uhr zu sagen, ich muss jetzt meine Kinder aus der Kita abholen und das wird akzeptiert. Bei uns wird gesagt, so ein Waschlappen, das soll doch seine Frau machen.“

Tief beeindruckt war die frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis von einer kleinen Szene während eines Be-

suchs bei der schwedischen Regierung. „Da fuhr ein Dienstwagen vor, eine junge Frau mit einem Baby stieg aus. Ein Mitarbeiter holte den Kinderwagen aus dem Kofferraum und klemmte ihn unter den Arm. Der Chauffeur trug die Akten. Die junge Mutter war eine Ministerin auf dem Weg zur Kabinetsitzung. Unvorstellbar bei uns.“

Kinderlos trotz Kinderwunsch

In Deutschland sind 40 Prozent der heute 40-jährigen Akademikerinnen kinderlos. Insgesamt bleibt etwa ein Drittel der Frauen vom Jahrgang 1965 und später ohne Nachwuchs. Die meisten kinderlosen Frauen, so sagen Untersuchungen seit Jahren, hätten gerne Nachwuchs gehabt. Doch entweder fehlte es in den entscheidenden Jahren an einem zuverlässigen Partner oder sie fürchteten realistisch, auf eine auch nur bescheidene Karriere verzichten zu müssen.

Seit einigen Jahren registrieren Bevölkerungsforscher wie Reiner Klingholz vom Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung ein weiteres anscheinend spezifisch deutsches Problem. In einigen ostdeutschen Landkreisen kommen inzwischen auf 100 Männer nur noch 76 Frauen. Der Grund? Die jungen Frauen sind oft wesentlich qualifizierter als die Männer und wegen der schlechten Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland zur Mobilität gezwungen. Sie wandern ab, vor allem nach Süddeutschland, in den Köln-



Bonner Raum, nach Hamburg und Berlin. Das sind gleichzeitig die Regionen, die die besten Aussichten haben, ihre Bevölkerung auch in Zukunft relativ stabil zu halten. Nicht weil dort mehr Kinder geboren werden, sondern wegen dieser Zuwanderung von jungen Menschen. Die hohe Qualifikation vieler jüngerer Frauen hat Folgen auch für die private Zukunftsplanung. Etwas pauschal gesagt: Frauen neigen dazu, „nach oben“ zu heiraten oder sich zumindest Partner auf gleicher Augenhöhe zu suchen. Männer dage-

Das Bundesfamilienministerium hat ausgerechnet, dass ein Kind bis zur Aufnahme eigener Berufstätigkeit durchschnittlich 366.000,- € kostet. Alle privaten und öffentlichen Kosten wurden zusammengetragen.

gen meiden eher die intellektuelle und materielle Konkurrenz zu Hause, möchten der überlegene Teil in einer Lebenspartnerschaft sein. Beispiel Reiner Klingholz: Chefarzt und Krankenschwester ist normal, Chefärztin und Krankenpfleger nicht. Und das hat Folgen, denn je anspruchsvoller Frauen durch ihre eigene Ausbildung sind, desto schwerer tun sie sich damit, einen Partner zu finden, mit dem sie eine Familie gründen wollen. Auch das erklärt die hohe Zahl von Single-Haushalten in jüngeren und mittleren Jahren.

Die Frauen lassen sich immer seltener und wenn, dann nur ungern, auf das klassische Modell ein: Vater ist der Ernährer, Mutter arbeitet halbtags mit oder bleibt ganz zu Hause. Das Ehegattensplitting und die Möglichkeit langer Auszeiten durch die Elternzeit fördern allerdings immer noch das traditionelle Familienmodell. In über der Hälfte aller Familien mit Kindern unter sechs Jahren verdient der Mann allein das Geld. Nur sechs Prozent der Paare aber sind mit dieser Arbeitsteilung zufrieden. Die große Mehrheit der Paare kapituliert nur vor den Schwierigkeiten: Flexible Arbeitszeiten sind rar. Sie finden keine Betreuung für ihre Kinder, die beiden Eltern eine Berufsarbeit möglich macht. Die Kosten für Ganztagskindergarten, Tagesmutter, Kinderfrau oder Au pair sind so hoch, dass sich die doppelte Berufstätigkeit nicht rechnet. Viele Frauen machen dann die frustrierende Erfahrung, dass der geplante Ausstieg auf Zeit zu einem ungewollten Ausstieg für immer führt oder zu einer Reihe von – meist befristeten – Jobs, die ihrer einstigen Ausbildung und ihren Ansprüchen

auf Unabhängigkeit nicht entsprechen. Das ist kein Lebensmodell, das sich jungen Frauen mit Abitur und Studium zur Nachahmung empfiehlt.

Milliarden teure Investitionen notwendig

Politik und Wirtschaft sehen den Zusammenhang zwischen niedriger Geburtenrate und verweigerter beruflichen Chancen für Frauen, die sich auf das Abenteuer Familie einlassen wollen, durchaus. Und sie müssen nun ausgerechnet in einer Zeit gegensteuern, jahrzehntelange Versäumnisse korrigieren, in der um jeden Cent gefeilscht wird. Kommunen, Länder, Bund sind guten Willens, die Kinderbetreuung auszubauen – doch die Kassen sind leer. Zum 1. Januar 2005 ist das so genannte „Tagesbetreuungsausbaugesetz“ in Kraft getreten, das Kommunen verpflichtet, bis zum Jahre 2010 ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten anzubieten. Milliardenbeträge werden notwendig sein. Für den Familienwissenschaftler Max Wingen sind das alternativlose „Investitionen in die Zukunftssicherung“. Auch die Wirtschaft weiß, dass sie in wenigen Jahren auf die Arbeitskraft der jungen Mütter angewiesen sein wird, weil es in einer überalterten und schrumpfenden Gesellschaft an qualifizierten Arbeitskräften fehlt, weil die Sozialversicherungssysteme aus dem Ruder laufen, weil bisher niemand eine Antwort darauf hat, wer die dramatisch zunehmende Zahl sehr alter und pflegebedürftiger Menschen finanzieren und pflegen wird.

Keine junge Frau aber bekommt heute Kinder, damit morgen die Rente noch bezahlt werden kann. Das sind für die jungen Paare, vor allem die jungen Frauen, eher abstrakte Überlegungen. Ihre Realität wird bestimmt von dem Wissen, dass sie als Mütter wenig Chancen haben, im Bewerbungsgespräch potenzielle Arbeitgeber von ihren Fähigkeiten zu überzeugen. Kinder gelten im Berufsleben als eine Art Behinderung. Übrigens nur bei Frauen. Bei männlichen Bewerbern ist Nachwuchs, also „ordentliche Familienverhältnisse“ eher ein Plus.

Wenn Frauen ihren Kinderwunsch hinausschieben, bis es zu spät ist, dann hat das mit harten Fakten zu tun: Für nur drei Prozent der unter Dreijährigen gibt es einen Krippenplatz. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für die Drei- bis Sechsjährigen ist beschränkt auf einen halben Tag, vielleicht noch einmal auf zwei Stunden am Nachmittag. Das wirkliche Elend für berufstätige Mütter aber beginnt mit der Grundschulzeit, mit den nach wie vor unberechenbaren Stundenplänen, den fehlenden Hortplätzen, dem Zwang, die Nachmittage als unbezahlte Hilfslehrerinnen zu verbringen und den langen Ferien. Angesichts der hohen Zahl der Scheidungen – in Großstädten geht jede zweite Ehe auseinander – müssen sich verantwortungsbewusste Frauen auch fragen, ob sie sich und ihre Kinder im Zweifelsfall alleine ernähren können – ohne zum Sozialhilfefall zu werden.

Auch in stabilen Beziehungen können sie auf die Männer nur in Ausnahmefällen zählen. Angefangen von der verschwindend geringen

Zahl der Väter, die sich auf die Elternzeit einlassen – es sind immer noch nur knappe fünf Prozent – bis zu Personalchefs, die kinderlose Bewerberinnen bevorzugen, stoßen Frauen an eine gläserne Decke, wenn sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leben wollen.

Es ist also ein ganzes Bündel von Gründen, das zu dem geführt hat, was man heute „die drohende demografische Katastrophe“ nennt. Finanzielle Hilfen allein bieten keinen Ausweg, sonst müsste Deutschland ein Paradies für Familien sein. Wir sind das Land mit den längsten Job-Auszeiten mit Rückkehrgarantie in den Beruf. Ehegattensplitting, Kindergeld, Steuervergünstigungen und zahlreiche andere Transferleistungen addieren sich zu enormen Summen. Für Kindergeld allein gibt der Staat im Jahr 30 Milliarden Euro aus. Die Betreuung der Kinder ist Bund, Ländern und Gemeinden nach einer Rechnung der Bundesbank allerdings nur sieben Milliarden Euro wert. Man weiß längst, dass auch ein hohes Kindergeld von zur Zeit gut 150 Euro pro Kind die Geburtenrate nicht steigern kann, so lange einer der raren Kita- oder Kindergarten-

plätze einschließlich Mittagessen den bürgerlichen Mittelstand zwischen etwa 300 und mehr als 400 Euro im Monat kosten kann. Es wird vermutlich im Vergleich zu unseren Nachbarländern nicht zu wenig Geld ausgegeben für die Familien, sondern an der falschen Stelle.

Aktive Familienpolitik bringt Geld in die Kassen

Auch wenn es den Königsweg nicht gibt, bleibt eine aktivere Familienpolitik alternativlos. Mittelfristig würde sich das, so machen Volkswirte und Bevölkerungswissenschaftler der Politik Mut, sogar rechnen – sowohl für die jungen Frauen, denen eine Entweder-oder-Entscheidung erspart bleibt als auch für die Gesellschaft. Eine vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung (DIW) sagt eindeutig, dass für jeden Euro, der für Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand ausgegeben wird, drei

bis vier Euro in die öffentlichen Kassen gespült werden: durch zusätzliche Einnahmen für die Sozialversicherungen und die Steuerkassen und durch weniger Sozialhilfeleistungen. Auch für die Wirtschaft rechnet sich laut Prognos-Institut familienfreundliches Verhalten. Die Kalkulation sieht so aus: Wenn eine Firma mit 1.500 Mitarbeitern im Jahr 305.000 Euro ausgibt für Kindergarten, flexible Arbeitszeiten und Telearbeit, spart sie im Jahr 380.000 Euro, macht einen Gewinn von 75.000 Euro. Der Spareffekt ergibt sich aus der Mitarbeiterbindung an das Unternehmen, aus kürzerer Elternzeit und damit gesparten Einarbeitungskosten.

Bevölkerungswissenschaftler wie Professor Josef Schmid stützen diese Thesen. „Wenn man bevölkerungspolitisch eine Umkehr erreichen will, muss man bei Ganztageskrippen, -kindergärten, -schulen ansetzen.“ „Geld allein hilft wenig“, antwortet er jenen, die sich für eine weitere Erhöhung des Kindergeldes

Wenn man bevölkerungspolitisch eine Umkehr erreichen will, muss man bei Ganztageskrippen, -kindergärten, -schulen ansetzen. Geld allein hilft wenig!



einsetzen oder für andere zusätzliche Mittel zur Geburtenförderung. „Wenn nicht gegengesteuert wird“, so seine und seiner Kollegen Warnung, „dann macht wirklich irgendwann der Letzte das Licht aus.“

Immer noch halten viele Politiker solche Berechnungen für Schwarzmalerei und sagen, in einem reichen Land mit einer guten Infrastruktur in der Mitte Europas würde kein Vakuum entstehen. Man könne die Probleme durch gezielte Zuwanderung lösen. In Zahlen: 200.000 beruflich qualifizierte Zuwanderer pro Jahr, die in das Anforderungsprofil einer hochentwickelten Industriegesellschaft passen, könnten einen Teil der Probleme lösen, wenn gleichzeitig mehr Frauen in jüngerem Alter als heute Kinder bekommen würden. Will man die Bevölkerungszahl von heute 82 Millionen halten, müssten es allerdings sehr viel mehr Zuwanderer sein, und zwar Menschen, die in einer Wissensgesellschaft gebraucht werden. Leider haben die Deutschen in den letzten Jahren lernen müssen, dass ihr Land etwa für junge Menschen im High Tech-Bereich längst nicht das Land ihrer Wahl ist. Zu hoch sind die bürokratischen Hürden, zu hoch auch die Sprachbarrieren. Die so geringschätzig „Computer-Indier“ genannten IT-Spezialisten gehen deshalb lieber gleich in die USA. Und international ausgerichtete Konzerne machen sogar die Erfahrung, dass die fehlenden Ganztagschulen und die schlechte Kinderbetreuung insgesamt sich als Bremserweisen. Junge ausländische Paare, die man gerne einige Jahre in den deutschen Konzernzentralen hätte, würden abwinken, wenn sie mit der deutschen Familienrealität



konfrontiert werden, ist die Erfahrung von Vorstandsmitgliedern und Personalchefs. Insgesamt nimmt die Zuwanderung nach Deutschland ab und war 2003 auf dem niedrigsten Stand seit 1991. 769.000 Menschen sind zugezogen, 626.000 abgewandert. Der Trend scheint sich fortzusetzen, heißt es im letzten Migrationsbericht der Bundesregierung. Gründe sind einmal die schwierige Arbeitsmarktlage, zum anderen die strengeren Bedingungen für Spätaussiedler und ihre Familienmitglieder. Die Hoffnung auf Nachwuchs durch Zuzug ist auch aus anderen Gründen trügerisch. Selbst Frauen, die aus jungen, kinderreichen, traditionell kinderfreundlichen Kulturen kommen, passen ihr – wie das heißt – „demografisches Verhalten“ rasch den deutschen Realitäten an.

Die „Sandwich-Generation“

Sind die Kinder erwachsen, wird die Situation in immer mehr Familien nicht einfacher. Während die Eltern noch das Studium von Sohn und Tochter finanzieren, brauchen unter Umständen schon die eigenen, alt gewordenen Eltern praktische und materielle Hilfe. Auch bei guter Rente ist ein Platz im Alten- oder gar Pflegeheim heute ohne Hilfe kaum zu finanzieren, wenn kein Vermögen da ist.

Nicht ohne Grund nennt man die mittlere Generation die Sandwich-Generation: Noch verantwortlich für die eigenen Kinder und schon verantwortlich für die Eltern. Selbst wenn die in der eigenen Wohnung leben, brauchen sie mehr Zuwendung: Regelmäßige Besuche, oft über weitere Entfernungen, Hilfe im All-

tag, Chauffeursdienste bei Arztbesuchen. Wie eh und je liegt die Verantwortung überwiegend bei den Töchtern und Schwiegertöchtern. 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden heute zu Hause versorgt, entweder in der eigenen Wohnung oder in einer Hausgemeinschaft mit den Kindern. Für die Zukunft können sich das nur 45 Prozent der Bundesbürger vorstellen. Und damit sind sie Realisten, wie Zahlen beweisen: Etwa zwei Millionen Menschen sind derzeit auf Hilfe angewiesen. Im Jahre 2020 werden es 2,9 Millionen sein und im Jahre 2050 dann 4,7 Millionen. Wer aber soll die „Hochbetagten“ pflegen, wenn ihre Zahl wächst und die der jungen Leute schrumpft? Und wer soll sich um die kinderlosen Singles kümmern? Und wer trägt die Kosten, wenn es keine unterhaltspflichtigen Kinder gibt?

Das Durchschnittsalter wird dank des medizinischen Fortschritts weiter wachsen, von heute 75 Jahren auf erfreuliche 83 Jahre bei Männern, von 82 auf 88 Jahre bei Frauen. Das prophezeit uns die Wissenschaft für die nächsten Jahrzehnte. Wenn selbst bei den über 95-Jährigen von heute nur neun Prozent in Heimen leben (und das Durchschnittsalter beim Umzug ins Heim 83 Jahre ist), dann heißt das in vielen Fällen, dass die hochbetagten Eltern von Töchtern und Schwiegertöchtern versorgt werden. Diese sind oft selbst schon im Rentenalter und müssen – früher der Kinder wegen, nun der Alten wegen – auf die Erfüllung eigener Lebenswünsche weiterhin verzichten. Studien der Altersforscherin Ursula Lehr haben immer wieder aufgezeigt, wie sehr diese Frauen sich psychisch und physisch über-

Etwa zwei Millionen Menschen sind derzeit auf Hilfe angewiesen. Im Jahre 2020 werden es 2,9 Millionen sein und im Jahre 2050 dann 4,7 Millionen. Wer aber soll die „Hochbetagten“ pflegen, wenn ihre Zahl wächst und die der jungen Leute schrumpft?

fordern, vor allem wenn sie sich um demente Angehörige kümmern. An einer Demenz leiden in Deutschland heute fast eine Million der über 65-Jährigen, bei den über 95-Jährigen ist es jeder oder jede Zweite.

Die Zukunft sieht also für Frauen, die sich verantwortlich fühlen für die Familie, nicht rosig aus. Teilten sich früher mehrere Geschwister die materielle und die direkte Sorge für die alt gewordenen Angehörigen, so ruht in Zukunft die Verantwortung oft auf den Schultern des einzigen Kindes, sprich: der Tochter oder Schwiegertochter. Sie wird mehrfach belastet sein. Denn wenn die Gesellschaft schrumpft und gleichzeitig die Zahl der Rentner mit einer immer längeren Lebenszeit zunimmt, dann bedeutet das vermutlich eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für alle, die noch fit sind. 25 und mehr Jahre Rentenlaufzeit werden nicht finanzierbar sein von den weniger werdenden Arbeitnehmern, den kleinen Selbständigen, den Mini-Jobbern. Die goldenen Jahre des immer

früheren Ruhestandes bei lebensstandard-sichernder Versorgung gehen zu Ende. Ein Rentenalter von 67, vielleicht sogar von 70 und mehr Jahren ist in der Diskussion, weil künftig jede Hand – und jeder Kopf – gebraucht wird, aber auch, weil anders die Sozialversicherungssysteme nicht mehr finanzierbar sind. Die Frauen haben hier schon in der Vergangenheit einen großen Beitrag geleistet – ohne zu murren oder zu demonstrieren. Durften sie früher mit 60 Jahren, also fünf Jahre vor den Männern, in die Rente gehen, so ist ihr Rentenalter inzwischen längst dem der Männer angepasst. Früher in den Ruhestand geht es nur mit spürbaren Abschlägen, was sich gerade Mütter mit ihrer lückenhaften Berufsbiografie immer weniger leisten können. Denn ihre Durchschnittsrente ist traditionell niedriger als die der Männer: Sie verdienen weniger, sie haben wegen der Kinder jahrelang mit dem Beruf ausgesetzt, haben Teilzeitarbeit geleistet, weil Haushalt und Kinder trotz eigener Berufstätig-





tigkeit besonders in Deutschland weitgehend als „Frauensache“ galten und wohl immer noch gelten.

Wenn sie Pech haben, bleiben sie auch als Rentnerinnen die „Hamster im Rad“, die sie in der Zeit der Kinderbetreuung waren: Es ist nicht selten, dass 65-jährige Frauen sich zusätzlich um hochbetagte Eltern kümmern und wenn sie 75 und älter sind, um ihren pflegebedürftigen Ehemann.

Solidarität wird bestraft

Es sind also die vielfach belasteten Frauen, die auch den größten Beitrag für die gesamte Gesellschaft leisten und zwar in mehrfacher Beziehung. Familien mit Kindern bleibt wenig Geld für die „Riester-Rente“ übrig, vor allem Frauen machen kaum Gebrauch davon. „Wer im Privaten Solidarität lebt, wird im staatlichen Solidarverband bestraft“, hat die Bundesverfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt geschrieben. Alt gewordene Singles nehmen soziale Leistungen sehr viel stärker in Anspruch als Familien, die solche Leistungen erst gar nicht abrufen,

„Wo der Arbeitsplatzzerhalt immer unsicherer, die zeitliche und örtliche Verfügbarkeit der Arbeitskraft immer grenzenloser wird und Kinder dabei immer hinderlicher sind, wird Familie in der schönen neuen Welt der flexiblen Einzelkämpfer um einen Platz an der Arbeitssonne zum Klotz am Bein. Wen wundert es noch, dass immer mehr junge Menschen trotz ihres ungebrochenen Kinderwunsches vor einer Familiengründung zurückschrecken?“

rechnet sie vor. Ehefrauen, Töchter, Schwiegertöchter entlasten und subventionieren die Pflegeversicherung ganz direkt durch persönliche Pflege. Ein weiteres einleuchtendes Beispiel von vielen, das sie nennt: In Großstädten mit einer hohen Zahl an Single-Haushalten ist die Zahl von Krankenhauspatienten und deren Verweildauer deutlich höher als in Regionen mit einem größeren Anteil an Familienhaushalten. „Hilfsorganisationen im Privaten“ nennt die Richterin dies und zeigt, wie gerade Frauen mit Familie und Verantwortungsgefühl bei hoher Belastung sozial abgehängt werden: Bei Einkommen und Karriere, bei der Altersversorgung. Ihr Fazit:

„Wo der Arbeitsplatzzerhalt immer unsicherer, die zeitliche und örtliche Verfügbarkeit der Arbeitskraft immer grenzenloser wird und Kinder dabei immer hinderlicher sind, wird Fami-

lie in der schönen neuen Welt der flexiblen Einzelkämpfer um einen Platz an der Arbeitssonne zum Klotz am Bein. Wen wundert es noch, dass schon jetzt immer mehr junge Menschen trotz ihres ungebrochenen Kinderwunsches vor einer Familiengründung zurückschrecken?“

Vieles mag sich in den nächsten Jahren bessern für die heute jungen Frauen. Statt hoher Arbeitslosigkeit dürfte Arbeitskräftemangel herrschen, vor allem in den qualifizierten Berufen, im Dienstleistungssektor, im Bereich Gesundheit und Pflege. Dann werden Wirtschaft und Staat ganz pragmatisch reagieren und auch Frauen mit Kindern umwerben, weil sie auf jede gut ausgebildete Arbeitskraft angewiesen sind. Frauen aller Altersstufen werden davon profitieren: Die Betriebe werden jungen Müttern flexible Arbeitszeiten und vielleicht sogar Betriebskinder-

gärten bieten. Die Schulen werden sich so organisieren, dass Eltern und Kinder gemeinsam nach Hause kommen – wie das in vielen unserer europäischen Nachbarländer seit Jahrzehnten selbstverständlich ist.

Es gibt Auswege – aber nicht zum Nulltarif

Bei all dem Lamentieren über die vergreisende Republik und den angeblichen Hedonismus junger Frauen wird eines gerne vergessen: Die Welt ist jung, alt sind nur die klassischen Industrieländer. Gewiss, Zuwanderung wird nicht alle unsere Probleme lösen können – und sie bringt neue mit sich. Die Folgen verweigerter Integrationsanstrengungen in der Vergangenheit erleben wir täglich. Und doch werden wir die Diskussion führen müssen, ob wir weiterhin in Beschaulichkeit gemeinsam alt werden oder ob wir nicht doch die Türen weiter aufmachen wollen für Menschen aus anderen Regionen und anderen Kulturen. Was heute schon im großen Stile illegal geschieht, nämlich dass Frauen aus Peru oder den Philippinen unsere Wohnungen sauber halten, dass Russinnen sich um die Kinder kümmern, Rumäninnen altersgebrechlichen Menschen das Pflegeheim ersparen – und damit uns allen viel Geld – wird stillschweigend geduldet. Doch wir gehen immer noch nicht ehrlich mit dem Thema um, denn eine Legalisierung dieser Realität ist nicht in Sicht. Zu fremd ist immer noch der Gedanke, dass deutscher Nachwuchs milchkaffeefarben sein könnte, mandelförmige Augen und schwarze Locken hat. In den USA, in Kanada und Australien, klassischen Einwanderungsländern, ist

das längst Alltag. Und niemand muss dort die „demografische Katastrophe“ fürchten oder das Regiment egoistischer Greise.

Viel wurde in den letzten Jahren geschrieben über den kommenden Krieg der Generationen. Noch ist die Generation im Rentenalter, die gelernt hat, das Geld zusammenzuhalten, die den eigenen Kindern beim Hausbau half und den Enkeln beim Studium. Doch was wird sein, wenn eine selbstbewusste Generation mit einem starken Anteil an Singles ins Alter kommt? Werden sie mit ihrer Macht, die sich aus ihrer hohen Zahl ergibt, den Alltag der Jüngeren prägen? Nach dem Motto: Mehr Golf- als Bolzplätze. Altengerechte statt familiengerechte Wohnungen. Altenzentren statt Kindergärten. Immer höhere Ausgaben für Rente und Pflege, immer weniger für die Familien.

Mit politischen und gesellschaftlichen Weichenstellungen lassen sich solche Horror-Szenarien auch heute noch verhindern, könnte sich die Bevölkerung in Deutschland auf einem niedrigeren Niveau – Bevölkerungswissenschaftler halten eine Zahl von etwa 60 Millionen für realistisch – wieder einpendeln. Das aber wird nur gelingen, wenn junge Frauen, die Mütter werden möchten, die gleichen Lebenschancen bekommen wie ihre männlichen Partner, wenn sich nicht mehr reichsparen kann, wer auf Kinder verzichtet und Armutrisiken eingeht, wer das Abenteurer Familie wagt.

Ein Blick über die Grenzen: Warum schaffen andere, was in Deutschland nicht möglich ist?

Alle Erklärungen der Wissenschaftler stoßen schnell an ihre Grenzen. Warum zum Beispiel haben Italien, Griechenland und Spanien – drei als besonders kinderfreundlich geltende Länder – die niedrigsten Geburtenraten von 17 untersuchten europäischen Ländern? Wo doch immer wieder behauptet wird, die Kinderfeindlichkeit in Deutschland sei einer der wichtigsten Gründe für die Verweigerung des Nachwuchses.

Die höchste Geburtenrate hat Irland. Warum? Die Familienpolitik dort ist nicht besser oder schlechter als in vielen anderen Ländern. Vielleicht spielt die katholische Religion dort eine größere Rolle als anderswo. Vielleicht auch die – trotz des immensen Wirtschaftswachstums – immer noch stark ländlich geprägte Struktur des Landes.

Direkt auf Irland mit 1,97 Kindern pro Frau folgt Island mit 1,93 Kindern. 90 Prozent aller Isländerinnen sind erwerbstätig. In Italien, Griechenland und Spanien sind es nur jeweils etwa 60 Prozent. Bevölkerungswissenschaftler sehen da einen Zusammenhang: Je leichter es Frauen gemacht wird, trotz mehrerer Kinder im Beruf zu bleiben, desto eher lassen sie sich auf das zweite oder dritte Kind ein. Die vergleichsweise günstige Situation in den skan-

Die höchste Geburtenrate hat Irland. Die Familienpolitik dort ist nicht besser oder schlechter als in vielen anderen Ländern. Vielleicht spielt die katholische Religion dort eine größere Rolle als anderswo. Direkt auf Irland mit 1,97 Kindern pro Frau folgt Island mit 1,93 Kindern. 90 Prozent aller Isländerinnen sind erwerbstätig.

dinavischen Ländern Norwegen, Finnland, Schweden und Dänemark stützt diese Theorie. Dort ist die Frauenerwerbstätigkeit hoch, die Zahl der Kinder sehr viel höher als beispielsweise in Deutschland oder den Mittelmeerländern. Die – relativ – geburtenstarken Länder des Nordens haben eines gemeinsam: In diesen Staaten wird seit vielen Jahrzehnten eine aktive Familienpolitik gemacht. Sie setzen nicht in erster Linie auf Steuererleichterungen und finanzielle Zuwendungen für Familien. Dagegen ist öffentliche Kinderbetreuung von der Krippe bis zur Ganztagschule eine Selbstverständlichkeit. Das führt dazu, dass Frauen genau wie Männer erwerbstätig sind, also ihre ökonomische Selbständigkeit behalten und nicht in finanzielle Abhängigkeit vom „männlichen Ernährer“ geraten. Gleiche Rechte und Pflichten für Männer und Frauen in Beruf und Familie sind dort zusa- gen Staatsdoktrin.

Es kommt noch etwas hinzu, vermuten die Forscher. Der lange Atem in der Familienpolitik, also die Verlässlichkeit für die Menschen, die über eine Familiengründung nach-

denken. Skandinavische Eltern und solche, die es werden wollen, haben Planungssicherheit. Sie wissen, dass sie nicht – wie immer noch in Deutsch-

Frankreich: Bevölkerungspolitik ist kein Tabu

Ein gutes Beispiel dafür ist Frankreich: Mit 1,89 Kindern pro Frau (in Deutschland 1,31) steht das Land an dritter Stelle von 17 untersuchten west- und südeuropäischen Ländern. Die Vereinbarkeit von Kindern und Karriere ist für Französinen eine Selbstverständlichkeit. Konsequente Familienpolitik wird dort kontinuierlich seit mehr als einem Jahrhundert betrieben. Und man hat sich nie gescheut, dies ganz offen unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten zu tun. In früheren Jahrzehnten standen materielle Hilfen im Vordergrund, heute sind es organisatorische. Frankreich konnte dies unbefangen tun. Deutschland nicht, denn durch die Mutterkreuz-Ideologie der Nazizeit war jede Form von gezielter und öffentlich debattierter Bevölkerungspolitik verpönt. Es lohnt sich, die Situation im Nachbarland

land – um einen Betreuungsplatz für ihr Kind betteln müssen. Niemand unterstellt berufstätigen Frauen „Rabenmutter-Verhalten“.

Frankreich genauer anzuschauen, denn sozial-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitisch sind die beiden Länder Deutschland und Frankreich in vielem vergleichbar:

Der französische Wirtschaftswissenschaftler und Vorsitzende des Geopolitischen Instituts Yves-Marie Laulan erklärte in einer Sendung des Deutschlandfunks vom 14. 2. 05: „In Frankreich ist Demografie zu einer intellektuellen Disziplin geworden, die auch in den Medien einen festen Platz einnimmt.“ Im Gegensatz zu Frankreich, wo Demografie als Wissenschaft sehr ernst genommen und viel öffentlich diskutiert wird, habe die politische Klasse in Deutschland das Thema „Bevölkerungspolitik“ aus Angst vor negativen Konnotationen dieses Begriffes mit der Nazi-Zeit systematisch verschwiegen und die Bürger nie vor den (wirtschaftlichen) Gefahren des Schrumpfungsprozesses der Bevölkerung gewarnt.

Demografische Entwicklung

Das Schaubild der Bevölkerungspyramide wird sich auch in Frankreich in den nächsten Jahren mehr zur „Pilzform“ hin entwickeln, allerdings werden die Bevölkerungszahlen der jungen Generationen aufgrund der relativ stabilen Geburtenrate nicht so stark rückläufig sein wie z.B. in Deutschland.



Auffallend war in den letzten Jahren, dass die Lebenserwartung von Frauen im Schnitt fast acht Jahre mehr betrug als die der französischen Männer (durchschnittliche Lebenserwartung 2000: Frauen 82,2 Jahre, Männer 75,2 Jahre). Dieser Abstand hat sich in den vergangenen Jahren ein wenig verringert, für 2004 liegen die Zahlen von 83,8 Jahren für Frauen und 76,7 Jahren für Männer vor. Französinnen haben damit eine der höchsten Lebenserwartungen weltweit.



Ein gutes Beispiel dafür ist Frankreich: Mit 1,89 Kindern pro Frau (in Deutschland 1,31) steht das Land an dritter Stelle von 17 untersuchten west- und südeuropäischen Ländern.

Geburtenrate

Frankreich hat mit einer (relativ stabilen) Geburtenrate von 1,9 Kindern pro Frau eine der höchsten Geburtenraten in der EU. Der Trend weist darauf hin, dass Französinnen zunehmend später dem Kinderwunsch nachgeben (Daten Insee): Das Durchschnittsalter der französischen Mutter lag im Jahr 2004 im Schnitt bei 29,6 Jahren (1990 noch bei 28,3). Kamen 1980 nur 3 Geburten auf 100 Französinnen über 40, sind es 2004 schon 6,4. Die unter 25-Jährigen hingegen lassen sich mit dem Mutterwerden immer mehr Zeit, statt 60,8 Geburten im Jahr 1980 kommen 2004 nur 27,5 Geburten auf 100 Frauen dieser Altersgruppe.

Das Bevölkerungswachstum hängt nur bedingt mit der Einwanderung zusammen; die Geburtenzahl der eingewanderten Französinnen hat heute fast den nationalen Schnitt erreicht. „Der Anstieg der Geburtenrate der vergangenen Jahre lässt sich, im Gegensatz zu den neunziger Jahren, nicht mehr auf die Gebärfreudigkeit junger Einwanderinnen zu-

rückführen, sondern stützt sich nach demografischen Erkenntnissen auf die Geburtenfreudigkeit der Französinnen zwischen dreißig und fünfunddreißig, die soziokulturell gehobenen Gruppen angehören.“ (FAZ 22.1.05)

Kinderbetreuung und Familienpolitik

Voraussetzung dafür sind unter anderem die zahlreichen staatlichen Vorkehrungen wie personeller und finanzieller Ausbau der Kinderbetreuung: 450.000 Frauen arbeiten als staatlich anerkannte assistantes maternelles (Tagesmutter); der Betreuungsbereich soll noch weiter ausgebaut werden. Ganztägige Kinderbetreuung ist ab dem dritten Lebensjahr zu 99% durch die écoles maternelles (Kindergarten) garantiert. Sie unterstehen dem Bildungsministerium, ihr Besuch ist freiwillig und kostenlos.

Kindergeld (allocations familiales) gibt es erst ab dem zweiten Kind – ein deutlicher Hinweis dafür, dass die französische Familienpolitik direkt

auf die Zwei- oder sogar Drei-Kind-Familie ausgerichtet ist. Im Vergleich mit Deutschland erscheint der Betrag relativ gering: für zwei Kinder bekommt man insgesamt 115,07 € im Monat, für drei Kinder 262,49 € im Monat, für jedes weitere Kind zusätzlich 147,42 €/Monat.

Stellt ein Elternteil die Arbeit vorübergehend ein oder arbeitet halbtags, werden neben dem Kindergeld zusätzlich 512,64 € (bei Einstellung der Arbeit), 338,96 € bzw. 256,34 € (abhängig von der Teilzeitarbeit) an die Familien ausbezahlt – allerdings nur bei mehr als zwei Kindern im Haushalt, von denen eines unter drei Jahren ist.

Die Kinderbetreuung soll ein Angebot für alle sozialen Schichten sein, weshalb Eltern als Arbeitgeber für die private Betreuung ihrer Kinder Zuschüsse für Gehalt und Sozialversicherung der Kinderfrauen bekommen. Auch diese Zuschüsse sind einkommensabhängig und können je nach Alter der zu betreuenden Kinder zwischen 1.604 € und 535 €/Trimester variieren. Eltern können außerdem unabhängig vom Alter

ihrer Kinder Steuererleichterungen von bis zu 5.000 € im Jahr bekommen, wenn sie eine Kinderfrau im eigenen Heim engagieren. Diese Steuererleichterungen gelten nicht nur für die Kinderbetreuung zu Hause, sondern für die Einstellung von Personal in Privathaushalten allgemein und sollen dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und Schwarzarbeit zu bekämpfen.

Auch für französische Familien gibt es Kinderfreibeträge zur Steuerentlastung, die sich vor allem für höhere Einkommen auswirken. Die Berechnung des Steuersatzes erfolgt durch die Einbeziehung eines Familienquotienten, der abhängig von der Anzahl der unter 18-jährigen Kinder ist. Zusätzlich zu den *allocations familiales* werden in Frankreich mit dem dritten Kind einkommensabhängig Unterstützungszahlungen geleistet (*complément familial*). Bei mehreren Kindern liegt der Betrag durch die einkommensabhängige *complément familial* für einkommensschwache Familien höher als der für einkommensstarke Familien.

Auch die Unternehmen werden mit Steuererleichterungen dazu ermutigt, sich um unternehmensinterne Kinderbetreuung zu kümmern.

Erwerbstätigkeit

80 Prozent der Französinen mit zwei Kindern gehen ihrem Beruf nach (in Deutschland sind es nur knapp 60 Prozent). Von den Französinen mit zwei Kindern unter sechs Jahren arbeiten mehr als 70 Prozent. Die Soziologin Jeanne Fagnani meint dazu: „Bezahlte Arbeit ist konstitutiv für die Identität der französischen Mütter“. Außerdem fällt auf, dass der



Kinderwunsch mit zunehmender Bildung und gehobener Berufsposition nicht, wie vermutet werden könnte, sinkt, sondern steigt. Kinder sind in Frankreich kein Karrierehindernis; mit knapp 30 Prozent Frauen im französischen Topmanagement hält das Land den Europarekord. Der Frauenanteil im Management insgesamt beträgt ebenfalls um die 35 Prozent (vgl. Deutschland: weniger als 30 Prozent, FAZ 27.1.2005).

Es ist deshalb relativ verwunderlich, dass man in vielen Statistiken liest, der Anteil der arbeitenden Frauen in Deutschland läge mit knapp 58 Prozent um die 2 Prozentpunkte über dem der berufstätigen Französinen (56 Prozent insgesamt). Wie lassen sich solche Zahlen erklären? Zum einen weist die rela-

tive Armut vor allem der jüngeren Französinen auf eine verbreitete Jugendarbeitslosigkeit hin. Auch gehen viele Französinen, vor allem die im öffentlichen Sektor beschäftigten, bereits mit Mitte 50 in Pension. Auf die Gesamtzahl der berufstätigen Französinen zwischen 16 und 64 Jahren bezogen wirken sich diese Realitäten natürlich aus. Außerdem sollte in einer solchen Betrachtung auch bedacht werden, dass viele berufstätige Deutsche nur Teilzeitstellen besetzen oder sogar nur einen Tag pro Woche arbeiten, wogegen Französinen in der Regel eine volle 35-Stundenwoche haben.

Einkommen und Rente

Der Anteil der Frauen zwischen 25 und 54 Jahren, die einen Beruf ausüben, ist in den letzten 30 Jahren von weniger als 60 auf über 80 Prozent angestiegen. Diese Entwicklung wurde jedoch von einem Wandel in der Art und den Inhalten der Beschäftigungen begleitet: In der Industrie beträgt der Anteil der Frauen 28 Prozent, während die Frauenquote auf die Gesamtwirtschaft bezogen bei 45 Prozent liegt.

Stark gewachsen ist in den letzten Jahren vor allem der Dienstleistungsbereich, in dem mehrheitlich Frauen arbeiten. Hier haben sich verschiedene Formen atypischer, ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse wie Teilzeitarbeit, Zeitarbeit und zeitlich begrenzte Arbeitsverträge entwickelt, in denen viel mehr Frauen als Männer tätig sind. 85 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen; vor allem die unter 25-Jährigen und die über 55-Jährigen haben diese Situation oft nicht freiwillig gewählt.

Der SMIC, der garantierte Mindestlohn, beträgt derzeit 7,61 €/Stunde (Stand 1. 7. 04), 1.154,18 €/Monat. Doppelt so viele Frauen wie Männer sind SMIC-Empfänger.

Knapp 20 Jahre nach der Einführung eines Gesetzes zur beruflichen Gleichstellung beträgt der Unterschied zwischen den Gehältern für Frauen und Männer für dieselbe Art von Beschäftigung durchschnittlich immer noch 12 Prozent. Bei gleich langer Einzahlung in die Rentenkassen bekommen französische Rentnerinnen im Schnitt 18 Prozent weniger Rente ausbezahlt als französische Rentner.

Im direkten Vergleich mit den Männern gleichen Alters fällt auf, dass besonders zwei Gruppen von Frauen stärker von Armut betroffen sind: junge Frauen zwischen 18 und 29 (was wieder einen Hinweis auf eine relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit darstellt) und die über 75-Jährigen. Insgesamt hat die Altersarmut in den letzten 30 Jahren jedoch stark abgenommen.

Pflegeaufgaben für Frauen

Laut Claudine Attias-Donfut, Forschungsleiterin der „Caisse nationale d'assurance vieillesse“, bringt die zunehmende Alterung der Gesellschaft verstärkt Pflegeaufgaben für die jüngeren Familienangehörigen mit sich. Von 100 pflegebedürftigen Personen, die in ihrer eigenen Wohnung betreut werden, werden 83 Prozent von ihren nahen Angehörigen gepflegt, 10 Prozent von Angehörigen aus dem weiteren Familienkreis oder von Freunden. Nur 7 Prozent werden von professionellem Personal betreut.

Seit 2002 werden jedoch auch staatliche Pflegeleistungen gezahlt, die sich aus Steuermitteln und der Sécurité social (staatliche Krankenkasse) finanzieren. Die Zahl der Beihilfeempfänger lag im Juni bei 828.000. Von diesen Beihilfeempfängern lebten 57 Prozent zu Hause und 43 Prozent in einem Pflegeheim. Das Alter der Beihilfeempfänger ist sehr hoch: 84 Prozent sind über 75 Jahre alt, 41 Prozent über 85 Jahre. Die Höhe der Zahlungen ist abhängig von der Pflegestufe.

Entgegen der Meinung, die Familienbande würden sich heute immer weiter lockern, beobachtet Attias-Donfut, dass innerhalb der Familie „Service-Leistungen“ getauscht werden: Die Großeltern betreuen die Enkelkinder und erwarten dafür im Gegenzug von ihren Kindern, dass diese sich im Ernstfall persönlich um die Pflege der Eltern bemühen werden. Meist bleibt die Pflege Aufgabe der Frauen; doppelt so viele Frauen

wie Männer sind die hauptverantwortlichen Helfer eines Verwandten.

Anmerkung

Was das Problem der Überalterung der Bevölkerung und die zunehmende Zahl von Pflegefällen angeht, gibt es dafür von staatlicher Seite erst seit kurzer Zeit die 2002 eingeführte allocation personnalisée d'autonomie. Die Alterspflege wurde lange als „Privat-Problem“ eingestuft, für das zuerst innerhalb der Familie nach Lösungen gesucht werden sollte.

In Fragen der Gleichstellung gibt es auch in Frankreich noch einiges aufzuholen und zu verbessern, vor allem was Löhne und das Rentensystem betrifft.

Seit das Thema Familienpolitik in Deutschland mehr Aufmerksamkeit bekommt, wird von Journalisten und Politikern oft das „Modell Frankreich“ als Vorbild angeführt. Dabei kommt es aber oft zu Verallgemei-



Was das Problem der Überalterung der Bevölkerung und die zunehmende Zahl von Pflegefällen angeht, gibt es dafür von staatlicher Seite erst seit kurzer Zeit die 2002 eingeführte allocation personnalisée d'autonomie. Die Alterspflege wurde lange als „Privat-Problem“ eingestuft.

nerungen und oberflächlicher Darstellung der „paradiesischen französischen Zustände“, die so nicht der Wirklichkeit entsprechen. Auch in Frankreich gibt es noch Probleme, für die Lösungen gefunden werden müssen: Das Kindergeld fällt im Vergleich zu Deutschland sehr gering aus. Engpässe gibt es auch weiterhin bei der Betreuung der unter Dreijährigen. Trotzdem muss man feststellen, dass die Familienpolitik insgesamt einen hohen Stellenwert innerhalb der Gesellschaft einnimmt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für französische Mütter keine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland oder Irland und Italien klaffen Welten, wenn es um eine zukunftsorientierte Familienpolitik geht. Erst recht gilt das für ehemalige Ostblockstaaten. Einst war Frauen- und Familienpolitik quasi Staatsdoktrin, waren Berufarbeit und Mutterschaft relativ gut vereinbar. Wie sieht es heute aus mit der privaten Planungssicherheit für junge Menschen, die über Nachwuchs nachdenken? Oder: wie sieht es in einer ganz anderen Kultur aus, in diesem Fall in der türkischen? Wie ist dort die Stellung der Frauen zwischen Fortschritt und Tradition? Welche Auswirkung haben die dramatischen Umwälzungen auf die demografischen Entwicklungen? Als Beispiele für andere Länder hier ein genauerer Blick auf Polen, Russland und die Türkei:

Polen: Immer noch gilt – Familie oder Beruf

Wie stets in der Vergangenheit wird den Frauen in Polen bis heute eine starke Rolle in der Familie zugewiesen. Zwar ist der Mythos der „Matka Polka“, der Mutter Polin, längst nicht mehr so stark, begleitet aber als Symbol für Kraft, Aufopferung, Patriotismus und der tadelsfreien Erziehung der Kinder die Einstellung der polnischen Gesellschaft bis heute.

Das hat viel mit dem starken Einfluss der katholischen Kirche in Polen zu tun. Sie wirbt für das traditionelle Ehe-Modell und wendet sich scharf gegen Abtreibung und Empfängnisverhütung. Das hat dazu geführt, dass die Anti-Baby-Pille nicht mehr staatlich subventioniert wird. Offiziell sind 95 Prozent der Polen katholisch. Doch auch die starke Kirchen-Lobby scheint keine Garantie für eine große Kinderzahl zu bieten. Ebenso wie in anderen Ländern Europas sinkt die Geburtenrate in

Polen. Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes lag die Geburtenrate 1960 im Durchschnitt noch bei 2,98 Kindern, 1989/90 bei 2,0 und im Jahre 2003 nur noch bei 1,22 und ist damit niedriger als in Deutschland. Bis 1998 wuchs die Bevölkerung in Polen. Inzwischen sind leichte Rückgänge von 38,7 Millionen auf 38,2 Millionen zu verzeichnen. Auch Polen muss sowohl mit der Alterung wie auch der Schrumpfung der Bevölkerung rechnen. Das Statistikamt geht von zehn Prozent Einwohnern im Jahre 2030 aus.

Der starke Wandel in Polen hat mit der politischen Wende 1989 begonnen. Für den Bevölkerungsrückgang gibt es verschiedene Ursachen: Junge Menschen haben eine erheblich größere Wahlmöglichkeit als früher, wenn es um Bildung und Beruf geht. Offene Grenzen sorgen für Arbeitsmigration Richtung Wes-

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes lag die Geburtenrate 1960 im Durchschnitt noch bei 2,98 Kindern, 1989/90 bei 2,0 und im Jahre 2003 nur noch bei 1,22 und ist damit niedriger als in Deutschland. Bis 1998 wuchs die Bevölkerung in Polen. Inzwischen sind leichte Rückgänge von 38,7 Millionen auf 38,2 Millionen zu verzeichnen.



ten. Früher entschieden Familiengründung und -größe über die Wohnungszuteilung. Die einst gute soziale Infrastruktur machte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich. Heute wurden viele dieser Sozialleistungen zurückgenommen, und die ökonomischen Bedingungen sind schwierig. Steuerliche Erleichterungen für Familien gibt es nicht. Die Beiträge in kinderbetreuenden Institutionen werden laufend teurer, so dass die Kinderbetreuung wieder zur privaten Angelegenheit der Mütter wird. Das bedeutet oft den Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt.

Auch ältere Menschen spüren die Lücken in der sozialen Infrastruktur. Die Pflege alter und kranker Menschen ist weitgehend Familiensache. Alten- und Pflegeheime gibt es wenige, und meist sind sie schlecht ausgestattet. Senioren stehen nicht im Blickpunkt staatlicher Fürsorge. Die niedrigen Renten, hohen Arzneimittelpreise und ein sanierungsbedürftiges Gesundheitssystem erschweren ihnen das Leben. Die Folge: Eltern- und Großelternpflege ist Frauensache.

Auch auf dem Arbeitsmarkt sieht es für Frauen schlecht aus. Obwohl sie im Durchschnitt besser ausgebildet sind als die Männer, verdienen sie weniger und sind häufiger arbeitslos. Ihr Anteil an den Arbeitslosen liegt bei knapp 60 Prozent.

Es sind also viele Faktoren von Traditionen über die schwachen Sozialsysteme bis zur ungleichen Behandlung auf dem Arbeitsmarkt die zur schwierigen Lage der Frauen in Polen beitragen. Die Folge ist: Sie müssen sich entscheiden zwischen Familie und Beruf. Beides zu vereinbaren gelingt nur mit Hilfe privater Netze.

Russland: Instabile Familienverhältnisse



Russlands Bevölkerungsentwicklung wird seit einiger Zeit in düsteren Farben geschildert. Es geht dabei weniger um die Erkenntnis, dass die Einwohnerzahl im Trend zurückgeht. Vielmehr werden einige Ursachen dieser Abnahme als alarmierend angesehen, weil sie auf soziale Defizite hinweisen, die man in dieser Intensität nirgendwo sonst antrifft.

Russlands Männer haben eine Lebenserwartung von 58 Jahren, die niedrigste in Europa und in allen ehemaligen Staaten der Sowjetunion. Frauen hingegen erreichen mit durchschnittlich 72 Jahren ein vergleichsweise normales Lebensalter. Auf welche gesellschaftlichen Faktoren dies zurückzuführen ist, kann man dem Social Monitor 2004 der UNICEF entnehmen.

Mit der raschen Urbanisierung ab den sechziger Jahren ging eine Atomisierung der sozialen Beziehungen einher, die besonders unter Jugendlichen einen massiven Anstieg des Rauchens, des Alkoholismus und des Drogenkonsums mit sich brachte. Stressfaktoren im Zuge der zusammenbrechenden sowjetischen Ordnung kamen ab den achtziger Jahren hinzu. Jugendliche antworten auf die neue Welt der glitzernden Werbeversprechungen und der luxuriösen Konsumangebote angesichts einer wachsenden Armut-Reichtum-Schere mit immer weiter steigendem Risikokonsum von Zigaretten, Alkohol und harten Drogen.

Russen zeigen eine Neigung zur Missachtung von Gefahrenquellen. Getrunken wird, ohne auf das Etikett bzw. die Herkunft der Flasche zu schauen. Gearbeitet wird, ohne technische und organisatorische Sicher-

heitsbestimmungen zu beachten. Im Straßenverkehr geht es sorglos bis grob fahrlässig zu. 2003 starben 35.000 Personen aufgrund von Verkehrsunfällen.

Der Wert des Lebens junger Männer scheint erschreckend gering zu sein. Unter männlichen Jugendlichen von 15 bis 19 Jahren stirbt jedes Jahr einer von dreißig eines gewaltsamen Todes – durch Unfall, Vergiftung, Gewaltanwendung oder Selbstmord. Unter den weiblichen Jugendlichen ist die entsprechende Zahl eins zu 120. Für die russische Jugend beider Geschlechter liegen diese Zahlen deutlich über denen von Regionen, wie zum Beispiel dem Südkaukasus oder Mittelasien, wo die Gesellschaft nicht so urbanisiert und hinsichtlich der sozialen Kontrolle traditionaler strukturiert ist. Dafür ist die Zahl der Jugendlichen, die im Südkaukasus oder Mittelasien eines natürlichen Todes sterben, höher als in Russland. Die Wahrscheinlichkeit eines unnatürlichen Todes zu sterben, ist für russische

Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren mehr als viermal so hoch als für ihre westeuropäischen Altersgenossen.

Selbstmord kommt unter russischen Jugendlichen dreimal so häufig vor wie unter westeuropäischen. Extrem niedrig ist im Vergleich dazu die Selbstmordrate im Kaukasus und in Mittelasien. Sie ist sogar zehnmal niedriger als in Westeuropa. Bei Mord und Totschlag als Todesursache ist die Häufigkeit in Russland für Jugendliche zwanzigmal höher als in Westeuropa und hat den bei weitem höchsten Wert unter allen hier betrachteten Staaten.

Insgesamt steigt Russlands Sterberate seit vielen Jahren im Trend an und ist inzwischen die höchste unter allen betrachteten Staaten. Da die Geburtenrate rückläufig ist, konnten auch die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nach Russland immigrierten Menschen – zwischen 1989 bis 2003 waren es etwa fünf Millionen – den Bevölkerungsrückgang nicht verhindern. Die Zahl

der Erstgeburten war Anfang der neunziger Jahre deutlich gesunken, was auf wirtschaftliche Probleme, neue Konsumansprüche und allgemeine Zukunftsängste der Jungverheirateten zurückgeführt wird.

Das Heirats- und Scheidungsverhalten in Russland liegt ebenfalls außerhalb der Norm: In Russland wird am schnellsten geheiratet, und die Scheidungsrate ist die höchste von allen Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion.

Das frühe Heiraten wird mit der stark negativen Einstellung der älteren Generation zur Sexualität außerhalb der Ehe erklärt. Die Eltern kümmern sich möglichst lange intensiv um ihre Kinder, die ihrerseits durch schnelle Eheschließung in ein freieres Sexualleben ausbrechen. Aufgrund mangelnder Reife sowie aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit gehen diese Ehen oft nach kurzer Zeit wieder auseinander. Erneute Heirat und möglicherweise auch eine zweite Scheidung führen statistisch dazu, dass in Russ-

In Russland leben die relativ meisten Kinder in Waisen- und Pflegeheimen. Die Ursache liegt nicht zuletzt bei den viel zu jungen Elternpaaren und ihren instabilen Lebensumständen, für die ihre Kinder eine Last auf dem Weg zu einem besseren Leben erscheinen – besonders nach einer gescheiterten ersten Ehe.





Das Heirats- und Scheidungsverhalten in Russland liegt ebenfalls außerhalb der Norm: In Russland wird am schnellsten geheiratet, und die Scheidungsrate ist die höchste von allen Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion.

land pro 1.000 Menschen doppelt so oft geheiratet wird wie zum Beispiel in Georgien, dass aber ebenso die Scheidungsrate in Russland höher als überall sonst ist.

Russland hat die pro Kopf häufigsten Abtreibungsfälle. Die hohen Abtreibungsraten mögen auch mit der russischen Neigung zusammenhängen, hohe Gesundheitsrisiken vergleichsweise sorglos in Kauf zu nehmen. Sie hängen auf jeden Fall mit mangelnder Aufklärung und den hohen Kosten für Antibaby-Pillen zusammen. Sexualkunde und Unterricht über Familienplanung findet in den Schulen nicht statt. Verhütung gilt als Angelegenheit der Frauen. 2002 kamen auf hundert Lebendgeburten 139 Abtreibungen. Hier gab es allerdings einen deutlichen Rückgang, denn 1993 waren es noch 235

Abtreibungen pro hundert Lebendgeburten.

In Russland leben die relativ meisten Kinder in Waisen- und Pflegeheimen. Die Ursache liegt nicht zuletzt bei den viel zu jungen Elternpaaren und ihren instabilen Lebensumständen, für die ihre Kinder eine Last auf dem Weg zu einem besseren Leben erscheinen – besonders nach einer gescheiterten ersten Ehe. Von den unter 17-jährigen Russen lebt einer von 70 in solchen Heimen. In der Ukraine sind es dreimal weniger, in Mittelasien noch deutlich weniger.

Für die jungen russischen Frauen bedeuten diese Aussagen, dass sich die im zwanzigsten Jahrhundert geschaffene soziale Realität fortsetzt, wonach in Russland Männerknappheit und instabile Familienverhält-

nisse herrschen. Stalinistische Politik und Hitlers mörderischer Krieg hatten die Zahl der Männer stärker dezimiert als die der Frauen und hatten die Familien auseinandergerissen. Die Spätphase der Sowjetunion und ihr Zerfall haben die russischen Frauen in keine bessere Lage gebracht. Bei diesen Überlegungen ist noch gar nicht berücksichtigt, dass die tödliche Immunschwäche Aids unter Russlands Männern rasant zunimmt. Allerdings: Die Steigerungsrate HIV-positiv getesteter Frauen steigt in Russland noch schneller und zählt zu den weltweit höchsten. Die Seuche breitet sich mit beängstigender Geschwindigkeit aus. Soziale Indikatoren zeichnen wie auch die Geburten- und Todesraten selbst ein düsteres Bild von der demografischen Entwicklung Russlands.



In der Türkei nimmt die Zahl der Lese- und Schreibkundigen sowohl bei Frauen wie bei Männern kontinuierlich zu. 1935 konnten 29,4% der Männer und nur 9,8% der Frauen lesen und schreiben. Im Jahr 2000 konnten 93,9% der Männer und 80,6 Prozent Frauen lesen und schreiben.

Türkei: Die Familien werden kleiner

Nach der Volkszählung von 2000 leben in der Türkei 68 Millionen Menschen. Das Bevölkerungswachstum lag zwischen 1990 bis 2000 bei 18,3%, zwischen 1980 und 1985 waren es noch 24,9% gewesen. Der Trend geht also in Richtung eines verlangsamten Wachstums. Dies bedeutet unter anderem, dass in Zukunft der Anteil der jungen Bevölkerung deutlich abnehmen wird.

Im Jahr 2000 war die Hälfte der weiblichen Bevölkerung jünger als 25,3 Jahre und die Hälfte der männlichen Bevölkerung jünger als 24,4 Jahre alt. Nach demografischen Gesichtspunkten geordnet betrug in den Jahren 1990 bis 2000 die Wachstumsrate bei der jungen Bevölkerung (0-15 Jahre) 2,4%, bei der produktiven Bevölkerung (15-64 Jahre) 24,3%, bei der alten Bevölkerung (65+) 46,8%. In absoluten Zahlen: 20 Millionen Kinder und Jugendliche, 44 Millionen im produktiven Alter, 4 Millionen im Rentenalter.

Die Familien werden kleiner. Im Jahr 2000 zählten im Durchschnitt 4,5 Personen zu einer Familie, im

Jahr 1955 waren es noch 5,7. Bei dieser Durchschnittszahl sind aber die starken regionalen Unterschiede zu berücksichtigen: Im Südosten zählen 8,2 Personen zu einer Familie, im Westen nur 3,3 Personen.

1950 lebte nur ein Viertel der Bevölkerung in Städten, im Jahr 2000 waren es fast zwei Drittel. Dieser Trend setzt sich fort, wobei allerdings der starke Anstieg der städtischen Bevölkerung teilweise ein Ergebnis der verwaltungsmäßigen Reorganisation nach 1980 ist. In den Jahren nach 1980 wurden manche Dörfer zu – städtischen – Bezirken zusammengefasst. Die Rate des Bevölkerungswachstums in der Stadt beträgt 26,8%, im Dorf liegt sie bei 4,2%.

Bildung

In der Türkei nimmt die Zahl der Lese- und Schreibkundigen sowohl bei Frauen wie bei Männern kontinuierlich zu. 1935 konnten 29,4% der Männer und nur 9,8% der Frauen lesen und schreiben. Im Jahr 2000 konnten 93,9% der Männer

und 80,6 Prozent Frauen lesen und schreiben.

Die Rate der Grundschulabsolventen lag 1975 bei Jungen bei 17%, bei Mädchen bei 7,9%. Im Jahr 2000 lag der Prozentsatz bei Jungen bei 43,6% und bei Frauen bei 26,6%. Seit 1997 sind 8 Jahre Grundschule Pflicht, was sich vor allem für die Mädchen positiv ausgewirkt hat.

Im Jahr 2000 war die Zahl der Männer mit einem sekundären Bildungsabschluss 2,1-mal höher als bei den Frauen, die Zahl der Männer mit Hochschulabschluss war 1,8-mal höher als bei den Frauen. Im Bildungsbereich selbst einschließlich der Universitäten ist bei den Lehrern und Professoren der Anteil der Frauen etwas höher als der der Männer. Besonders bei den Ingenieurwissenschaften und bei den Naturwissenschaften ist diese Gleichheit für Westeuropäer auffällig. 1975 waren 4% der Männer und 0,7% der Frauen Absolventen von Universitäten. Im Jahr 2000 waren es 10,2% bei den Männern und 5,4% bei den Frauen.

Ehestand

Der Anteil der Verheirateten liegt bei 60%. Etwa 90% der Frauen und 80% der Männer heiraten, bevor sie 30 Jahre alt sind. 26% der Frauen heiraten sogar vor ihrem einundzwanzigsten Lebensjahr, dagegen nur 4% der Männer. Die jährliche Scheidungsrate beträgt weniger als ein Promille. Von diesen wenigen Scheidungen findet fast die Hälfte (43,85%) bei kinderlosen Paaren statt.

Geburten

Die Kinderzahl pro Frau hat in den letzten 40 Jahren etwa um 48% abgenommen. 1960 brachten 1.000 Frauen 698 Kinder zur Welt, im Jahr 2000 nur noch 362 Kinder. Eine Frau, die in einem Dorf lebt, bekommt heute durchschnittlich zwischen ihrem 15. und ihrem 50. Lebensjahr 3 Kinder, eine Frau in der Stadt 2,2 Kinder.

Erwerbsquote und Beschäftigung

Zwischen 1980 und 2000 hat die Erwerbsquote kontinuierlich abgenommen. Sie lag 1980 bei Männern bei etwa 80% und bei Frauen bei 45%. 2004 lauteten die entsprechenden Zahlen bei Männern 70,67% und bei Frauen 39,6%. Insgesamt 76% der beschäftigten Frauen arbeiten in der Landwirtschaft. Die Mehrheit der in den Städten beschäftigten Frauen ist im Dienstleistungsbereich tätig. Nur 14% der Männer, aber 69% der Frauen arbeiten unbezahlt im Familienbetrieb.



Nach den Daten des Jahres 2000 (jüngere stehen noch nicht zur Verfügung) waren in den Städten 23,1% der Frauen und 13,7% der Männer arbeitslos. In den Bezirken waren dies 29% der Frauen und 19,3% der Männer, in den Dörfern 0,7% der Frauen und 1,6% der Männer. 61% der arbeitslosen Bevölkerung waren jünger als 30 Jahre. Bei diesen Angaben ist allerdings zu berücksich-

tigen, dass es einen großen „grauen“ Arbeitsmarkt gibt, der statistisch weitgehend nicht erfasst wird.

Einkommen

2000 betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Türkei 6.974 US-Dollar. Bei Frauen waren es 4.703 US-Dollar, bei Männern 8.104 US-Dollar.



„Alles erreicht?“

Zentrale Veranstaltung zum Internationalen Frauentag

„Alles erreicht? Politischen Einfluss, berufliche Karrieren – was bleibt zu tun?“ Das war das Thema der Zentralen Veranstaltung zum Internationalen Frauentag am 5. März 2004 in Berlin. Etwa 300 TeilnehmerInnen waren der Einladung gefolgt. Eröffnet wurde das Treffen vieler MultiplikatorInnen von Anke Fuchs, der Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Tagungsleitung lag bei Dr. Ursula Mehrländer, Koordinato-

rin Frauen-Politik & Gender-Politik der FES. Es war keine Tagung im üblichen Sinne. Das zeigte schon der musikalische Rahmen: Maha Rindermann und ihr „Avenue Swingtet“ sorgten mit dem „Portrait der Ladies of Jazz“ für Schwung und gute Laune.

Anke Fuchs beklagte, dass die Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen keineswegs

überflüssig geworden ist. Denn die Realität zeigt, dass die politischen Institutionen nach wie vor – und mit nur wenigen Ausnahmen – von Männern dominiert werden. Hoffnungsvoll stimme allerdings, dass die Beteiligung von Frauen in der Politik zugenommen habe. Seit dem Jahre 2002 stellen Frauen über 30 Prozent der Abgeordneten im Deutschen Bundestag und ein Drittel der Bundesminister. Auch die Kandidatur



der Professorin Gesine Schwan, Präsidentin der deutsch-polnischen Universität „Viadrina“ in Frankfurt/Oder, für das Amt des Bundespräsidenten wertete Anke Fuchs als positives Zeichen.

Aber es bleibt trotzdem noch viel zu tun! Dieses Fazit von Anke Fuchs teilten die Referentinnen des Nachmittags und belegten das mit zahlreichen Beispielen. Barbara Weiler, MdEP, sprach über „Politische Partizipation von Frauen – Fakten, Erfahrungen und Forderungen“. Ihre Bilanz war ernüchternd. Nur gut ein Fünftel der Abgeordneten in den jeweiligen Parlamenten der bisherigen EU-Mitgliedsstaaten sind Frauen. Diese Quote ist nur unwesentlich höher als vor zehn Jahren. Die Regierungsbeteiligung von Frauen in den einzelnen EU-Mitgliedsländern fällt mit knapp einem Viertel etwas besser aus. In den EU-Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas sind Frauen nur marginal in Parteien, Parlamenten und Regierungen repräsentiert.

Es ist nachgewiesen, dass zwischen beruflichen Karrieren von Frauen und ihrer Vertretung in der Politik ein positiver Zusammenhang besteht. Diese These stand im Hintergrund der Diskussion zwischen Anne Jenter, DGB-Bundesvorstand, und Dr. Monika Wulf-Mathies, Deutsche Post AG. Thema war: „Berufliche Karrieren – Erfahrungen und Forderungen“. Die Moderation hatte die Journalistin Birgid Becker.

Einigkeit herrschte darüber, dass auch bei der Erwerbsarbeit von Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in Deutschland nicht gesprochen werden kann. Frauen verdienen noch immer nur etwa 70 Prozent des Männerlohns. Auch die mangelhafte Ganztagsbetreuung für Kinder versperrt vielen Müttern den Weg zu einer Vollzeit-Beschäftigung. Zwar wurde ein Rechtsanspruch auf Teilzeit eingeführt. Obwohl der vielen Frauen den Alltag erleichtert, zementiere er aber, so die Warnung, alte Rollenmuster, denn vier Fünftel der in Teilzeit Be-

schäftigten sind wie eh und je Frauen. Angesprochen wurde in der Diskussion auch die hohe Frauenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland.

Die Bilanz der Runde war: Viel wurde zwar erreicht, aber noch viel mehr bleibt zu tun. Auch in einem erweiterten Europa müssen geeignete Strategien für eine stärkere Teilhabe der Frauen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gesucht und gefunden werden. Mehr Engagement der Verantwortlichen in allen Bereichen aber muss von den Frauen selbst eingefordert werden. Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik setzt eine Veränderung der politischen Kultur voraus. Nur ein Einstellungswandel wird die Situation der Frauen in Politik und Gesellschaft verbessern.





Gender Mainstreaming: Widersprüchliche Entwicklungen

Immer mehr Menschen in Organisationen, Institutionen und Verwaltungen haben sich in den letzten Jahren mit der Strategie des Gender Mainstreaming auseinandergesetzt. Viele Modellprojekte sind abgeschlossen, die ersten Erfahrungen mit Gendertrainings liegen vor. Die Beratungsarbeit in Landesministerien, Kreisverwaltungen, Kommunen und Hochschulen und nicht zuletzt in zivilgesellschaftlichen Organisationen wandelt sich entsprechend: Nun sind weniger die Erstinformationen und Impulse gefragt als vielmehr vertiefte Beratung insbesondere zu Projektdesigns und Implementierung.

Betrachtet man die Umsetzungsprozesse genauer, so stellt man eine widersprüchliche Entwicklung fest: Sie reicht von dem rein verbalen Bekenntnis zu Gender Mainstreaming unter Beibehaltung der gewohnten Ablehnung jeder Geschlechterpolitik über die Zuweisung von Gender Mainstreaming an die „Frauen“ bis hin zu ernsthaften Versuchen und

ersten Erfolgen. Vielfach besteht die Gefahr, dass Gender Mainstreaming sich darin erschöpft, eine Statistik aufzustellen, bestimmte Checklisten abzuarbeiten oder formalisierte Fragen zu beantworten. Diese Verflachung im Formalen verwundert nicht, handelt es sich doch bei Gender Mainstreaming um eine vom Anspruch her sehr grundlegende Veränderung von Organisationen, die nur durch einen langfristigen und dauerhaften Innovationsprozess und seine reflektierende Begleitung möglich ist. Auch das mangelhafte Verständnis und Wissen um die Geschlechterverhältnisse ist eine der Bremsen, die Prozesse blockieren kann.

Oft ist schon die Zielformulierung für die Gender Mainstreaming-Arbeit ein kaum zu bewältigendes Problem, will man über allgemeine Begriffe wie Gleichstellung oder Chancengleichheit hinauskommen. Gender Mainstreaming kann nur gelingen, wenn sich alle Akteure und Akteurinnen ein vertieftes Wissen um die Geschlechterverhältnisse aneignen

und Geschlecht als konstitutive Kategorie für die gesellschaftlichen Verhältnisse begreifen, mit denen sie es jeweils zu tun haben.

Aus dieser Erfahrung heraus wurde eine weitere Expertise zum Thema Gender Mainstreaming erarbeitet: „Geschlechter in Verhältnissen – Denkanstöße für die Arbeit in Gender Mainstreaming-Prozessen“. Sie geht auf vier Probleme bei der Arbeit ein:

Zunächst geht es um die Frage: Was ist Geschlecht? Es werden traditionelle Geschlechterkonzepte mit alternativen Konzepten konfrontiert.

Am Beispiel der Familie und des Arbeitsmarktes wird deutlich gemacht, dass Gender nicht nur eine Kategorie zur Beschreibung von Personen ist, sondern auch ein konstitutives Merkmal von gesellschaftlichen Strukturen und politische Strategien leitet.

Es werden geschlechterpolitische Zielsetzungen formuliert, die den alternativen Vorstellungen von Geschlecht entsprechen.

Eine erste Bilanz

Einen ersten Überblick zum Stand von Gender Mainstreaming in Deutschland haben Peter Döge und Barbara Stiegler erarbeitet und in einem Beitrag zum ersten, von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Sammelband zu Gender Mainstreaming veröffentlicht. Außerdem hat der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie zum Stand des Gender Mainstreaming in zivilgesellschaftlichen Organisationen erstellen lassen. Diese Studie von Marianne Weg bietet Anregungen, Argumente aber auch Beispiele, die zum Nachahmen anregen.

Netzwerkarbeit

Das Engagement in den verschiedenen Netzwerken geht weiter: Der Sinn von Netzwerken ist der Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Information, die kritische Diskussion und ab und zu auch eine öffentliche Stellungnahme. Im Netzwerk „Gender Mainstreaming Commission“ wurde der kritische Diskurs nun schon im vierten Jahr mit Experten und Expertinnen weitergeführt. Das aus dem Seminar mit Wissenschaftlerinnen entstandene Netzwerk GMEI (Gender Mainstreaming Expertinnen International) hat sich zum zweiten Mal in der Gesellschaft für politische Bildung e. V., Akademie Frankenwarte, Würzburg, getroffen und Qualitätskriterien diskutiert.

Frauenpolitische Themen

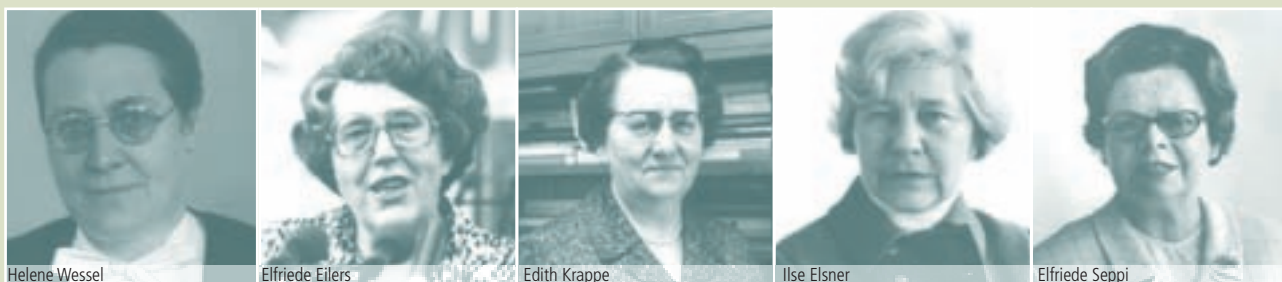
Aktueller als je zuvor wird die Debatte um die Lohndiskriminierung: Deutschland ist in Sachen Gleichstellung in der Bewertung und Bezahlung in Europa ein Schlusslicht. Besonders in Ostdeutschland erleben wir zur Zeit eine Angleichung an die (schlechten) westdeutschen Verhältnisse. Im öffentlichen Dienst allerdings sind die Chancen für eine geschlechtergerechte Bewertung noch nie so groß gewesen wie zur Zeit, verhandeln

doch die Tarifparteien über eine Neufassung des BAT (Bundesangestelltentarifvertrag). Zur Unterstützung derer, die eine geschlechtergerechte Bewertung der Frauenarbeit durchsetzen wollen, wurde eine Genderanalyse der Einkommensverhältnisse erarbeitet und in vielen Vorträgen und in Seminaren diskutiert. An diesem gleichstellungspolitisch so bedeutsamen Problem wird sich zeigen, ob die Strategie des Gender Mainstreaming zu wirklichen Verbesserungen führen kann.



Veröffentlichungen von Barbara Stiegler (Auswahl)

- *Zu Risiken und Nebenwirkungen. Was Gender Mainstreaming nicht sein sollte.* In: Frau geht vor, DGB Infobrief, Nr. 1, 2004, S. 16-17
- Zusammen mit Gerhard/Trudie Knijn/Anja Weckwert, *Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich*, Verlag C.H. Beck, München 2004
- *Geschlechterpolitische Debatte notwendig.* In: Jugendpolitik 1/2004, S. 30-31
- *Mit Gender Mainstreaming zum „gerechten“ Lohn?* In: Auskommen mit dem Einkommen. Dokumentation der Fachtagung vom 13.9.2004 in Schwerin. Frauen und Gleichstellungsbeauftragte, 2004
- Zusammen mit Peter Dröge: *Gender Mainstreaming in Deutschland.* In: Michael Meuser, Claudia Neusüß (Hrsg): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 418, Bonn 2004, S. 135-158
- *Geschlechter in Verhältnissen. Denkanstöße für die Arbeit in Gender Mainstreaming Prozessen*, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Abt. Arbeit und Sozialpolitik, Dezember 2004



Historische Forschungsprojekte: Sozialdemokratische Parlamentarierinnen

Im Anschluss an das Forschungsprojekt über die politische Arbeit der SPD-Parlamentarierinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49-1957 werden im laufenden Forschungsprojekt 12 weitere Politikerinnen der 3. bis 5. Wahlperiode (1957-1969) des Deutschen Bundestags vorgestellt. Ausgehend von einer Beschreibung der politischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland während dieses Zeitraums, wird anhand konkreter Biografien ein Stück Zeitgeschichte der 50er und 60er Jahre beschrieben. Die porträtierten Frauen sind: Elfriede Eilers, Ilse Elsner, Brigitte Freyh, Ingeborg Kleinert, Edith Krappe, Ursula Krips, Dorothea Lösche, Hedwig Meermann, Hildegard Schimschok, Elfriede Seppi, Helene Wessel und Else Zimmermann. Daneben

sollen auch Kontinuitäten und Brüche verschiedener frauenpolitisch brisanter Politikbereiche, wie zum Beispiel die Umsetzung des im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigungsparagraphen, die Auseinandersetzung um die Atompolitik und die Überarbeitung des Ehe- und Familienrechts herausgearbeitet werden.

Es werden sowohl biografische Interviews mit dem Schwerpunkt auf Leben und Arbeit in den 1950er und 1960er Jahren mit noch lebenden ehemaligen Abgeordneten, Familienangehörigen und anderen ZeitzeugInnen geführt, als auch vorhandenes Archivmaterial aus verschiedenen Archiven sowie biographische und Sekundärliteratur ausgewertet. Das Buch zu diesem Projekt wird voraussichtlich noch 2005 erscheinen.

Die autonomen Frauenbewegungen der siebziger Jahre

Für das von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene „Archiv für Sozialgeschichte“ (Band 44/2004) wurde ein ausführlicher Beitrag zur autonomen Frauenbewegung der siebziger Jahre erstellt. Der Beitrag beschäftigt sich mit Entstehungsgeschichte, Organisationsformen und politischen Konzepten der sich im Zusammenhang mit den studentischen Protesten gebildeten eigenständigen Frauenbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, die ihre agitatorischen Schwerpunkte und ihre große Breitenwirkung in den 1970er Jahren erreichten. Er zeigt Organisationsformen, beschreibt Programme und Institutionen, politische Wirksamkeit sowie





die Auswirkungen, die weit über die Gründerinnengeneration hinausweisen. Die Forschung zu diesem Thema wird fortgesetzt.

Autobiografie von Lucie Kurlbaum-Beyer: Krieg tötet Zukunft

2004 wurde die Autobiografie der ehemaligen Bundestagsabgeordneten der SPD Lucie Kurlbaum-Beyer (geb. 1914) veröffentlicht. Sie wurde durch Gisela Notz betreut, herausgegeben und mit einem Vorwort versehen. Die Lektüre von Sebastian Haffners „Geschichte eines Deutschen“ war für Lucie Kurlbaum-Beyer Anstoß, von ihren eigenen Erlebnissen während der Weimarer Zeit und des Nationalsozialismus aus der Sicht einer Arbeitertochter zu berichten. Aufgewachsen in einem kleinen Dorf im Westerwald, konnte sie weder ein Gymnasium, noch die Universität besuchen, sondern musste früh ihr eigenes Geld verdienen. Die Sozialdemokratin wurde während des Nationalsozialismus verfolgt, überwacht und verhaftet. Wie viele ihrer Weggefährtinnen wollte sie nach Ende des Zweiten Weltkrieges alles tun, damit sich diese schrecklichen Ereignisse nicht wiederholten. Dieses gesellschaftspoli-

tische Engagement prägte ihre Arbeit im Deutschen Bundestag, dem sie von 1953 bis 1969 angehörte.

Vorträge

Im Rahmen der sozial- und zeitgeschichtlichen Frauen- und Geschlechterforschung wurden auch im Jahr 2004 zahlreiche Vorträge und Vorlesungen zu Kollektiv- und Einzelbiografien von Frauen der sozialisti-

schen Jugendbewegung, der ersten sozialistischen Frauenbewegung, der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterwohlfahrt sowie der sozialdemokratischen Nachkriegspolitik und zur aktuellen Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik gehalten. Dabei wurde auch das aktuelle Schlaglicht-Thema des vorliegenden Jahresberichtes „Auswirkungen des Demographischen Wandels auf die Lebenssituation von Frauen“ berücksichtigt.



Publikationen von Gisela Notz (Auswahl)

- *Verlorene Gewissheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie.* 3. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Frankfurt/M. 2004
- *Lucie Kurlbaum-Beyer: Krieg tötet Zukunft. Leben und Arbeiten für eine friedliche Welt.* Herausgegeben und eingeleitet von Gisela Notz, Bonn 2004
- *Familien- und Generationengemeinschaften.* In: Magda Göller (Hrsg.), *Familien – unsere Investitionen für die Zukunft*, Bonn 2004, S. 61-73
- *Ohne Gleichberechtigung keine demokratische Gesellschaft: historische Dimensionen und aktuelle Diskussion.* In: Regina Malz-Teske (Hrsg.): *Frauen und Schule*, Bielefeld 2004, S. 93-103
- *Arbeit: Hausarbeit, Ehrenamt, Erwerbsarbeit.* In: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*, Wiesbaden 2004, S. 420-428
- *Das politische Interesse an der Steigerung der Geburtenrate: das Recht auf selbstbestimmte Familienplanung und die Folgen für die Familienpolitik.* In: *pro familia magazin*, H. 2/2004, S. 23-24



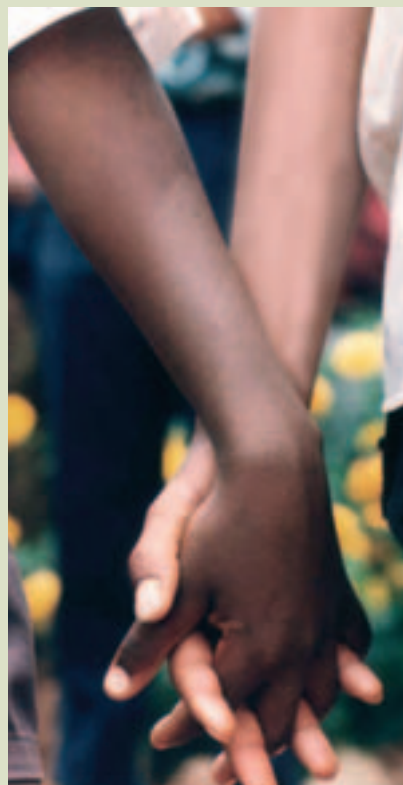


Studienförderung: Repräsentation von Frauen

Seminare für Stipendiaten zur Genderpolitik

Der Arbeitskreis Gender veranstaltete im Jahr 2004 in Zusammenarbeit mit der Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung zwei Seminare. Die von Stipendiatinnen und Stipendiaten selbst organisierten fünftägigen Veranstaltungen waren darauf ausgerichtet, die Themen sowohl in selbstständigen Arbeitsgruppen, als auch mit der Unterstützung fachkundiger Referierender zu vermitteln. Im Januar arbeiteten 21 StipendiatInnen zum Thema „Die interkulturelle Konstruktion von Race und Gender: Hat Rassismus ein Geschlecht?“. Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung wurde über Sexismus und Rassismus als gesellschaftliche Ausschlussmechanismen diskutiert. Im Zentrum stand dabei die theoretische Auseinandersetzung mit der sozialen Konstruktion der Kategorien „Geschlecht“ und „Rasse“. Anhand von Beispielen, wie

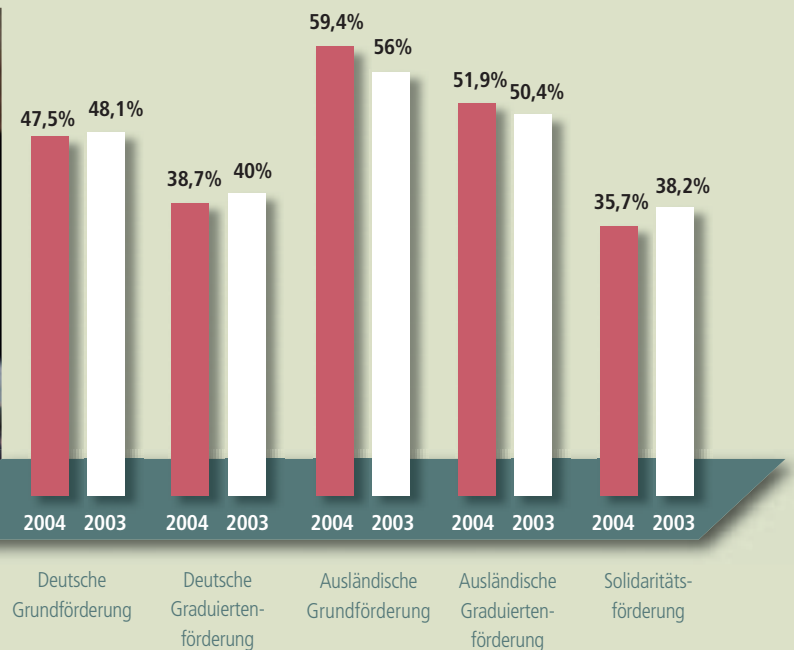
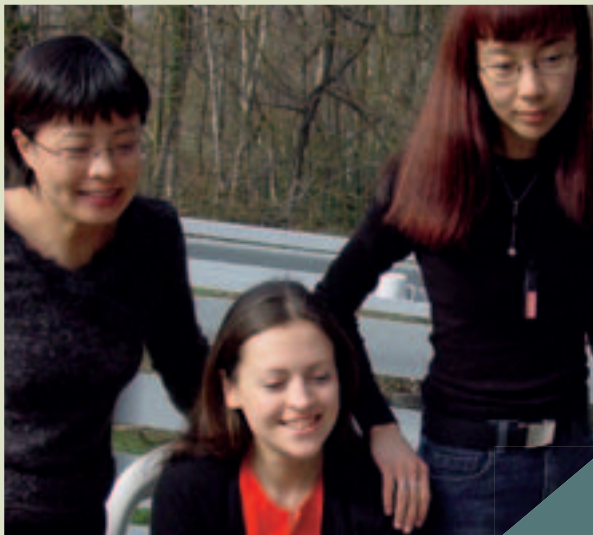
„Geschlechtsspezifische Verfolgung und Asyl in Deutschland“ (Heike Brandt, terre des femmes), „race und gender im Hollywood-Film“ (Michael Ruf) oder „Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus“ (Michaela



Köttig, Universität Göttingen) wurde die Verschränkung von Rassismen und Sexismen in politischer und (inter-)kultureller Praxis erörtert. Maria do Mar Castro, ausgewiesene Expertin im Bereich Gender und Race, leitete die theoretische Einheit zur Einführung in sozialkonstruktivistische Konzepte.

Im Mai fand das Seminar „Wann ist ein Mann ein Mann? Zur Konstruktion von Männlichkeit“ statt. Männlichkeit wurde hier weder isoliert betrachtet (denn nur als Gegenpol zur Weiblichkeit ist sie überhaupt denkbar), noch wurde das Spezifische der Konstruktion des Männlichen aus dem Blick verloren. „Männliche Gewalterfahrung“ (Ludger Jungnitz), „Homosexualität und die homosoziale Gesellschaft“ (Phil C. Langer) und „Mehr Spielraum für Väter – Männer suchen die Balance zwischen Arbeit und Liebe“ (Thomas Gesterkamp) waren die diskutierten Themen des zweiten Seminars.

Prozentualer Anteil der im Jahr 2004 geförderten Frauen



Förderung frauenspezifischer bzw. Gender-Themen im Rahmen der Graduiertenförderung:

- Chaudhuri, Debjani Pal, Architektur/Innenarchitektur, Universitäts-Gesamthochschule Kassel
Frauenhäuser als Präventions- und Interventionsprojekte gegen familiäre Gewalt in benachteiligten Stadtquartieren in Deutschland und ihre Übertragbarkeit auf die Verhältnisse in Slumquartieren einer indischen Großstadt
- Huland, Anette, Politik, Universität Leipzig
Frauenhandel und Abschiebungspolitik in der EU
- Döring, Ramona, Germanistik, Universität Düsseldorf
Zwischen Exotik und Erotik – Fremde Frauen in der deutschsprachigen Literatur des Mittelalters
- Nga Beyeme, Crescence, Rechtswissenschaften, Universität Göttingen
Das internationale Frauenrecht und seine Durchsetzung im Rahmen der Gesetzgebung afrikanischer Länder: Der Fall der Genitalverstümmelung
- Weiss, Christine, Geschichte, Universität Heidelberg
Der Beitrag US-amerikanischer First Ladies zur Imagebildung der Präsidenten im Wahlkampf, 1964-1996
- Förderung im Rahmen des Hochschulsonderprogrammes III (BMBF-Programm):
Das Hochschulsonderprogramm (HSP) „intendiert insbesondere eine Verstärkung der Förderung von Frauen als wissenschaftlichem Nachwuchs.“ Als Fördererelemente sind die Kinderbetreuungszuschläge eingeführt worden sowie die Möglichkeit, bei der Geburt eines Kindes die Förderung auf Antrag um ein Jahr zu verlängern. Ferner besteht die Möglichkeit, bei Vorliegen besonderer familiärer Gründe ein Teilzeitstipendium in halber Höhe zu beantragen. Im vergangenen Jahr nutzten 12 Frauen die Möglichkeit des Kinderbetreuungszuschlages.



Forum Frauen- und Genderpolitik in Berlin

Ausgewählte Veranstaltungsberichte

UNICEF und FES: Starke Frauen für starke Mädchen

„Als Mädchen geboren zu werden, kommt vielfach einem Todesurteil gleich“, sagte die Schauspielerin Katja Riemann, die als UNICEF-Botschafterin Projekte für Mädchen im Senegal besucht hat. Sie setzt sich dort besonders gegen die in Afrika weit verbreitete Tradition der Genitalverstümmelung bei Mädchen ein. „Wir rufen dazu auf, Mädchen stark zu machen, um Diskriminierung und Benachteiligung endlich zu durchbrechen“, so ARD-Moderatorin Bärbel Schäfer, die Projekte für Mädchenbildung in Nepal unterstützt.

Millionen Frauen leben in einem Gefängnis aus Armut, traditioneller Benachteiligung und Machismo. Die Regierungen müssen allen Mädchen die Chance geben, zur Schule zu

gehen und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, sagte Esther Gulumma, Regionaldirektorin von UNICEF für Südasien.

Eine besonders brutale Form von Gewalt sind Säureattentate. In Bangladesch wurden in den letzten vier Jahren mindestens 1.156 Frauen und Mädchen mit Batteriesäure schwer verletzt. Die Motive der Männer sind unterschiedlich: Abweisung, Verweigerung von Sex bis zum Streit über die Mitgift oder Land. Ein Video zeigte die schrecklichen Folgen für die Opfer.

In Afrika tragen Diskriminierung und sexuelle Gewalt dazu bei, dass Mädchen und Frauen sich sehr viel

häufiger mit dem HIV-Aids-Virus infizieren als Männer. In den Ländern südlich der Sahara sind heute 5,7 Millionen Mädchen und Frauen gegenüber 2,5 Millionen Männern der gleichen Altersgruppe HIV positiv. Katja Riemann, Bärbel Schäfer und die FES-Vorsitzende Anke Fuchs unterzeichneten während einer gemeinsamen Konferenz von Friedrich-Ebert-Stiftung und UNICEF im November 2004 in Berlin als erste ein „Manifest für Mädchen“. Es ist ein Aufruf an die Regierungen, wirksamer gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Das von den etwa hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Veranstaltung erar-

Millionen Frauen leben in einem Gefängnis aus Armut, traditioneller Benachteiligung und Machismo. Die Regierungen müssen allen Mädchen die Chance geben, zur Schule zu gehen und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

beitete Manifest war der Auftakt zu einer Unterschriftenaktion gegen Mähdiskriminierung der UNICEF.

Eine Frage des Geschlechts

Grundlage der Debatte war ein interdisziplinärer Sammelband zum Thema Gender. 17 Jungautor/innen setzen darin der Geschlechtsblindheit, die noch immer die Auseinandersetzungen in unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Bereichen bestimmt, wissenschaftliche Artikel entgegen.

Die Nachwuchswissenschaftler/innen erklärten, wie sie den Wandel des Gender-Diskurses in ihrer eigenen Arbeit und ihrer Biographie wahrnehmen. Dabei wurden u. a. die Bereiche Arbeits- und Finanzwelt, Medien, Medizin sowie internationale Zusammenarbeit abgedeckt. Unter dem Titel „Geld oder Leben?“ untersuchten Mark Gärtner und Vera Riesenfeld die Umbrüche in den Leitbildern von Männern durch die Auflösung standardisierter Arbeitsverhältnisse in Europa. Männlichkeit

sei an gesellschaftliche Rahmenbedingungen gekoppelt, die zunehmend erodieren. Grundlage für die Untersuchung sind Ergebnisse des EU-Forschungsprojektes Work Changes Gender. Durch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses für Männer sowie eine Ausdifferenzierung von Lebensstilen wird das Ende des Konzeptes der „industriellen Männlichkeit“ eingeläutet, so ihre These. Denn die Erwerbslosigkeit der Männer verdoppelte sich in den letzten zehn Jahren, genauso wie ihr Anteil an der Teilzeitarbeit. Das Bild des klassischen Familienoberhauptes und Ernährers verliert sich, und außer-eheliche Lebensgemeinschaften, viel Zeitaufwand für Weiterbildungen und ein ausgeprägtes Freizeitbedürfnis nehmen zu.

Einig waren sich alle Autor/innen darüber, dass sich die Geschlechterforschung vom traditionellen feministischen Diskurs über Männlichkeit lösen sollte, in dem Männer als Probleme eingestuft werden. Die Forschung muss einen fruchtbaren Dialog zwischen Männer- und Frauenforschung

etablieren, um dem Konzept Gender wirklich gerecht zu werden.

Lieber sterben als heiraten

Zwangsheirat ist ein Thema, das bisher in Deutschland tabuisiert wurde, obwohl auch hier junge Frauen und Mädchen – vor allem mit Migrationshintergrund – gegen ihren Willen verheiratet werden. Statistiken über die Häufigkeit von Zwangsverheiratungen liegen in Deutschland nicht vor. Die Berliner Senatsverwaltung zählte im Jahr 2002 230 Fälle von Zwangsverheiratungen, die in insgesamt 50 Berliner Hilfseinrichtungen bekannt geworden waren. Man kann aber von einer großen Dunkelziffer ausgehen, da oft nur die Fälle bekannt werden, bei denen sich Frauen oder Mädchen an Hilfseinrichtungen wenden. Häufig wollen die Betroffenen vermeiden, familiäre Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sie das Gefühl haben, damit Vorurteile und Klischees über ihre Herkunftskultur zu bestätigen.



Wenn wir uns die internationalen Menschenrechtsabkommen, wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966, anschauen, dann finden wir dort folgenden Grundsatz: Eine Ehe darf nur aufgrund der freien und vollen Willenseinigung der zukünftigen Ehegatten geschlossen werden. Eine erzwungene Ehe ist demnach eine Menschenrechtsverletzung. Von den Vereinten Nationen wurde Zwangsheirat 2001 sogar zu einer modernen Form der Sklaverei erklärt. Es gibt jedoch völkerrechtlich keinerlei Sanktionsmöglichkeiten gegen Staaten, die im Falle einer Verletzung dieser Abkommen zum Tragen kämen.

Der Vorschlag Baden-Württembergs, die Zwangsheirat als Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu verankern, sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden. Hierzu ist es nötig, politische Entscheidungsträger zu mobilisieren. Denn nur, wenn auch juristisch der Unrechtscharakter von Zwangsverheiratung implementiert ist, kann diese Form der Menschenrechtsverletzung geahndet werden. Alle Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren sich einig, dass dieser Vorstoß eine Wende einläuten würde. Denn er schaffe die juristische Basis, um den Unrechtscharakter von Zwangsverheiratungen zu manifestieren. Das genüge aber nicht: Öffent-

Eine Ehe darf nur aufgrund der freien und vollen Willenseinigung der zukünftigen Ehegatten geschlossen werden. Eine erzwungene Ehe ist demnach eine Menschenrechtsverletzung. Von den Vereinten Nationen wurde Zwangsheirat 2001 sogar zu einer modernen Form der Sklaverei erklärt.



liche Einrichtungen müssten stärker sensibilisiert und vernetzt werden, so dass Schulen, Jugendämter, Polizei und Hilfseinrichtungen Hand in Hand arbeiten können.

Frauen im Krieg – Krieg gegen Frauen

Die internationale Frauenorganisation *medica mondiale*, die dank ihrer Gründerin Dr. Monika Hauser schon seit elf Jahren unzähligen Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten hilft, präsentierte im Mai in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin exklusiv ihr neues Handbuch „Sexualisierte Kriegsgewalt und ihre Folgen“. Das Handbuch bietet einen umfassenden Überblick zur Thematik und beschreibt Ansätze zur interdisziplinären Unterstützung traumatisierter Frauen, die sich in Krisengebieten und auch in der Arbeit

mit Flüchtlingsfrauen in Deutschland bewährt haben. Damit liegt also erstmals ein fachübergreifendes Konzept für die Beratung und Behandlung betroffener Frauen vor.

Sexualisierte Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten ist eines der akutesten und drängendsten Probleme, mit denen Frauen und Mädchen weltweit täglich konfrontiert werden. Aus der Geschichte sind Massengewalttätigkeiten von Frauen als systematisches Mittel der Kriegsführung bekannt.

Flucht und Exil können Retraumatisierungen auslösen. Kontinuierliche Arbeit und Vertrauensbildung sind nötig, bis die betroffenen Frauen über ihre Kriegserfahrungen sprechen und sie aus Isolation, Apathie und dem Teufelskreis von Scham und Schuldgefühlen befreit werden können. Die Flüchtlingsberaterin Leyla Aslan und Elise Bittenbinder, Vorsitzende der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge und Folteropfer/BAFF, berichteten, wie oft von Behördenseite den Frauen völliges Unverständnis entgegengebracht wird.

Medica mondiale konzentriert sich in ihrer Arbeit voll auf die Zielgruppe der Frauen. Gleichzeitig setzt sich Dr. Monika Hauser jedoch dafür ein, dass auch Männerprojekte durchgeführt werden, da nur das Aufbrechen patriarchalischer Herrschaftsverhältnisse langfristig zur Verbesserung der Lebenssituation der Frauen beitragen kann. Eine irakisch-stämmige Teilnehmerin berichtete in der Diskussion, wie Vergewaltigungsopfer im Irak von männlichen Verwandten aus „verletzter Ehre“ mit dem Tode bedroht oder umgebracht werden. Auch dort ist *medica mondiale* bereits mit einem Therapiezentrum aktiv, das für viele Frauen die einzige Zuflucht bietet.

Europa diskutiert über Gewalt in der Familie

Gewalt in der Familie gehört zu den gesellschaftlichen Problemen bzw. Kriminalitätsformen hinter den Kulissen. In keinem anderen Bereich ist das Dunkelfeld so hoch wie bei Gewalt im sozialen Nahraum. Wie sieht es aus in Europa und speziell in den neuen Beitrittsländern mit den Strategien zur Bekämpfung von Gewalt und der Akzeptanz gewaltfreier Erziehung? Das FES-Forum lud Gäste aus Litauen, Polen und Großbritannien ein, um einen europäischen Dialog zu diesem Thema zu vertiefen.

In Deutschland gilt das „Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Er-

ziehung“ als Meilenstein. Es hat, so sagt eine Studie, zum Bewusstseinswandel beigetragen und das Erziehungsideal der Gewaltfreiheit in allen Bevölkerungsschichten gefördert. Dennoch leiden immer noch viele Kinder unter körperlichen Strafen und entwürdigenden Erziehungsmaßnahmen. Eine Studie aus Großbritannien belegt, dass die skandinavischen Länder Vorreiter waren bei Gesetzesreformen, die Kindern Schutz vor Gewalt bieten. Gesetze nach diesem Vorbild gibt es inzwischen in vielen Ländern, unter anderem in Zypern und Lettland. Ein Referent aus England zitierte ein siebenjähriges Mädchen: „Wenn das Gesetz nicht geändert wird, denken viele Leute bestimmt, naja, dem Kind macht das nichts aus, dann können wir ja weitermachen.“

Gewalt in der Familie gehört zu den gesellschaftlichen Problemen bzw. Kriminalitätsformen hinter den Kulissen. In keinem anderen Bereich ist das Dunkelfeld so hoch wie bei Gewalt im sozialen Nahraum.



Hartz und die Frauen

Die Genderpolitische Szene bewegt speziell die Frage, wie sich diese unter Hartz III und Hartz IV bekannten Gesetze zum Arbeitsmarkt auf die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen auswirken. Die Frauen erhoffen sich passgenaue Vermittlung, mehr Kinderbetreuung, gezielte Unterstützung von Alleinerziehenden. Viele Frauen fürchten aber eine Rückkehr der traditionellen Ernährerrolle.

Eine Podiumsdiskussion sollte Standpunkte klären. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Christa Humme meinte, die Chancen für die Frauen würden durch die Hartzgesetze über-



wiegen. Bei fehlender Kinderbetreuung gebe es keinen Zwang zur Arbeitsaufnahme. Das Arbeitslosengeld II, in dessen Genuss nun Alleinerziehende kommen, sorgt für Renten- und Pflegeversicherung. Minijobs für die vielen Schwarzarbeiterinnen im

haushaltsnahen Dienstleistungsbereich würden den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Allerdings räumte Christel Humme ein, dass Minijobs auch einen Prozess der Disqualifizierung einleiten könnten.



Eine ver.di-Vertreterin forderte Arbeitsverträge für Minijobs, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und diskriminierungsfreie Tarifverträge.

Chancengleichheit in der Privatwirtschaft

Alle wollen es: Frauen- und Familienverbände ebenso wie Politiker, Gewerkschaften und die Arbeitgeber: Sie wollen gleiche Chancen für Frauen und Männer in der Arbeitswelt. Nur über den Weg dorthin herrscht Uneinigkeit. Ein bedeutender Schritt auf diesem Wege war die 2001 geschlossene „Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft.

Unter anderem wurde zugesagt, entsprechende betriebliche Maßnahmen zu empfehlen. Während einer Veranstaltung des FES-Forums wurde Bilanz gezogen. Zwei Untersuchungen zeigten, wie unterschiedlich die Bewertung war. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sah deutliche Fortschritte, Deutscher Gewerkschaftsbund und Hans-Böckler-Stiftung dagegen beklagten, dass nur gut die Hälfte der befragten Unternehmen überhaupt von der Vereinbarung wusste.

Landes- und Regionalbüros

Ausgewählte Veranstaltungsberichte

Landesbüro Brandenburg

- „*Tickt die richtig ...?*“ (Seminar zum Zeitmanagement für Frauen, Birkenwerder, 16.-18. Januar 2004)
- „*EVA kommuniziert anders ...*“ (Kommunikationstraining für Frauen in Ratzdorf, 26.-28.3.2004)
- *Gender Mainstreaming: Wie läuft's in der Praxis?* (Tagung in Lübben, 10. März 2004)



Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Deutsch-polnisches Frauenforum

Im Landkreis Ostvorpommern hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf vielen Gebieten begonnen. Das Deutsch-Polnische und das Polnisch-Deutsche Frauen-Forum leisteten einen gemeinsamen Beitrag dazu, das Bewusstsein für das Alltagsleben der Nachbarn zu schärfen. Das Thema 2004 lautete: *Deutschland und Polen in der EU – Vorstellung und Diskussion der neuen europäischen Verfassung.*

Albtraum Arbeitsplatz – Strategien gegen Mobbing

Wie entstehen Täterinnen- und Opferrollen und wie komme ich da raus? Wo setze ich meine Grenzen und wie verteidige ich sie? Wie kann ich als Frau offen mit anderen Frauen konkurrieren? Wie stehe ich anderen Frauen bei?

Diese Fragen standen im Mittelpunkt des *Seminars für Frauen*, 23.-25. Februar 2004 in Rostock. Darüber hinaus ging es um die gesellschaftspolitische Dimension von Rangordnungen, Rollenbildern und Machtstrukturen. Ziel war es, neue Verhaltens- und Handlungsperspektiven zu entwickeln und die prak-



tische Anwendbarkeit des im Kurs Erfahrenen im Alltag einer jeden Teilnehmerin zu erarbeiten.

Fremd- und Selbstverständnis der „weiblichen“ Frau

„*Was ist eine Frau?*“, lautete bereits 1949 Simone de Beauvoirs zentrale Frage in ihrem Monumentalwerk „Das andere Geschlecht“, das die französische Philosophin zur Ikone der Frauenbewegung machte. Was will das Weib? Wie funktioniert der Frauenkörper, was, außer Brüsten und Gebärmutter, ist anders als beim Mann? Diese und andere ähnlich gelagerte Fragen wurden auf dem Wochenendseminar für Frauen am 5.-7. November 2004 in Gottin unter dem Thema „*Weiblichkeit in Geschichte und Gegenwart*“ behandelt.



Landesbüro Sachsen-Anhalt

- *„Jetzt reden wir!“ – Rhetorik für Frauen.* (Seminar in Gernrode, 13. bis 14. Februar 2004)
- *Chancengleichheit in der Privatwirtschaft – wie soll es weitergehen?* (Podiumsdiskussion in Magdeburg, 24. Februar 2004)
- *Frauen in der Kommunalpolitik: Grundlagen des Kommunalrechts und politisches Handwerk.* (Seminar in Merseburg, 28. Februar 2004)
- *Keine Zeit? Zeit- und Selbstmanagement für Frauen.* (Seminar in Gernrode, 23.-24. April 2004)
- *„Frauenreden anders!“ Kommunikation und Führung für Frauen.* (Seminar in Aschersleben, 17. bis 18. September 2004)
- *Familienpolitik in der Kommune: Beispiele für Initiativen und Projekte im In- und Ausland.* (Forum in Halle/Saale, 7. Oktober 2004)

Chancengleichheit in der Privatwirtschaft

Bei der Podiumsdiskussion am 24. Februar 2004 in Magdeburg ging es um eine vorläufige Bilanz der *„vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“* aus dem Jahre 2001. Obgleich es seitdem in einzelnen Betrieben und (zumeist Groß-)Unternehmen weitere wegweisende Beispiele moderner Gleichstellungspolitik gibt, ist die erforderliche Breitenwirkung in der deutschen Privatwirtschaft noch nicht erreicht worden, da sich die freiwillige Bereitschaft zur Frauenförderung in engen Grenzen bewegt. Inwieweit die Vereinbarung ihren Zweck verfehlt hat bzw. nunmehr die Verabschiedung eines so genannten „Gleichstellungsdurchsetzungsgesetzes“ notwendig ist, beurteilten die Podiumsteilnehmerinnen unterschiedlich.

Obgleich es seitdem in einzelnen Betrieben und (zumeist Groß-)Unternehmen weitere wegweisende Beispiele moderner Gleichstellungspolitik gibt, ist die erforderliche Breitenwirkung in der deutschen Privatwirtschaft noch nicht erreicht worden.

Familienpolitik in der Kommune

Familienpolitik steht angesichts des demografischen Wandels ganz oben auf der politischen Agenda von Bund und Ländern. Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen allerdings vor Ort umgesetzt und von den Kommunen politisch gewollt werden. Welche Lösungsansätze dafür bereits bestehen, erläuterten Vertreter von Initiativen und Projekten aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Professor Dr. Aila-Lena Matthies zeigte am Beispiel von Finnland, wie konkrete lokale und regionale Kooperationen in der Familienpolitik aussehen können. Entscheidend für eine erfolgversprechende Umsetzung der vorgestellten Konzepte seien ein Mentalitätswandel in den Verwaltungen, Unternehmen und Institutionen und die Bereitschaft, Geld zur Verfügung zu stellen.

Sachsen, Regionalbüro Leipzig

Neue Chancen für Frauen nach der EU-Osterweiterung?

Anna Curdova, die Vorsitzende des tschechischen Regierungsrates für Chancengleichheit, sprach im März 2004 bei einer Veranstaltung des Leipziger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung über frauenpolitische Fragen im Zuge der (Ost-)Erweiterung der Europäischen Union. Im Dialog mit der Leipziger Europaabgeordneten Constanze Krehl ging es dabei um „*Neue Chancen zur politischen Mitwirkung von Frauen in den EU-Beitrittsländern oder Bedrohung für*

frauenpolitische Standards in den bisherigen Mitgliedsstaaten?“

Nach dem Fall des kommunistischen Regimes, so Frau Curdova, standen nicht nur die Tschechen vor einem Neubeginn, sondern alle Länder des ehemaligen Ostblocks. Dabei gerieten bis dahin geltende frauenpolitische Standards schnell ins Hintertreffen. Nach wie vor sei es beispielsweise für Frauen sehr schwer, Belästigungen am Arbeitsplatz oder Gewalt in der Ehe zur Anklage zu bringen. Obwohl die Situation in den übrigen osteuropäischen EU-Beitrittsländern vergleichbar unterent-

wickelt sei, biete die Europäische Union Hoffnungen, denn längerfristig müssten die entsprechenden Regelungen auch in den neuen Beitrittsländern umgesetzt werden. Constanze Krehl wies darauf hin, dass 40% der europäischen Sozialfonds für Belange von Frauen ausgegeben werden. Die Aufnahme der zehn neuen Mitgliedsstaaten, so Krehl, würde die weitere Durchsetzung wichtiger frauenpolitischer Belange vielleicht verlangsamen, aber sie könne die Entwicklung nicht aufhalten oder gar zurückdrehen.

Julius-Leber-Forum

- „*Frauen und Stadtentwicklung*“. Seminar in Zusammenarbeit mit dem Marie-Schlei-Verein e.V., Hamburg
- „*Mehr Frauen in die Politik*“. Kommunal- und Landespolitik. Kurzseminar im Rahmen des Cross-Mentoring-Projektes des LandesFrauenRates Schleswig-Holstein e.V., Lübeck-Travemünde.

Das Julius-Leber-Forum wirkt an diesem Programm mit. Hier werden 17 Nachwuchspolitikerinnen (parteiübergreifend) als „Mentees“ von Mentorinnen aus der Politik auf ihren Weg in verantwortungsvolle Positionen begleitet.

- „*Wirtschaft und Verantwortung*“. Über dieses Thema diskutierten (v.r.)



Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis, Prof. Dr. Gesine Schwan und die Vorsitzende

der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anke Fuchs, im Julius-Leber-Forum in Hamburg.

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

- *Lust auf Kommunalpolitik – Demokratie braucht Männer und Frauen.* (Seminare in Wimsheim und Schwäbisch Hall)
- *Ein Kind, kein Kind, dieses Kind – Selbstbestimmung grenzenlos?* (Podiumsgespräch in Stuttgart)
- *Selbstbehauptung für Frauen.* (Workshop in Böblingen)
- *Rhetorik: Aufbaukurs für Frauen.* (Workshop in Stuttgart)
- *Integrationsförderung in der Einwanderungsgesellschaft – Gesellschaftspolitische Partizipation von Migrantinnen.* (Lesung und Podiumsdiskussion in Stuttgart)
- *Frauen nach der Wahl: Standort – Standpunkt – Strategie.* (Seminar in Wimsheim)
- *Frauen und die Folgen der Hartz-Gesetze.* (Podiumsgespräch in Stuttgart)

Lust auf Kommunalpolitik – Demokratie braucht Männer und Frauen

Rar sind die Frauen in den baden-württembergischen Gemeindeparlamenten. Unter dem Titel „*Lust auf Kommunalpolitik – Demokratie braucht Männer und Frauen*“ bot das Fritz-Erler-Forum zwei Tagesseminare an. Allgemeine Informationen, praktische Kniffe und viel Motivation gab es für Frauen im ländlichen Raum, die sich gezielter gesellschaftspolitisch engagieren wollen. Ob Veinau oder Wimsheim – die Erzählungen der Frauen ähnelten sich, als es um männliches Machtgebaren, Listenplätze oder Wahlschlachten am Stammtisch ging. „Der Bekanntheitsgrad ist alles“, sagte etwa die langjährige CDU-Stadträtin über ihren Weg zum politischen Mandat. „Wenn Sie nicht in der Feuerwehr sind, dann stellen Sie sich eben dem Landfrauenverband vor“, riet die

Kreisrätin der Grünen. Der Titel „Emanze“, an den sich eine SPD-Stadträtin aus Schwäbisch-Hall noch deutlich erinnerte, scheint auch auf dem Lande Vergangenheit zu sein. Die politische Kultur jedoch „ist immer noch sehr stark von den Männern geprägt“, so die Gleichstellungsbeauftragte des Enzkreises, Martina Klöpfer. „Wir müssen uns mit unseren Themen selbst vertreten.“

Vom Kinderwunsch zum Wunschkind?

An der Präimplantationsdiagnostik (Pid) scheiden sich die Geister: Während die einen die Weitergabe von Erbkrankheiten verhindern wollen, warnen andere vor künftigen Designerbabys. Über die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin und ihre gesellschaftlichen Konsequenzen ging es beim Podiumsgespräch des Fritz-Erler-Forums in Stuttgart.





Die Kölner Gynäkologin Christiane Woopen sitzt im Nationalen Ethikrat und bezeichnete sich selbst als „vorsichtige Befürworterin von Pid“. Ihre Position war geprägt von der Erfahrung mit Paaren, die eine Veranlagung zu schweren Erbkrankheiten haben. Die Berliner Humanogenetikerin Sigrid Graumann hingegen warnte vor den gesellschaftlichen Folgen. Einmal zugelassen ließe sich Pid nicht nur auf Risiko-Paare beschränken. „Wir müssen intensiv diskutieren über unsere Vorstellung von Normalität, Gesundheit und

Krankheit“, forderte Graumann als Mitglied der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Durch die Möglichkeiten von Pid sah sie vor allem die gesellschaftliche Akzeptanz von behinderten Menschen gefährdet.

Sind Frauen die Verliererinnen der Hartz-Reformen?

Dass gesetzliche Änderungen mitunter sehr unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben können, das zeigte die Podiumsdis-

kussion zum Thema „Frauen und die Folgen der Hartz-Gesetze“. Problematisch für Frauen, darin waren sich alle Beteiligten einig, sei vor allem, dass mit der Umsetzung von Hartz IV voraussichtlich mehr Frauen als Männer aus dem Leistungsbezug fallen werden, denn nun werden die Einkünfte der Ehegatten stärker in die Berechnung einbezogen. Auf diesen Punkt konzentrierte sich auch die Kritik aus dem Publikum.



BayernForum München

- *Wo keine Nachfrage – da kein Angebot?*. Prostitutionstourismus – eine rassistische und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern in Armut
- *Islamismus: Frauen und Migration in Deutschland* – Spagat zwischen Tradition und Moderne. Fachtagung
- *Der Mensch als Ware?* Die Bekämpfung der osteuropäischen Organisierten Kriminalität am Beispiel Menschenhandel
- *Frauen in der Wirtschaft*. Chefin der Münchner Börse – die Herausforderung für eine Fachfrau. Unternehmerinnen-Roundtable
- *Afghanistan im Veränderungsprozess*. Frauenrechte zwischen Instrumentalisierung und bitterer Realität



Wo keine Nachfrage – da kein Angebot?

Beim Prostitutionstourismus handelt es sich nicht mehr um eine Erscheinung außerhalb Europas. Dem heutigen „Marktgeschmack“, so die Feststellung der Europa-Abgeordneten Lissy Gröner, entsprechen Frauen aus Süd- und Osteuropa. Diese Form der Sklaverei findet folglich innerhalb Europas statt und ist zu einem Massenphänomen geworden. Jährlich werden etwa 700.000 Frauen und Kinder aus Osteuropa innerhalb der EU zum Zweck sexueller Ausbeutung „verkauft“. Der Handel mit Frauen und Kindern nimmt explosionsartig zu, die Opfer werden immer jünger. Die Kunden sind Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten. Mittlerweile werden mit dem Verkauf von Frauen und Kindern höhere Gewinne „erwirtschaftet“ als mit dem gesamten Drogenhandel oder dem Verkauf von Rüstungsgütern in der EU.

Berichte aus den zahllosen Hilfsorganisationen zum Schutz ausgebeuteter Frauen und Kinder verdeutlichen das Ausmaß der Gewalttätigkeit und Brutalität in diesem Milieu. Nach der Rechtslage machen sich Freier, die sexuelle Dienstleistungen von Zwangsprostituierten in Anspruch nehmen, strafbar. Doch wer weiß das? Wie sollen die Nachweise erbracht werden! Die Opfer können sich nicht wehren. Sie sind eingesperrt, können unsere Sprache



nicht, die Papiere halten Zuhälter unter Verschluss und sie sind täglicher Gewalt ausgeliefert. Viele fordern schärfere Gesetze und entschiedeneres Vorgehen gegen diese Form der organisierten Kriminalität.

Die Tagung ging der Frage nach, ob die Nachfrage nach sexueller Dienstleistung nicht generell unter Strafe gestellt werden sollte, Prostitution – wie in Schweden – gänzlich verboten werden soll. Erfüllt sich damit der ökonomische Lehrsatz: Wo keine Nachfrage – da kein Angebot? Oder wird das Problem damit nur in den nicht mehr kontrollierbaren Untergrund verlagert und den Opfern (zumeist weiblich) geht es noch schlechter als das bisher schon der Fall ist?

Gesellschaft für Politische Bildung e.V. – Akademie Frankenwarte

Frauen- und Genderpolitik

Der Gender-Blick nimmt gesellschaftliche und kulturelle Zuschreibungen und Festlegungen wahr, die Männer und Frauen in besondere bis getrennte Sphären verweisen, statt durch geänderte Rahmenbedingungen und Bewusstheit eine freie Entfaltung der Persönlichkeit gemäß Art. 2(1) Grundgesetz zu ermöglichen. Alle Veranstaltungen der Akademie Frankenwarte sind dank des Engagements der Hauptamtlichen dem Ziel der „Gendersensibilisierung“ verpflichtet. Dazu Beispiele von einzelnen Veranstaltungen:

Bildungssysteme und soziale Ungleichheit in Deutschland

In der bildungsreformerischen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 70er Jahre war die „Tochter einer katholischen Arbeiterfamilie auf dem Land“ das Beispiel für eine Häufung von Benachteiligungen und Erschwernissen für eine weiterführende Schulausbildung. Dank veränderter Infrastruktur der ländlichen Räume und erfolgreicher Werbung für gleichberechtigte Bildungsbeteiligung haben Mädchen heute auch auf dem Land die gleichen bis bessere Schulabschlüsse als Jungen. Doch noch immer vererbt das Schulsystem in Deutschland soziale Benachteiligung bzw. gesellschaftliche Vorrangstellung der Eltern auf die nächste Ge-



Die Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen zeigt sich jetzt beim Übergang in das Beschäftigungssystem und bei den Aufstiegschancen.

neration. Die Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen zeigt sich jetzt beim Übergang in das Beschäftigungssystem und bei den Aufstiegschancen. Diese Thematik stand im Mittelpunkt des Seminars vom 26.-30. Januar 2004.

Globale Liberalisierung oder regionale Integration? Welche Strategien stärken die Ökonomie „des Südens“?

In Zusammenarbeit mit dem Marie-Schlei-Verein wurde dieses Seminar vom 2.-4. April 2004 für entwicklungspolitisch engagierte Frauen konzipiert und durchgeführt. Auch im Kreis dieser überdurchschnittlich informierten Teilnehmerinnen bestanden zu Seminarbeginn Fehleinschätzungen über den Entwicklungsstand südamerikanischer Staaten. Durch die Vorträge der Referentinnen mit Arbeitserfahrungen in Lateinamerika wurden grundlegende Erkenntnisse über Potenziale, Probleme und Politikstrategien erarbeitet. Wirtschaftliche regionale Integration und globale Liberalisierung bedingen und verstärken sich. Unter frauen- und genderpolitischen Aspekten war insbesondere der Bericht über alternative Wirtschafts- und Entwicklungskonzepte (in ökologischer, feministischer bzw. öko-feministischer Perspektive) von WissenschaftlerInnen „des Südens“ interessant.

Konflikte konstruktiv bearbeiten – Kreativität für eine zukunftsfähige Entwicklung entfalten

Anhand beispielhaft benannter und beschriebener Alltagskonflikte in dem mehrtägigen Seminar im April 2004 wurde auf die Bezüge zu poli-

tischen Wert- und Richtungsentscheidungen hingewiesen. Beispiel Familienrecht: Elterliche Sorge für das Kind statt elterlicher Gewalt über das Kind; partnerschaftliche Einigung über Haushaltsführung, Berufstätigkeit und Bildungsgänge anstatt hierarchisch-patriarchalischer Entscheidungsgewalt des Ehemanns. Ein Nachmittag stand unter dem Motto: „Politik gleicht dem geduldigen Bohren dicker Bretter“ (Max Weber). Unter Anleitung einer Künstlerin setzten sich die Teilnehmenden mit hartem Material (Speckstein) kreativ auseinander und übten Kraft und Wille, Augenmaß und Geduld. In der Präsentations- und Reflexionsrunde wurde der Bezug zur Politik hergestellt. Gerade für die Politik gilt: Es muss eine positive Vorstellung vom angestrebten Ziel vorhanden sein. Schlussfolgerung einer Teilnehmerin: „Besser als das ‚Bretter-Bohren-Bild‘ von Max Weber gefällt mir unsere Erfahrung: Politik gleicht dem geduldigen, vorausschauenden Herausmeißeln einer Figur aus dem Stein“.

Europäische Perspektiven: Gleichstellung und soziale Sicherheit für Frauen

Kurz nach den Wahlen zum Europaparlament war im Juni 2004 ein „Gender-Blick“ in europäische Nachbarländer besonders aufschlussreich. Wodurch erklärt sich die höhere und gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen in Frankreich oder Schweden? Welche Rolle spielen gesellschaftliche Determinanten der sozialen Absicherung? Als höchst

relevant wurden die unterschiedlichen „Kinderbetreuungskulturen“ herausgestellt. So bleibt den Müttern in Schweden und Frankreich das „schlechte Gewissen“ erspart, das Mütter in Deutschland-West – und zunehmend auch in Deutschland-Ost – bei der Teilnahme am Erwerbsleben belastet. Erhellend war die Einsicht: Der Versuch in Deutschland, Müttern „die Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ zu erleichtern, erweist sich als Falle, weil er die Lösung des gesellschaftlichen Problems letztlich doch individualisiert, statt eine verlässliche gesellschaftliche Regelung anzubieten. Unter dem Gesichtspunkt der gleichen Beteiligung von Männern und Frauen – hier auch an der Kinderbetreuung – ist nur der schwedische Weg letztlich zielführend, weil die französische Lösung („Ecoles Maternelles“) zwar eine effektive Unterstützung der Frauen und

Mütter, nicht aber die Einbeziehung der Väter und Männer überhaupt beabsichtigt.

Da innerhalb der Europäischen Union die Sozialpolitik weiter in nationaler Zuständigkeit bleibt, ist es umso interessanter, die Lösungen in Nachbarländern kennenzulernen.

Empowerment fürs Engagement!

An diesem *mehrtägigen Seminar für behinderte und nicht-behinderte Menschen in Selbsthilfegruppen* im Juni 2004 nahmen engagierte Frauen aus allen Teilen Deutschlands teil. Sie erfuhren Neues über die sozialen und partizipatorischen Rechte von Menschen mit Behinderungen. Fazit einer der Teilnehmerinnen: „Erst konnte ich mit „Empowerment“ nicht viel anfangen. Jetzt kann ich sagen, dass ich wirklich „Stärkung“ erfahren





Regionalbüro Rheinland-Pfalz

Die Konsequenzen des demographischen Wandels für die Lebenssituation der Frauen wurden während einer Fachtagung diskutiert. Positiv zu bewerten sei, dass aufgrund des vorhergesagten Fachkräftemangels die Chancen von gut ausgebildeten Frauen auf dem Arbeitsmarkt steigen werden, vor allem auch im wachsenden Berufsfeld Pflege und Betreuung. Kritisch wurde angemerkt, dass Frauen immer noch den größten Teil der Familienarbeit leisten und so zunehmend nach der Erziehung der Kinder sich der privaten Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder der älteren Generation widmen (müssen). Langfristig ist zu hoffen, dass sich über verschiedene, bereits eingeleitete Maßnahmen die Lage der Frauen sowohl hinsichtlich ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt, als auch allgemein unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit verbessern wird.

Weitere Genderveranstaltungen

- *Gut gebildet... und dann doch in die Karriere-Sackgasse?* (mit Elke Ferner, MdB und AsF-Bundes-Vorsitzende), Saarbrücken.
- *Kinderspielplatz statt Garage.* (Plädoyer für „neue Väter“), Mainz.

habe. Und mein ehrenamtliches Engagement im Zusammenhang mit der weltweiten Frauenbewegung zu sehen, die „Empowerment“ eingefordert hat, finde ich auch gut!“

Frauen in Beruf, Familie, Politik und Kultur

Dieses Seminar fand vom 2. bis 6. August 2004 in den Sommerferien mit parallelem Kinderprogramm statt, so dass auch Mütter mit kleinen bzw. schulpflichtigen Kindern teilnehmen konnten. Geschichte und Politik der beiden deutschen Staaten bis zur Wiedervereinigung konnten unter dem Aspekt von Gleichberechtigung, Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit diskutiert werden. Politisch und kulturell bedeutsame Frauen der deutschen Nachkriegsgeschichte wie die Politikerinnen Dr. Elisabeth Selbert, Dr. Elinor Hu-

bert und Käthe Kern sowie die Schriftstellerin Christa Wolf wurden gewürdigt. Maxie Wander und ihre Interviews mit Frauen in der DDR der 1970er Jahre war für Teilnehmerinnen aus Ost und West eine überraschende und anregende Entdeckung.

Gender Mainstreaming

In einer Reihe von Seminaren, Workshops und Tagungen haben wir diese Thematik herausgestellt. Themen waren beispielsweise „Gender Mainstreaming als geschlechterpolitische Strategie auf den Prüfstand“, „Umsetzung von Gender Mainstreaming“ und „Gender Mainstreaming – eine neue geschlechterpolitische Strategie für öffentliche Verwaltungen“.



Westeuropa – Büro Brüssel

Sechs Expertinnen für Chancengleichheit aus Ungarn und Polen

Zu diesem EU-Informationsseminar vom 3. bis 6. Februar erhielten die Teilnehmerinnen zunächst einen Überblick über die Institutionen und grundlegenden Funktionsweisen der Europäischen Union. Darauf aufbauend hatte die Gruppe dann die Möglichkeit, in Gesprächen und Diskussionen mit Vertretern der Europäischen Kommission, des Parlaments, des Europäischen Gewerkschaftsbunds und diverser NGOs Fragen der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Europa zu erörtern. Die Gruppe wurde auch mit den Teilnehmern eines parallel organisierten EU-Informationsseminars mit deutschen Kommunalpolitikern

zusammengebracht. Teil des Programms war ferner, an einem runden Tisch zum Thema „Das soziale Europa am Vorabend der Erweiterung“ teilzunehmen.

Die Teilnehmerinnen fanden die Themen und die über das Programm zustande gekommenen Kontakte durchweg als äußerst informativ und hilfreich für die Arbeit vor Ort in

Ungarn und Polen. Neben Gender-Fragen wurden damit im Zusammenhang stehende Probleme der Transformationsstaaten Ungarn und Polen diskutiert, v.a. auch Fragen zu den Sozial- und Rentensystemen. Erfreulicherweise gingen aus dem Seminar z.T. sogar direkte Terminvereinbarungen für künftige gemeinsame Aktivitäten hervor.



Mittel- und osteuropäische Beitrittsländer

Polen: Rund um die Europawahlen

Mit dem Ziel, bei einer bestmöglichen Vorbereitung der Kandidatinnen für die Europa-Wahlen zu helfen, organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit der Parlamentarischen Frauengruppe noch vor den Europawahlen die Konferenz „Frauen im Europäischen Parlament“. Die Kandidatinnen aus verschiedenen Parteien und Wählerkomitees sowie Vertreterinnen vieler Frauen-NGOs, die an der Konferenz teilgenommen haben, konnten sich über die Arbeit der EU-Institutionen aus erster Hand, nämlich bei der polnischen EU-Kommissarin Danuta Hübner, informieren. Die Vorsitzende der European Women Lobby, Lydia La Riviere-Zijdel, sprach über die Zusammenarbeit der Frauenorganisationen mit dem Europäischen Parlament. „Die Gleichstellungspolitik als Arbeitsfeld des Europäischen Parlaments“ und „Das polnische Wahlgesetz für die Europawahlen 2004“ und „Gender Mainstreaming in der Wahlkampagne“ waren die Themen der zwei Workshops, die anschließend für die Kandidatinnen bei den Europa-Wahlen organisiert wurden.

Der für Frauen unerfreuliche Ausgang der Europawahlen am 13. Juni 2004 – sieben Frauen unter insgesamt 54 polnischen EP-Abgeordneten – ist zurückzuführen auf die Wählerpräferenzen, die bei den rechten Parteien lagen. Für die Arbeit der FES Warschau bedeutete dies, dass



Vor dem EU-Beitritt: Familie im polnischen Dorf Laski (picture-alliance / dpa)

die Aktivitäten in diesem Bereich fortzusetzen und auf ein möglichst breites Frauenmilieu auszudehnen sind. Zu diesem Zweck wurde eine Zusammenarbeit mit der zentralen polnischen Frauenorganisation OSKa aufgenommen, mit der die FES Warschau in der zweiten Jahreshälfte je drei Schulungen zum Thema „Frauen im öffentlichen Leben“ und „Effektive Arbeit der neu gegründeten Frauenorganisationen“ durchgeführt hat. Die Teilnehmerinnen der ersten Schulungsreihe wurden mit praktischem Know-how im Bereich öffentliche Auftritte ausgerüstet (Vorträge, gedrucktes Schulungsmaterial) und konnten gleich ihre neu erworbenen Kenntnisse im Training ausprobieren (mit Videoaufnahmen).

Den Frauen in der Politik und der Rolle, welche die Frauenorganisationen bei der Unterstützung von Politi-

kerinnen spielen bzw. spielen könnten, ist das Buch „Geschlecht, politische Wahlen, Macht“ in der Redaktion von Professorin Renata Siemienka gewidmet, dessen Publikation von der FES Warschau unterstützt wurde. Gestützt auf zahlreiche Untersuchungsergebnisse und Wahlanalysen zeigen die Autoren dieses Buches die Mechanismen, die beim Einstieg in die politische Szene in Polen entscheidend sind. Darüber hinaus beschreiben sie ausführlich die institutionellen, ökonomischen und kulturellen Schranken, die den Frauen den Zugang zu Entscheidungspositionen erschweren.

Situation der Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt

Die in Polen unverändert hohe Arbeitslosigkeit (ca. 20%) trifft die Frauen stärker als die Männer. Die Frauen bilden rund 60% der Arbeitslosen und verdienen weniger als ihre gleichgestellten Kollegen. Sie sind auch häufiger Opfer von Mobbing und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.

Die in Polen unverändert hohe Arbeitslosigkeit (ca. 20 %) trifft die Frauen stärker als die Männer. Die Frauen bilden rund 60 % der Arbeitslosen und verdienen weniger als ihre gleichgestellten Kollegen.



Berliner Nobelhotels lassen in Polen waschen (picture-alliance / dpa)

Diesem Themenbereich war das o.g. Seminar „Situation der Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt“ gewidmet, dessen Teilnehmer mit der Situation der Arbeitnehmerinnen in Polen ein Jahr nach der Novellierung des Arbeitsgesetzes vertraut gemacht wurden. Im zweiten Teil der Veranstaltung nahmen sie an drei praxisnahen Workshops zur beruflichen Aktivierung der Arbeitslosen, zum Schutz der Arbeitnehmerrechte

und zur Vereinbarung der Berufsaufarbeit mit dem Familienleben teil.

Frauenhandel

Schon seit Jahren arbeitet die FES Warschau mit La Strada Polen im Bereich Vorbeugung und Bekämpfung des Frauenhandels zusammen. Nachdem die polnische Ostgrenze mit dem EU-Beitritt Polens zur Ostgrenze der Europäischen Union geworden ist, nahm der Menschenhandel über die polnisch-belarussische Grenze neue Formen an. Wie dem entgegengewirkt werden könnte, beriet in Warschau eine polnisch-belarussische Expertengruppe. Die für 2005 vorgesehenen Studien und ihre Ergebnisse werden eine Grundlage für die Empfehlungen zur Änderung der Rechtsvorschriften in Polen und Belarus darstellen sowie eine effektivere grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Grenzschutzes, der Polizei und des Gerichtswesens ermöglichen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Gender- und Frauenbereich der FES Warschau dank den mit seinen Partnern durchgeführten Maßnahmen folgendes erreicht wurde:

- bessere Kenntnis und Implementierung der EU-Richtlinien zum Gender Mainstreaming in der Politik,
- Stärkung der Frauenorganisationen, darunter besonders der neu gegründeten Frauen-NGOs,
- vertieftes Wissen um die Arbeitnehmerrechte und deren wirksame Verteidigung,

Tschechien: Benachteiligung in Beruf, Privatleben und Politik

Auch 2004 bleibt die Situation der tschechischen Frauen in Politik, Gesellschaft und am Arbeitsplatz weitgehend unverändert. Trotz geringfügiger Verbesserungen durch einzelne Gesetzesfortschritte kann von einer realen Gleichstellung der Frauen in der CR weiterhin nicht gesprochen werden. Ein Blick auf die wichtigsten Kriterien der Gleichstellung kommt zu folgendem, bekannten Gesamtbefund: Die Frauen, obwohl emanzipiert und selbstbewusst, schultern die Doppelbelastung von Haushalt und Kindererziehung sowie beruflicher Beschäftigung fast ausschließlich alleine; sie erleiden Diskriminierungen am Arbeitsplatz weit häufiger und sind weiterhin in höherem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer; tschechische Frauen verdienen im Durchschnitt erheblich weniger als ihre vergleichbaren männlichen Kollegen und besitzen die deutlich schlechteren Aufstiegschancen. In der Politik sind tschechische Frauen sowohl in den gewählten als auch ernannten Ämtern deutlich unterrepräsentiert.

Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Frauen stellen in der Tschechischen Republik 44% aller Beschäftigten. Im 3. Quartal 2004 betrug die Arbeitslosenquote bei Frauen 9,8%, bei Männern dagegen nur 6,8% bei einem Landesdurchschnitt von 8,2%.

Weiterhin hoch sind die Unterschiede bei den Gehältern. Die Dif-



Paketservice: Junge Frauen in Prag (picture-alliance / HB Verlag)

ferenz beträgt hier im Durchschnitt 26%, während es im europäischen Durchschnitt 16% sind. Tschechische Frauen mit Hochschulabschluss verdienen nur 65% ihrer vergleichbaren Kollegen, bei der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren sind es 69%.

Frauen in den Entscheidungsprozessen

Auch in der Politik sind die tschechischen Frauen von realer Gleichberechtigung weit entfernt. Auf allen politischen Ebenen zeigt sich folgender Befund: Je höher die politische Funktion, desto geringer die Repräsentanz durch Frauen. Aus den Statistiken des Jahres 2004 ergibt sich jedoch, dass sich die Zahl der Frauen in den gewählten und ernannten Funktionen leicht erhöht hat, obwohl dazu seitens Parlament oder Regie-

rung keine speziellen Fördermaßnahmen aufgelegt wurden.

Exkurs: Wahljahr 2004

Das Jahr 2004 war ein dreifaches Wahljahr. Bei den Wahlen ins Europäische Parlament im Juni wurden von den insgesamt 24 tschechischen Abgeordneten fünf Frauen gewählt, d.h. 20,8%. Bei den Senatswahlen im Herbst, bei denen ein Drittel (27) der SenatorInnen zur Neuwahl anstanden, wurden lediglich drei Frauen gewählt. In der jetzigen Zusammensetzung des Tschechischen Senats sind die Frauen mit 12,3% eine Minderheit (insgesamt 10 Senatorinnen), ohne in der Senatsführung vertreten zu sein. In den ebenfalls im Herbst durchgeführten Regionalwahlen wurde nicht eine einzige Hauptfrau (= Ministerpräsident der Bundesländer) gewählt. Im derzeiti-



Skoda-Produktion in Tschechien (picture-alliance / dpa)

gen tschechischen Parlament liegt der Frauenanteil bei nur 15% (30 von insgesamt 200 Abgeordneten, unter ihnen zwei weibliche Parlamentsvizevorsitzende).

Mit der 2004 vorgelegten Novelle für ein neues Wahlgesetz der Tschechischen Republik zeichnen sich allerdings erste formale Fortschritte ab: Erstmals wurde in dieser Novelle der Vorschlag über die Einführung von Frauenquoten auf KandidatInnenlisten aufgegriffen. Mit diesem Vorschlag folgte das tschechische Abgeordnetenhaus einer Empfehlung des Regierungsrates für die Gleichstellung, die ein so genanntes „Reißverschlussystem“ mit mindestens 40%-iger Vertretung eines der beiden Geschlechter vorsieht.

Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt ist leider auch in Tschechien tägliche Praxis. Sie wird seit 2004 aber stärker strafrechtlich geahndet, nachdem im Juni ein neuer Paragraf des Strafgesetzbuches in Kraft trat. Er sieht vor, dass nun auch nahe stehende und in der gemeinsamen Wohnung lebende Personen als Straftäter verfolgt werden können. Zur Zeit liegt darüber hinaus ein Gesetzesvorschlag über die Verweisung des Gewalttäters aus der Wohnung zur Verhandlung.

Aktivitäten der FES Prag

Die FES Prag hat sich 2004 auf Frauen- und Gleichstellungsthemen kon-

zentriert, die im wesentlichen in den Arbeitsbereichen „Zivilgesellschaft“ und „Gewerkschaftskooperation“ behandelt wurden. Das Thema Frauen wurde vorrangig unter den Schwerpunkten „Frauen und Politik“ sowie „Frauen auf dem Arbeitsmarkt“ betrachtet. Die dazu 2004 durchgeführten Maßnahmen lassen sich überblicksartig wie folgt zusammenfassen:

- Zum Schwerpunkt „*Frauen und Politik*“ wurden drei Seminare für Genderbeauftragte der tschechischen Ministerien und eine internationale Konferenz über politische Partizipation der Frauen in Europa anlässlich der letztjährigen Europawahlen durchgeführt bzw. unterstützt.
- Das Thema „*Frauen auf dem Arbeitsmarkt*“ wurde hauptsächlich bei den gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen verfolgt. Dazu wurden zwei internationale Konferenzen und ein internationales Seminar veranstaltet. Bei diesen Maßnahmen wurde das Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln (Rolle der Gewerkschaften, soziale Verantwortung, Gesetzgebung, Rolle der Frauenorganisationen), behandelt. Die Veranstaltungen fanden in der Öffentlichkeit wie in den tschechischen Medien ein breites Echo.

Häusliche Gewalt ist leider auch in Tschechien tägliche Praxis. Sie wird seit 2004 aber stärker strafrechtlich geahndet, nachdem im Juni ein neuer Paragraf des Strafgesetzbuches in Kraft trat. Er sieht vor, dass nun auch nahe stehende und in der gemeinsamen Wohnung lebende Personen als Straftäter verfolgt werden können.

Slowakei: Kaum Fortschritte für die Frauen

Die Situation der Frauen in der slowakischen Gesellschaft blieb auch 2004 weitgehend unverändert. Das von der EU geforderte Antidiskriminierungsgesetz wurde zwar trotz des zähen Widerstands der Christdemokraten verabschiedet, aber die gesetzlichen Bestimmungen sind nicht das eigentliche Problem der Gleichstellung in der Slowakei. Es geht hier vielmehr um eine grundlegende Änderung des traditionellen Verständnisses der Rolle der Frau in der Gesellschaft, um die Verwirklichung der Gleichstellung im täglichen Leben und um eine gendergerechte Bildungspolitik. Fortschritte in dieser Richtung sind 2004 leider nicht zu verzeichnen: Die „Kommission für Chancengleichheit und Stellung der Frauen in der Gesellschaft“, die als Parlamentsunterausschuss im Vorjahr gegründet wurde, hat sich nur

Anfang des Jahres (mit Hilfe der FES) bei der Novelle des Wahlgesetzes engagiert. Als diese Initiative scheiterte, wurde es um sie wieder still. Das „Koordinierungskomitee für Frauenproblematik“ beim Sozialministerium, das in den Jahren 1995 bis 2001 viele Aktivitäten entwickelte, wurde vom neuen Sozialminister Kanik seit seinem Amtsantritt noch nicht einmal zusammengerufen. Die regierende Koalition hat sichtbar kein Interesse an realen Änderungen in Fragen der Gleichstellung.

Demografische Trends

In der Slowakei sind die wichtigsten demografischen Trends vergleichbar mit westeuropäischen Ländern, sie entwickeln sich jedoch mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa 10 bis 20 Jahren. Die Geburtenrate in

der Slowakei sinkt kontinuierlich seit dem Jahr 1980 (20 Neugeborene auf 1.000 Einwohner). Erst in den vergangenen Jahren wurde dieser Trend gestoppt und liegt nunmehr bei 9,5 Neugeborenen/1.000 Einwohner. Trotz einer weitgehend liberalen Abtreibungsgesetzgebung ist die Abtreibungsrate in der Slowakei weiterhin rückläufig. Die mittlere Lebenserwartung ist seit 1990 leicht angestiegen (2003: Männer 69,8 und Frauen 77,6 Jahre), ist aber im EU-Vergleich eher unterdurchschnittlich. Bei der Rentenreform wurde beschlossen, das Rentenalter der Frauen und Männer schrittweise anzugleichen. Bisher erreichen slowakische Frauen um 3 bis 6 Jahre – je nach der Anzahl der Kinder – früher das Rentenalter.

Aktivitäten der FES Bratislava

Die Arbeit der FES zur Gleichstellungsproblematik ist langfristig angelegt. Die benachteiligte Stellung der Frauen im politischen Leben der Slowakei wurde 2004 beispielsweise in einem internationalen Seminar zur Gleichstellungsproblematik behandelt, das im Rahmen der Vorbereitung einer Novelle des Wahlgesetzes in Zusammenarbeit mit Abgeordneten des Nationalrats vorbereitet wurde. Die Stellung der Frauen in der Arbeitswelt, besonders im Bereich Wissenschaft und Forschung, stand im Mittelpunkt einer Fachveranstaltung, die in Zusammenarbeit mit Expertinnen aus verschiedenen Institutionen vorbereitet wurde.

Die regierende Koalition hat sichtbar kein Interesse an realen Änderungen in Fragen der Gleichstellung.



Frauen in einer Fabrik in Michalovce (picture-alliance / ZB)

Ost- und Südosteuropa außerhalb der EU

Bulgarien: Die Frauen sind flexibler und oft die Ernährer

Bis 1989 waren in Bulgarien Frauen sowohl im wirtschaftlichen als auch im öffentlichen und politischen Leben aktiv vertreten. Wegen der niedrigen Arbeitnehmer-Einkommen waren sie gezwungen, als Zweitverdienerinnen einen Beitrag zu den Lebenshaltungskosten zu leisten. Das ist zweifelsohne eine Erklärung dafür, dass während der kommunistischen Zeit rund 99% der Frauen einer Erwerbsarbeit nachgingen. Im Übrigen wurde die Möglichkeit, Hausfrau zu sein, von der Allgemeinheit als Privileg empfunden. Kinderkrippen und Kindergärten gehörten zur Infrastruktur von Wohnvierteln. Dieser Umstand erlaubte es den Müttern, ihre Erwerbsarbeit nach der Geburt schnell wieder aufzunehmen. Für viele Frauen und Kinder, teil-

weise auch für Männer, bedeutete die physische und psychische Gewalt in der Familie das größte Problem.

Nach der Wende reagierten die Frauen flexibler. Die gut ausgebildeten Frauen, die mindestens zwei oder drei Fremdsprachen beherrschten, orientierten sich zur Privatwirtschaft. Entweder wurden sie Vertreterinnen oder Beraterinnen von ausländischen Firmen, die Waren nach Bulgarien importieren, oder sie übernahmen Aufgaben als Topmanagerinnen in Niederlassungen großer ausländischer Firmen. Andere wiederum gründeten eigene Unternehmen. Zahlreiche Männer zwischen 35 und 50 verloren ihre Stelle und wurden langfristig arbeitslos, was zur Folge hatte, dass in vielen Familien noch heute nur die Frauen das

Geld verdienen. Dieser Umstand hatte einen Rollentausch zwischen Mann und Frau zur Folge und führte zu Spannungen und zu mehr Gewaltanwendung innerhalb der Familie.

Zu Beginn der Wende zogen sich die Frauen aus dem politischen Leben zurück. Die oft kompromittierenden und spekulativen Medien-Kampagnen gegen Politiker trugen sehr viel zu ihrer Verunsicherung bei. Politische Ämter schreckten sie deshalb ab.

Wegen der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung wurde ein für Bulgarien neues Phänomen sichtbar: Straßenkinder und bettelnde Kinder prägten mehr und mehr das Straßenbild; auch die Zahl der Kinder in den Heimen wuchs an. Berichte über sexuellen Missbrauch von Kindern

Bis 1989 waren in Bulgarien Frauen sowohl im wirtschaftlichen als auch im öffentlichen und politischen Leben aktiv vertreten. Wegen der niedrigen Arbeitnehmer-Einkommen waren sie gezwungen, als Zweitverdienerinnen einen Beitrag zu den Lebenshaltungskosten zu leisten.



(picture-alliance / ZB)



Frauenarbeitsplatz in Sofia (picture-alliance / ZB)

Heute werden bei Einstellungen meistens Frauen den Männern vorgezogen, weil sie in der Regel ein größeres Engagement bei der Arbeit zeigen und Männer hierarchisch ausgerichtet sind.

in Heimen und andernorts häuften sich. Diese Missstände haben sich seit der Jahrtausendwende abgeschwächt. Die periodischen Berichte über positive Veränderungen und nachhaltige Fortschritte Bulgariens auf dem Weg in der Europäischen Union sind viel versprechend.

Mit dem Inkrafttreten des umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes im Januar 2004 ist die Gesetzgebung zum Thema Chancengleichheit vorangekommen. Das entsprechende Gesetz enthält klare Bestimmungen über gleiches Entgelt, über die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz und über die Beweislast bei Anklagen. Gestützt auf dieses neue Gesetz wurden in diesem Jahr Arbeitgeber verurteilt, die sich weigerten, junge Roma-Männer anzustellen. Übrigens: Keine einzige Frau hat bis jetzt Klage erhoben, weil immer noch mehr Arbeitsplätze für Frauen als für Männer angeboten werden. Bei Einstellungen werden meistens Frauen den Männern vorgezogen, weil sie in der Regel ein größeres Engagement bei der Arbeit zeigen und

Männer hierarchisch ausgerichtet sind.

Mit den im Juni 2004 angenommenen Änderungen des Arbeitsgesetzes wurden europäische Vorschriften zum Besitzstand, zum Elternurlaub und zum Schutz schwangerer Arbeitnehmerinnen übernommen und das Verbot von Nachtarbeit und Überstunden für bestimmte Kategorien von Frauen aufgehoben. Die Einrichtung einer Sektion „Chancengleichheit für Frauen und Männer“ im Arbeitsministerium ist ein positiver Schritt. Zusätzlich fordern die Gewerkschaften eine aktive Beschäftigungspolitik für Männer.

Wie der Bericht der EU-Kommission festhält, sind die Frauen in den politischen Parteien immer noch stark unterrepräsentiert. Laut einer Umfrage vom März 2003 würden nur 13% der Bulgarinnen und Bulgaren eine gesetzliche Initiative des Parlaments zur Einführung des Quotenprinzips befürworten. Diese Haltung wird damit begründet, dass Quantität noch nicht Qualität bedeute. Dieselbe Umfrage machte allerdings

auch deutlich, dass – bei gleichwertiger Qualifikation – 56% der Befragten eine Frau zur Staatspräsidentin wählen und 73% einer Frau als Abgeordnete den Vorzug geben würden. Diese pragmatische Haltung innerhalb der Gesellschaft zwingt die linken Parteien, in deren Gremien Frauen eklatant unterrepräsentiert sind, sich vor den nächsten Parlamentswahlen 2005 zu modernisieren.

Eines der dringendsten und ernsthaftesten Probleme, das die Exekutive umgehend anpacken muss, ist der Menschenhandel. Bisher haben sich einige NGOs mit den Problemen Menschenhandel und Gewalt in der Familie befasst. Sie benötigen unbedingt mehr Unterstützung durch das Innen- und Außenministerium.

Aktivitäten der FES Sofia

Sehr erfolgreich begann das Projekt Sozialdemokratisches Frauennetzwerk „*Women can do it!*“. Das Netz stellt sich die Aufgabe, die Rolle der Frauen in den Parteien und in der Gesellschaft zu verbessern. Ein Memorandum, in dem unter anderem eine 30%-Quote für Frauen in den Führungsorganen der Parteien und in den Wahllisten gefordert wird, wurde den Vorständen der Parteien zugestellt. Ein Gesetzesentwurf über die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern wurde erstellt. Sechs Veranstaltungen wurden durchgeführt, drei davon mit internationalen Gästen. Die Vorsitzenden der Parteien haben eine Unterstützung des Vorhabens zugesagt. Die Partei Bulgarische Sozialdemokraten hat in ihr Statut die 30%-Quote für die Führungsorgane und die Wahllisten aufgenommen.

Was tut sich auf dem Balkan?

Regionalbüro Belgrad: Frauen in der Arbeitswelt

Die Gesetzeslage zur Gleichberechtigung der Frauen in der Arbeitswelt hat sich nach Aussagen der Vertreterinnen der Gewerkschaften verbessert. So orientiert sich auch das neue serbische Arbeitsgesetz in einigen Punkten an den EU-Normen. Derartige Änderungen, aber auch schon die vorher bestehenden Regelungen gegen Diskriminierung etc. zeigen jedoch in vielen Unternehmen kaum Wirkung. Wie auch in anderen Bereichen wird gegen Gesetze verstoßen – zum einen, weil man sie auch bei Gewerkschaften nicht immer kennt, zum anderen weil man sie auf der Arbeitgeberseite eindeutig missachtet.



(picture-alliance / dpa)

Männerorientierte Interessenvertretungen

Von den 34 Dachverbänden der Gewerkschaften in der Region haben zwei Dachverbände eine Vorsitzende, nämlich der bedeutende SSSH in Kroatien – und dies auch erst seit einem halben Jahr – und die weniger bedeutende ASNS in Serbien. Es fehlt eine genaue Übersicht über die Anzahl der Frauen in den Branchenorganisationen, aber ein erster Überblick zeigt auch hier die eindeutige Dominanz der Männer.

Deutlich erkennbar sind zwar Unterschiede zwischen den Gewerkschaften, deren Länder schon EU-Mitglieder bzw. Kandidaten sind, und denen, die noch keinen Kandidaten-

Für die Gewerkschaften gibt es genug zu tun, um die Rechte der Frauen am Arbeitsplatz zu schützen! Auch in der Arbeitswelt gelangen Frauen zumeist nur bis zu den mittleren Führungspositionen, während die tatsächlichen Leitungsfunktionen den Männern überlassen bleiben. Dabei ist das Qualifikationsniveau von Frauen gleich bis besser, aber ihre Berufschancen – auch beim Eintritt in die Arbeitswelt – sind geringer.

status besitzen. Auch die unterschiedlich vorangeschrittene Kooperation mit EU-Gewerkschaften drückt sich in der Intensität der jeweiligen Frauenarbeit aus. Die ungarischen

und kroatischen Gewerkschaften arbeiten regional in diesem Feld bereits intensiv und beleben so die jeweils nationale Frauenarbeit. Insgesamt aber muss gesagt werden, dass in den meisten Projektländern die Frauenarbeit fast ausschließlich durch Impulse von außen belebt bzw. am Leben gehalten wird. Dabei spielt auch die Kooperation mit NGOs eine große Rolle, die sich zum Teil wesentlich intensiver mit Problemen in frauentypischen Arbeitsbereichen befassen als die Gewerkschaften selbst.

Dass die Gewerkschaftsfrauen auf die Kooperation mit ausländischen und internationalen Organisationen angewiesen sind, zeigt auch die Tatsache, dass es zwar fast überall Frauenbeauftragte und/oder Frauenabteilungen gibt, aber nur wenige von ihnen über ein eigenes Budget verfügen. Die Frauenabteilung eines Dachverbandes in Serbien eröffnet z.B. nun Spendenkonten in der Region, um damit ihre Aktivitäten zu finanzieren.

Diskriminierung am Arbeitsplatz

Dabei gibt es für die Gewerkschaften genug zu tun, um die Rechte der Frauen am Arbeitsplatz zu schützen! Auch in der Arbeitswelt gelangen Frauen zumeist nur bis zu den mittleren Führungspositionen, während die tatsächlichen Leitungsfunktionen den Männern überlassen bleiben.

Dabei ist das Qualifikationsniveau von Frauen gleich bis besser, aber ihre Berufschancen – auch beim Eintritt in die Arbeitswelt – sind geringer. Der Kreis schließt sich, betrachtet man die Tatsache, dass viele Führungspositionen auch in der Wirtschaft immer noch „politisch“ und weniger nach Qualifikation besetzt werden. Denn auch in der Politik sind Frauen zumeist vollständig unterrepräsentiert.

Auch bei Löhnen und Gehältern sind Frauen zumeist benachteiligt. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt selten. Dies beginnt bei der Eingruppierung und endet bei der Besetzung von Aufstiegsstellen. Es wird zwar in Beschlusslagen der Gewerkschaften von diesen Zielen der Gleichberechtigung gesprochen, in der täglichen Praxis ist aber oft davon nichts zu spüren.

Kroatien: Der Fortschritt ist eine Schnecke

In den letzten Jahren wurde in Kroatien die Diskussion über „die Frauenfrage“ intensiviert. Die Medien interessierten sich für das Thema und es gab auch gesetzliche Verbesserungen. Die neuen Gesetze sind in der Regel an die EU-Gesetzgebung angepasst.

Der gesetzliche Rahmen des Gleichstellungsschutzes

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Gleichstellung der Geschlechter im Juli 2003 wurde die Institution des Ombudsmanns für Frauenrechte geschaffen. Diese Institution hat folgende Aufgaben und Vollmachten:

- Gesetzesverletzungen beobachten und protokollieren, Fälle der Diskriminierung von Einzelpersonen oder Gruppen erfassen, die von staatlichen Organen ausgehen,

- Kontrolle der Gesetzesübertretungen von staatlichen Instanzen,
- die Bürger/innen können sich an dieses Büro wenden, wenn ihre Rechte verletzt werden.

Die Bürger/innen wenden sich an den Ombudsmann meistens wegen der Diskriminierung am Arbeitsplatz und wegen Gewalt in der Familie. Der Rechtsbeistand wird zwar durch viele Gesetze garantiert, aber die rechtliche Umsetzung in der Praxis ist noch stark unterentwickelt und oft vom persönlichen Ermessen und Engagement der Richter abhängig.

Ein Beispiel dafür ist ein Justizskandal, in dem eine Richterin einen 60-jährigen Mann wegen zweifacher Vergewaltigung einer 21-jährigen Frau zu einem Jahr Gefängnis verurteilte. Als mildernder Umstand wurde berücksichtigt: das Alter des Mannes, sein Status als Vater von zwei Töchtern, die Tatsache, dass das Opfer dem Angeklagten die Schuld vergeben hat, und, was am bedeutsamsten war, dass der Mann „einen großen Beitrag im Heimatkrieg geleistet hat“. Proteste konnten die Situation nicht mehr ändern. Ein anderes Beispiel schlechter Praxis der Rechtsprechung kann man im kroatischen Verteidigungsministerium finden: Es gab schon mehrere Anklagen gegen hochrangige Beamte des Ministeriums wegen Diskriminierungen von Frauen und gegen Militärs, die wegen Vergewaltigung in der Armee verdächtigt werden. Die Anklagen sind bisher noch nicht geklärt.



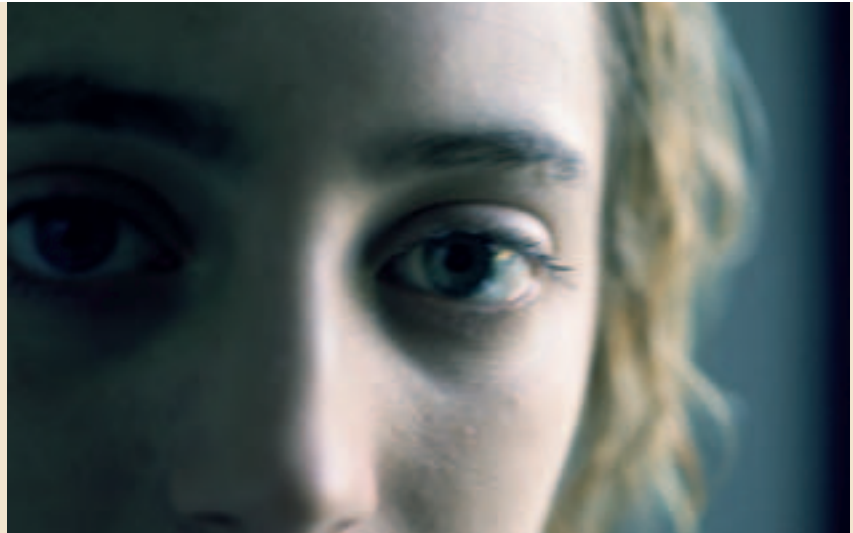
Eher die Ausnahme: Seniorin in Computerschule (picture-alliance / dpa)

Das nationale Programm zum Schutz vor Gewalt in der Familie

In der Region Zagreb stieg die Gewalt in der Familie um 58 %, wobei 87% der Misshandlungen von Männern ausgeübt wurden. Mit dem Problem der Gewalt in der Familie befasst sich besonders die Frauengruppe „Autonomna zenska kuca Zagreb“, die seit ihrer Gründung schon etwa 30.000 misshandelte Frauen und deren Kinder in ihren Frauenhäusern aufnahm und vor den Gewalttätern schützte. Wegen der finanziellen Probleme droht diesem Zufluchtsort leider die Schließung, obwohl es in Kroatien nur drei Häuser dieser Art gibt.

Frauen am Arbeitsmarkt

Die Diskriminierung der Frauen am Arbeitsmarkt und die Nichtbeachtung der Artikel, welche die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz garantieren sollen, setzt sich in Kroatien fort. Die Statistiken zeigen, dass rund 60% der Frauen in Kroatien arbeitslos sind. Davon fallen 25% in die Altersgruppe von 40-50 Jahren. Frauen in diesem Alter finden nur sehr schwer eine neue Beschäftigung. Die Arbeitgeber bevorzugen in der Regel jüngere Frauen bis 35 Jahre bzw. geben ohnehin lieber Männern den Vorzug. Frauen werden auch sehr oft bei Bewerbungen diskriminiert, weil die Arbeitgeber eine Schwangerschaft fürchten. Frauen arbeiten überwiegend in Branchen, in denen die Gehälter unter dem Durchschnitt liegen (Textil, Handel, Dienstleistungen) und in gering qua-



In der Region Zagreb stieg die Gewalt in der Familie um 58 Prozent, wobei 87% der Misshandlungen von Männern ausgeübt wurden. Mit diesem Problem befasst sich besonders die Frauengruppe „Autonomna zenska kuca Zagreb“, die seit ihrer Gründung schon etwa 30.000 misshandelte Frauen und deren Kinder in ihren Frauenhäusern aufnahm.

lifizierten Tätigkeiten. Entsprechend ist die durchschnittliche Altersrente der Frauen um 20% niedriger als die der Männer.

Die Regierung hat vor kurzem zwar ein neues ökonomisches Programm beschlossen, aber es scheint, dass dieses Programm die ohnehin benachteiligte wirtschaftliche Lage der Frauen noch mehr verschlechtern wird. Einer der Vorschläge dieses Projektes ist, dass die Frauen sowie die Männer erst mit 70 Jahren in Rente gehen sollen. Diese Gleichstellung der Altersgrenze für Männer und Frauen berücksichtigt nicht die Tatsache, dass es in Kroatien keine Maßnahmen zur Vereinbarkeit zwischen Arbeit und Familienleben gibt. Forschungsergebnisse zeigen, dass in Kroatien die Frauen unter einer hohen Doppelbelastung stehen: sie erledigen die Hausarbeit, sorgen für die Kinder und die älteren Familienmitglieder und sie arbeiten für niedrigere Gehälter als Männer. Ein großer Teil der Frauen ist daher auch

wegen des niedrigen Familieneinkommens auf Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft angewiesen.

In letzter Zeit hat in Kroatien die Diskussion über Mobbing in der Öffentlichkeit zugenommen. Es geht vor allem um sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz. In den letzten fünf Monaten wurden dem Ombudsmann und der Zivilorganisation „Mobbing“ 115 Fälle von sexuellem Mobbing gemeldet. Mobbing ist in Kroatien noch nicht präzise gesetzlich definiert und alle Fälle des Mobbing werden durch den Artikel 2 des Arbeitsgesetzes gelöst. Dieser Artikel definiert die Diskriminierungsformen am Arbeitsplatz unter Einschluss der sexuellen Belästigung.

Politische Partizipation der Frauen

Das neue kroatische Parlament (seit November 2003) hat einen um 4 % geringeren Frauenanteil im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2000.

Im Parlament gibt es zur Zeit 27 Frauen (21,7%), von denen die meisten SDP-Mitglieder sind. Die Kroatische Bauernpartei (HSS) und die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) haben den geringsten Anteil von Frauen in ihren Parteien. Auf der Bezirksebene ist die Situation noch ungünstiger. Unter 902 Vertretern sind nur 112 Frauen (ca. 12%). In den 122 Städten und Gemeinden des Landes sind nur 14 Frauen Bürgermeisterinnen. Die Frauen der „Ad-hoc-Koalition“ forderten vor ein paar Jahren eine Änderung des Wahlgesetzes, wollten eine Frauenquote einführen, aber diese Initiative wurde von den entscheidenden politischen Akteuren nicht ernsthaft verfolgt.

Die Förderung der aktiven Teilnahme von Frauen am politischen Gemeindeleben bzw. in der Politik generell ist seit Jahren Bestandteil der Projektarbeit mit Frauengruppen. In diesem Jahr fand eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit dem Zentrum für Frauenstudien in Zagreb statt. Thema war *„Frauen in der Politik: Macht der Politikerinnen.“* Der Teilnehmerkreis bestand aus Vertreterinnen fast aller politischen Parteien, aus staatlichen Institutionen, die sich mit der Frage der Gleichstellung befassen, aus Gewerkschaften, NGOs, Wissenschaftlerinnen und Medien. Überraschend war für die Politikerinnen die Erkenntnis, wie stark ihr eigenes Selbstbild von der Wahrnehmung durch die Bürger abwich. Gefordert wird von den Politikerinnen ein stärkeres Engagement für die Frauenpolitik. Laut Umfrageergebnissen weisen die politischen

Parteien im Hinblick auf die Förderung der Geschlechtergleichstellung keine wahrnehmbaren Unterschiede auf. Zur weiteren Verbreitung der Ergebnisse und zur Nutzung in anderen Bildungsmaßnahmen wurde mit gleichem Titel eine Publikation erstellt

Der demografische Wandel in Kroatien

Im Zeitraum zwischen den zwei Volkszählungen von 1991 und 2001 haben folgende demographische Prozesse in Kroatien stattgefunden: Die Bevölkerung altert und schrumpft. Wegen des Krieges waren diese Prozesse besonders intensiv. Besonders besorgniserregend ist der Prozess der Alterung der Bevölkerung.

Letztes Jahr ist die Bevölkerung in Kroatien um 2,9% geschrumpft. Setzt sich dieser Trend fort, so würde Kroatien in 50 Jahren ein Drittel seiner Bevölkerung verlieren.

Die gegenwärtige kroatische Politik zielt auf einen hohen Bevölkerungszuwachs. Dies hat Folgen für die kroatischen Frauen. Die Auf-

merksamkeit der Politik richtet sich auf die Familien mit vielen Kindern und benachteiligt daher kleine Familien. Die Auswirkungen auf die Frauen machen sich aber noch stärker auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Der neue dreijährige Mutterschaftsurlaub in Kroatien erlaubt es den Frauen, lange Zeit zu Hause zu bleiben, ohne wirkliche Chancen zur Rückkehr auf den Arbeitsplatz. Ein Hindernis für die Beschäftigung von Frauen ist auch das ungenügende Angebot an öffentlichen Kindergärten und an sonstigen Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Es gibt zwar private Kindergärten, die aber für viele zu teuer sind. Das gekürzte Mutterschaftsgeld ist ein weiteres Problem, da die Frauen häufig gezwungen sind, andere Einkommensmöglichkeiten während des Mutterschaftsurlaubs zu suchen. Als eine der Maßnahmen dieser Bevölkerungspolitik wurde auch vor kurzem ein Verbot der Abtreibung diskutiert. Dies wurde vor allem von den religiösen Gemeinschaften vorgeschlagen, allerdings ist die Diskussion über diese Frage noch nicht abgeschlossen.

Letztes Jahr ist die Bevölkerung in Kroatien um 2,9% geschrumpft. Setzt sich dieser Trend fort, so würde Kroatien in 50 Jahren ein Drittel seiner Bevölkerung verlieren.



Bosnien und Herzegowina: Der Krieg hat die Bevölkerung dezimiert

Bosnien und Herzegowina ist ein Staat, in dem es gegenwärtig keine genauen Daten über die Anzahl der Einwohner gibt. Tatsache ist jedoch, dass durch den Krieg (1992-1995) ein enormer Bevölkerungsverlust entstanden ist. Trotz dieser Katastrophe ist auch neun Jahre nach dem Dayton-Abkommen eine Volkszählung noch nicht in Sicht. Die wichtigsten Gründe dafür sind ein fehlendes Gesetz, kein Geld und mangelnder politischer Wille.

Schätzungen gehen davon aus, dass heute in Bosnien ungefähr 3,36 Mio. Menschen leben. Vor dem Krieg, nach der letzten Volkszählung 1991, hatte das Land 4,54 Mio. Einwohner. Große Teile der Bevölkerung leben verstreut in Regionen, die weit entfernt vom ehemaligen Wohnsitz und der Arbeitsstätte liegen. Vor allem die Auswanderung vieler junger Menschen bedeutet eine große Unsicherheit für die Zukunftsperspektive in Bosnien. Das alles hat eine niedrige Reproduktionsrate zur Folge.

Frauen bilden heute ca. 51% der Bevölkerung. 44% der Frauen sind arbeitslos. Diese Zahl ist allerdings nur geschätzt, da angenommen werden kann, dass eine hohe Anzahl von Frauen in der Schattenwirtschaft tätig ist. Ein wesentlich höherer Prozentsatz der Frauen (etwa 62%) ist in den Bereichen der Bildung und des Kranken- sowie Sozialschutzes beschäftigt. Die Beteiligung der Frauen am politischen Leben liegt bei etwa 14,2%, in den politischen Parteien beträgt sie ca. 18,5%.



Die allgemeine gesellschaftliche und wirtschaftliche Unsicherheit in Bosnien hat zu einem sinkenden Geburtenstand geführt. Von 100 schwangeren Frauen entscheiden sich 28 für einen Abbruch!

Armut sowie wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten betreffen in der bosnischen Gesellschaft in erster Linie die Frauen und Kinder. Durch die Arbeitsgesetze sind Frauen und Männer bei der Beschäftigung zwar gleichberechtigt, aber in der Praxis sieht die Situation ganz anders aus. Die Arbeitgeber entscheiden sich häufig gegen eine Beschäftigung von Frauen mit der Begründung, dass Frauen durch bezahlten Schwangerschaftsurlaub oder bezahlte Tage bei Krankheit der Kinder die Betriebskosten erhöhen. Neben dieser Diskriminierung gibt es auch die Benachteiligung aufgrund des Alters. In vielen Beschäftigungsanzeigen in den Zeitungen werden Frauen nur

bis zum Alter von 35 Jahren gesucht, oft mit der Anmerkung „attraktives Aussehen gewünscht“.

Die Arbeitslosigkeit hat auch starke Auswirkungen auf den Krankenschutz der Frauen. Bosnien hat keine einheitliche Gesundheitspolitik und auch keine Institution mit Zuständigkeit für das Gesundheitswesen auf gesamtstaatlicher Ebene. So sind mehr als 50% der Frauen im Krankheitsfall nicht versorgt und haben keine soziale Absicherung. Die allgemeine gesellschaftliche und wirtschaftliche Unsicherheit hat zu einem sinkenden Geburtenstand geführt. Von 100 schwangeren Frauen entscheiden sich 28 für einen Abbruch!

In einer traditionellen Gesellschaft wie Bosnien und Herzegowina wurden die älteren Menschen nicht in Altersheimen untergebracht, sondern die Fürsorge übernahmen ihre Kinder, meistens die Töchter. Durch die schwierige wirtschaftliche Lage sind viele Frauen zur zusätzlichen Erwerbstätigkeit gezwungen, so dass die Rolle der Pflege immer häufiger gegen Entlohnung von einer außenstehenden Person übernommen werden muss.

Die Gruppen, die sich mit der Frage der Gleichstellung der Geschlechter beschäftigen, zählen zu den aktivsten Organisationen der Zivilgesellschaft. Sie leisten einen großen Beitrag bei der Verbesserung der Situation der Frauen.

Aktivitäten der FES

Im April letzten Jahres war das Gesetz über die Gleichstellung der Geschlechter nach einer langen parlamentarischen Diskussion verabschiedet worden. Frauengruppen sind seitdem bemüht, das Wissen zu verbreiten und Frauen zu motivieren, aktiv an der Umsetzung des Gesetzes mitzuwirken. Als Beitrag auf lokaler Ebene stellte Radio Vesta aus Tuzla eine Radiobrücke mit Radio Osvit Zvornik und Radio Slon Tuzla her. In acht Radiosendungen wurden Frauen in der lokalen Gemeinde über die Grundlagen und Ziele des Gesetzes informiert. Durch diese Methode konnten viele Frauen erreicht werden. Insgesamt zeigte sich, dass immer noch ein großer Bedarf an kontinuierlicher Arbeit zur Präsentation des Gesetzes über die Gleichstellung der Geschlechter besteht, besonders



In einer traditionellen Gesellschaft wie Bosnien und Herzegowina wurden die älteren Menschen nicht in Altersheimen untergebracht, sondern die Fürsorge übernahmen ihre Kinder, meistens die Töchter.

wenn es sich um die direkte Anwendung in der Praxis handelt.

Eine der wichtigsten Aufgaben bezieht sich auf die Integration des Genderkonzepts in das bosnische Bildungssystem. Dazu wurden Ende des Jahres zwei Seminare in Sarajevo und Travnik mit Vertretern der beiden Gender-Zentren, dem Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Lehrern und Pädagogen an den Schulen veranstaltet. Themen waren die Schulreform, die zurzeit in Bosnien und Herzegowina durchgeführt wird, die Rolle der Zentren im Reformprozess, der heimische und internationale Rechtsrahmen für die Integration des Genderkonzepts und des Gleichstellungsgesetzes im Bildungssystem. Die Frauenorganisation „Zene zenama“ organisierte in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Frauenstudium Zagreb eine Vorlesungsreihe über die Frauenbewegung an vier Universitäten in Bosnien und Herzegowina. Die Vorlesungen informierten die Studentinnen und Studenten über die Ge-

schichte der Frauenbewegung und über die aktuellen Probleme. In den Diskussionen wurde vor allem die Notwendigkeit betont, an der Vernetzung der Frauen aus der Wissenschaft und aus zivilen Initiativen zu arbeiten, um so gemeinsame Programme zur Aufklärung zu erarbeiten.

In der Gemeinde Laktasi wurde zusammen mit der NGO Vita Slatina und der Wirtschaftsfakultät Sarajevo Ende Mai ein Seminar für arbeitslose Frauen zum Thema „Frauen und Ökonomie“ organisiert. Dort bestehen Chancen in der Landwirtschaft. Die arbeitslosen Frauen haben das erkannt und mit der Gründung eigener Kleinunternehmen begonnen. Die Teilnehmerinnen wurden über Unternehmensplanung, die Grundbegriffe des Kleinunternehmens, des Marketings, des Managements sowie über Markt- und Finanzierungsmöglichkeiten informiert. Die Frauen beklagten, dass es immer noch große Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Startkapitals bei den Kreditbanken gibt.

Serbien, Montenegro und Kosovo: Noch ein weiter Weg zur politischen Gleichberechtigung



Alltag im Kosovo: Bäuerin mit Enten (picture-alliance / dpa)

Serbien

In der Genderpolitik sind im Berichtszeitraum nur in Grenzen Fortschritte zu erkennen gewesen. Bei den letzten Abgeordnetenwahlen wurden 28 Frauen gewählt, das sind 11%. Im Unionsparlament von Serbien und Montenegro liegt der Anteil noch niedriger. Im nationalen Parlament wurde immerhin ein Ausschuss zur Gleichberechtigung der Geschlechter eingerichtet. In der nördlichen

Provinz Vojvodina ist jetzt auch ein Ministerium für Beschäftigung und Genderfragen etabliert worden. Bei den Kommunalwahlen im September gibt es eine obligatorische Quote von 30% weiblichen Kandidatinnen, allerdings nur auf den Listen. Da jedoch die Reihenfolge auf der Liste nicht für die Auswahl entscheidend ist, liegt es letztlich bei den Parteien selbst, wie viele Frauen sie in die Stadtparlamente entsenden.

Albanien:

Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich

Wie in den meisten Transformationsländern ist der Schulbesuch von Mädchen nach der Wende zurückgegangen und zwar von 98,3% im Jahre 1991 auf 87,3% im Jahre

2001 für die Grundschule und Sekundarstufe I. Allerdings stieg ihr Anteil in der Oberstufe für den gleichen Zeitraum von 9,7% auf 19,7%. Die Wende geht also zu Lasten der Mäd-

Montenegro

Angesichts der generell unübersichtlichen Lage im Land sind zur Behandlung von Frauen und ihrer Gleichstellung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft harte Daten zu erhalten. Wie auch in anderen Ländern haben Frauen immer noch die besten Berufschancen im Bereich der Massenmedien. Im Kabinett sind von 23 Mitgliedern 3 Frauen. Weibliche Abgeordnete stellen 13% in der Legislative.

Kosovo

Die kosovarischen Institutionen haben im Jahre 2004 verstärkt Anstrengungen unternommen, die auf eine Besserstellung der Frauen in Politik, Wirtschaft und Medien abzielen. Dabei ist ein Gesetz zur Gendergleichstellung verabschiedet worden. In den Listen zu den Parlamentswahlen war vorgeschrieben, jeden zweiten Platz mit einer Frau zu besetzen. Dadurch liegt der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Gesetzgebungsorgan bei gut 30%.

Verbesserungen gibt. Trotz des hohen Anteils von Frauen bei Hochschulabschlüssen führt das aber nicht automatisch zu einem hohen Frauenanteil an den Entscheidungspositionen.

Gewalt in der Familie ist ein weit verbreitetes Problem in Albanien und müsste größere Aufmerksamkeit finden. Nur wenige NGOs nehmen sich der Sache an und haben dabei wenig Erfolg. Traditionelle Vorstellungen, bei denen der Ehemann als Familienoberhaupt unantastbar ist, was die Führung der Familie angeht, sind vorherrschend und gerade auf dem Lande kaum zu durchbrechen.

Aktivitäten der FES

In der Veranstaltungsreihe dieses Projektzieles wurde in erster Linie Genderpolitik gefördert. Alle durchgeführten Seminare/Workshops fanden außerhalb von Tirana in den



Parlamentswahlen in Albanien beenden kommunistische Ära (picture-alliance / dpa)

Provinzen statt und zur Hälfte waren Männer vertreten. Das Thema wurde unter den Gesichtspunkten „Beteiligung der Frau an politischen Machtstrukturen“ und „Verteilung von Ämtern und Mandaten“ behandelt. Es geht darum, Frauen zu motivieren, bei den Wahlen zu kandidieren, und sie dann im Erfahrungs-

austausch mit erfahrenen Mandatsträgerinnen auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Im nächsten Jahr wird die Reihe fortgesetzt, um die Beteiligung von Frauen als Kandidatinnen bei der Parlamentswahl zu erhöhen. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Staatskomitee für Gleiche Chancen (KMB) wurde die Broschüre „Frauenpolitik: Priorität des Staates“ veröffentlicht, die an alle zentralen und lokalen Regierungsinstitutionen, Frauen-NGOs, internationale Vertretungen und Gender-Stellen der Kommunalverwaltung verteilt wurde.

Auf vier Seminaren der Reihe Gender Mainstreaming wurde die Gleichstellung der Geschlechter in der Kommunalpolitik gefördert, um die aktive Teilnahme der Frauen zu erhöhen. Diese Absicht stimmt mit der Dezentralisierungspolitik überein, nach der humane und finanzielle Ressourcen zu den lokalen Entscheidungsinstanzen transferiert werden sollen.



Albanien: Tradition und Moderne (picture-alliance / dpa)

Grundsätze unserer Internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Ziele der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung weltweit sind die Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Diskriminierung von Frauen zieht sich in vielen Ländern durch alle gesellschaftlichen Bereiche und trägt dazu bei, dass der Zugang zu Ressourcen und politische und wirtschaftliche Teilhabe extrem ungleich verteilt sind. Deshalb ist Gender-Gerechtigkeit ein zentraler Arbeitsauftrag an die Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die nachfolgenden Beispiele zeigen die Vielfalt der Veranstaltungen und Aktivitäten, die weltweit von den Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Gleichstellung von Männern und Frauen angeboten werden. Kulturelle Aspekte des jeweiligen Kontinents oder Landes bestimmen dabei überwiegend die Themen. Die Vorstellungen darüber, wieweit Gleichstellung gehen soll oder darf, gehen manchmal weit auseinander. Deshalb sind auch die Themen und Schwerpunkte regional recht unterschiedlich. Vernetzung und Regionalisierung sollen jedoch die Erfahrungen aus Ländern mit ähnlichem kulturellen Hintergrund gegenseitig nutzbar machen. Dennoch ist über die Grenzen der Kontinente hinaus eine stärkere thematische Orientierung der Veranstaltungen an den so genannten New Emerging Issues, u.a. Sicherheitspolitik und Fragen der globalen Wirtschaft, besonders des Welthandels, zu beobachten, die sich aus der Zusammenarbeit mit



Afrika: Tradition und Moderne (picture-alliance / dpa)

den entsprechenden Thementeam und Projekten der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) der Friedrich-Ebert-Stiftung ergaben.

Das Genderteam der IEZ muss den unterschiedlichen Rahmenbedingungen bei der Entwicklung von Bewertungskriterien und im Beratungsprozess natürlich Rechnung tragen. Deshalb hat sich die Gruppe sehr intensiv mit einer Analyse der Planungs- und Evaluierungsinstrumente befasst. Aus dieser Diskussion heraus ist ein Vorschlag zur Integration von Genderaspekten in die Projektplanung entwickelt worden, der die unterschiedlichen Situationen in den Projekten berücksichtigt.

Die Überlegungen zur strategischen Verankerung von Geschlechtergerechtigkeit in die Instrumente des Projektmanagements führten sehr schnell zu allgemeineren Erwä-

gungen über Qualitätsstandards bei der Anwendung dieser Instrumente. Insofern ist die Diskussion um die adäquate Strategie zur Integration von Gleichstellung in das Projektmanagement ein Lernfeld für andere Querschnittsaufgaben und durch die kritische Auseinandersetzung mit den Planungs- und Evaluierungsinstrumenten ein Beitrag zur Qualitätssicherung insgesamt.

Besonders gute Beispiele für die inhaltliche Verankerung von Gender in den Planungsprozess hat das Genderteam modellhaft zusammengestellt und an alle Auslandsbüros verschickt. Zur Beratung der Partnerorganisationen der Auslandsbüros wurde die Broschüre von Barbara Stiegler, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik, „*Gender, Macht, Politik*“ ins Englische, Französische und Spanische übersetzt und vor Ort verteilt.

Aus den Kontinenten Amerika, Afrika und Asien

USA: Wenig Unterstützung für Frauen zwischen Beruf und Familie

Das FES-Büro Washington hat den im Jahr 2003 begonnenen Schwerpunkt des transatlantischen Frauen/Gender-Dialogs über Modelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie fortgesetzt. Der steigende Anteil von Frauen und Müttern im Arbeitsmarkt, der in allen entwickelten Ländern zu beobachten ist, und der damit einhergehende Bedarf nach besseren Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, rückt immer mehr in den Vordergrund der politischen Diskussion. Das trifft insbesondere zu für die Vereinigten Staaten, wo Frauen, wenn sie Vollzeit arbeiten, formell gesehen die höchste Stufe der Gleichberechtigung haben. Zugleich findet sich aber in den USA die geringste öffentliche Unterstützung für die immer noch ungleich verteilte Verantwortung für Pflegeaufgaben und Haushalt. Das zeigt sich z.B. darin, dass Teilzeitkräfte bei den meisten Arbeitgebern nicht krankenversichert sind.

Eine internationale Expertenkonferenz wurde organisiert, um eine Diskussion über die Bedeutung von Arbeitszeitregelungen für die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Verbesserung der Chancengleichheit, insbesondere in den USA, anzuregen. Dabei wurde in diesem Zusammenhang vor allem das Recht auf Teilzeitarbeit, das in Deutschland, den Niederlanden und



In den USA findet sich die geringste öffentliche Unterstützung für die immer noch ungleich verteilte Verantwortung für Pflegeaufgaben und Haushalt. Das zeigt sich z.B. darin, dass Teilzeitkräfte bei den meisten Arbeitgebern nicht krankenversichert sind.

Großbritannien gesetzlich verankert ist, erörtert. Auch wurde die Frage diskutiert, welche Rolle die Gewerkschaften in der Umsetzung flexiblerer Arbeitszeiten spielen können, und wie die Gewerkschaften dazu beitragen können, dass Männer mehr in Pflegeaufgaben einbezogen werden.

Es war eine wichtige Fachkonferenz zu einem Thema, das erst noch Eingang in eine breitere öffentliche Diskussion in den USA finden muss. Während in Deutschland und Europa bereits umfangreiche Gesetzgebungsinitiativen zur Ausformung und Erweiterung flexibler Arbeitsmöglichkeiten sowohl im Hinblick auf Wochenarbeitszeit als auch der Lebensarbeitszeit geschaffen wurden, hinkt die amerikanische Fachdiskussion noch immer nach und bleibt zu häufig an der richtigen Klage hängen, dass Amerikaner zu großem Stress im Arbeitsleben ausgesetzt sind. Mit der Veranstaltung wurde zugleich der Versuch unternommen, Mitglieder des Kongresses und ihre Fachstäbe stärker mit der Thematik flexibler Arbeitszeiten vertraut zu machen und Gesetzesinitiativen in den USA anzuregen. Es liegt inzwischen ein Bericht über die Veranstaltung vor, und in Planung ist eine Veröffentlichung, die der breiteren amerikanischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

Frauenförderung in Lateinamerika und der Karibik

Austausch über das Internet

Mit Beginn der neunziger Jahre entwickelte die Frauenfrage in Lateinamerika und der Karibik eine neue Dynamik: Organisatorisch wurde Frauenförderung als Querschnittsaufgabe der gesamten internationalen Projektarbeit installiert, inhaltlich bestimmte sie zunehmend die Gestaltung der Aktivitäten, die auf eine Veränderung der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zielte. Gut zehn Jahre später wurde das Konzept der Frauenförderung um „Gender Mainstreaming“ erweitert, um in allen Lebensbereichen die Gleichberechtigung von Männern

und Frauen zu erreichen. In Lateinamerika und der Karibik konzentrieren sich dabei die Bemühungen der Friedrich-Ebert-Stiftung auf die Stärkung der Position der Frauen in Politik und Gewerkschaften sowie die Einflussnahme auf die Definition genderorientierter Politik auf lokaler, regionaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene.

2002 begannen die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Region damit, ihre Gender-Arbeit systematischer zu koordinieren.

Der Wunsch, Informationen und Erfahrungen zwischen den Büros auszutauschen, führte zu einer Webseite zum Thema Gender. Dadurch

soll diese Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika und der Karibik bekannt und auch für Interessierte außerhalb des Partnerspektrums zugänglich gemacht werden.

Unter www.fesgenero.org werden die wichtigsten Arbeitsergebnisse der Büros unter folgenden Rubriken vorgestellt:

- Gender und Gewerkschaften,
- Gender und Wirtschaft,
- Frauen in der Politik,
- Integration des Konzepts „Gender Mainstreaming“,
- Einflussnahme auf die Politik,
- Frauen und Jugend.

Ecuador: Wider den Machismo

In nahezu allen Sprachen hat sich der spanische Begriff des „Macho“ durchgesetzt. Er drückt die dominierende Rolle des Mannes in Familie und Gesellschaft aus – eine Rolle, die in vielen Ländern Lateinamerikas die politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe der Frau behindert. Machismo stellt also ein nachhaltiges Entwicklungshemmnis dar.

Erst in den letzten beiden Jahrzehnten begannen die Frauen Lateinamerikas die angebliche Überlegenheit des Mannes anzuzweifeln und gegen den Machismo anzukämpfen. Als Anfang der achtziger Jahre einige politisch interessierte Frauen das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ecuadors Hauptstadt Quito aufsuch-



Centro Ecuatoriano para la Promoción y Acción de la Mujer (CEPAM) in Quito

ten und eine Zusammenarbeit für ein Seminar über die Rechte der Frau in Lateinamerika vorschlugen, war kaum abzusehen, dass aus dieser Arbeitsgruppe eines der wichtigs-

ten Entwicklungsprojekte im Lande werden sollte.

Nicht nur die Konferenz zu Frauenrechten erregte großes Aufsehen; auf der Veranstaltung formierte sich

eine spontane Demonstration der Teilnehmerinnen und Ecuadors Öffentlichkeit erlebte zum ersten Mal erstaunt eine Protestaktion gegen familiäre Gewalt und Ausbeutung der Frau.

Am 11. November 1983 gründeten diese Demonstrantinnen das „Centro Ecuatoriano para la Promoción y Acción de la Mujer“ (CEPAM) in Quito, das Anlaufstelle für Frauen sein sollte, die Opfer von Gewalt waren. Dort wurde Rechtsberatung und praktische Hilfe in Fällen von Gewalt gegen Frauen angeboten. Das Programm bildet auch heute noch einen der Schwerpunkte der Arbeit.

Zahlreiche Workshops, Konferenzen, der Druck von Aufklärungs- und Beratungsmaterial sowie diverser Publikationen zur Situation der Frau in Ecuador gaben CEPAM den notwendigen Rückhalt, um seine Aktivitäten und die Beratungsarbeit durchzuführen.

Heute wirkt CEPAM als ein Beratungsnetzwerk von landesweiter Bedeutung. Seit 1986 existiert auch in Guayaquil ein eigenständiges Zentrum, dessen Arbeitsschwerpunkte in der Beratung von Familien und Jugendlichen liegen, etwa in Gesundheitsfragen wie der Vermeidung von AIDS-Infektionen oder in Fragen der Familienplanung. Zu den herausragendsten Erfolgen der ecuadorianischen Frauenbewegung aber zählt zweifellos das veränderte Rechtsbewusstsein im Land: 1998 wurde eine Verfassung verabschiedet, in der die Gleichstellung der Frau festgeschrieben ist. Auch innerfamiliäre Gewalt gilt inzwischen als Straftatbestand.

Afrika



Marokko: Auf dem Wege zur Gleichheit

„Warum sind Frauen noch immer selten im öffentlichen Leben Marokkos vertreten? Demokratie beginnt im Privaten, in der Familie. So lange Frauen dort nicht gleichberechtigt sind, wird eine beschleunigte demokratische Entwicklung kaum möglich sein, an der die Hälfte der Bevölkerung nicht oder nur ungenügend beteiligt wird.“

So lautet sinngemäß eine der zentralen Botschaften des Sammelbandes „Feminin-Maskulin – Auf dem Wege zur Gleichheit in Marokko: 1993-2003“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Marokko, erschienen im Oktober 2004. Er erregte Aufsehen: Insgesamt sechs AutorInnen aus Politikwissenschaft, Recht, Wirt-

schaftswissenschaften und Demografie untersuchen die Entwicklung der rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Position der Frauen in Marokko sowie ihre Stellung im Gesundheits- und Erziehungswesen des Landes. Die Widerstände gegen eine Verbesserung der Stellung von Frauen würden zwar mit religiösen, islamischen Werten begründet, dahinter verbergen sich jedoch, so der Tenor, sakral kaschierte Gewohnheiten einer patriarchalischen Gesellschaft und das Bemühen um Beibehaltung maskuliner Privilegien.

Die Eckdaten der Publikation basieren auf dem ersten halbherzigen Versuch einer Reform des Zivilstandsgesetzes im Jahre 1992 und einer

weitergehenden Reform dieser sog. Moudawana im Jahre 2003, die den Frauen innerhalb der Familie gleiche Rechte zusichert. Dabei haben es die AutorInnen, unter ihnen auch ein ehemaliger Frauenminister, nicht nur bei einer Beschreibung und Analyse der Fortschritte und Blockaden belassen, sondern formulieren in einem Schlusskapitel auch konkret und detailliert Reformvorschläge. Nicht nur deshalb gilt das Buch mittlerweile als das Standardwerk zum Thema in Marokko. Seitens der FES Marokko ist beabsichtigt, mit den beteiligten AutorInnen ein „Gender-Observatorium“ aufzubauen, das systematisch Fort- und Rückschritte auf dem Wege zu Geschlechtergleichheit analysiert, Blockaden benennt und Lösungsansätze erarbeitet.



Ghana: Frauen so geeint wie selten

Ghanas inzwischen 19 Millionen Einwohner blicken zurück auf eine bewegte Geschichte. Nachdem die ehemalige Goldküste sich ihre Unabhängigkeit als erstes Land Sub-Sahara-Afrikas bereits im Jahre 1957 erkämpft hatte, folgten bald faktische Einparteienregime und vor allem Militärregierungen einander in recht schneller Folge. Anfang der 90er Jahre setzte ein Prozess der verfassungsgestützten Demokratieentwicklung ein, für den das Land inzwischen international hohe Anerkennung genießt.

In der großen Freude über diese Entwicklung erschien es zunächst nachrangig, dass Frauen und Frauenbelange in Ghanas politischem System auch bei jenen Wahlen und bis auf den heutigen Tag nur eine sehr marginale Rolle spielten. So wurden z.B. von den 200 Sitzen im Parlament des Jahres 2001 lediglich 19 von Frauen gehalten. Auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens spielen Frauen und für Frauen besonders relevante Themen eine selbst im afrikanischen Vergleich nur geringe Rolle. Dieser Befund mag überraschen in einem Lande, das für seine überaus energischen, durchsetzungsfähigen und profittüchtigen Markt- und Geschäftsfrauen weithin bekannt ist. Er erklärt sich jedoch u.a. aus starken, fortlebenden Traditionen sowie langen Jahren undemokratischer Regierungspraxis und damit einhergehender systematischer Zersplitterung jedes politischen Engagements von Frauen.

Anlässlich der Vorbereitungen auf die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 2004 aber wollten einige Frauengruppen es nun genauer wissen, ob sich an der politischen Wahrnehmung von Frauen und von frauenspezifischen Interessen nicht doch etwas ändern lässt. Eine zunächst recht kleine Gruppe von Frauen entwickelte deshalb – mit FES-Unterstützung – die sich schnell ausbreitende Kampagne eines so genannten „*Women Manifesto for Ghana*“. Als Ergebnis knapp einjähriger, zahlloser Konsultationen, Treffen und Debatten ist es ihnen so tatsächlich gelungen, als „Koalition“ nahezu aller maßgeblichen Frauenorganisationen ein gemeinsam getragenes „*Women Manifesto*“ der Öffentlichkeit vorzustellen. Etwa 1.000 anwesende Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie zahlreiche Solidaritätsadressen aus dem afrikanischen Ausland verstärkten den Eindruck, dass hier politisch ein großer Schritt nach vorn getan werden konnte auf dem langen Wege der Anerkennung und Berücksichtigung von Fraueninteressen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat diesen Prozess intensiv unterstützt. Mehrere Studien zur Situation von Frauen in verschiedenen Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft wurden in Auftrag gegeben, monatliche Pressekonferenzen organisiert und moralischer Beistand und strategische Beratung geleistet. Dann kamen die Wahlen am 7. Dezember 2004 – und das Ergebnis ist durchaus

ermutigend. Zwar weist auch das inzwischen auf 230 Sitze erweiterte neue Parlament mit insgesamt 25 weiblichen Mitgliedern einen prozentual etwa gleichbleibenden Frauenanteil aus. Aber die Anzahl der Frauen auf der Regierungsbank hat sich verdoppelt. Dies darf durchaus als Erfolg der Kampagne interpretiert werden. Auch das Ministerium für Frauen und Kinder wurde mit einer voraussichtlich deutlich durchsetzungsfähigeren neuen Chefin besetzt.

Insgesamt also dürfen die Initiatoren dieser Kampagne mit ihrem Ergebnis zufrieden sein. Das machte auch eine internationale FES-Konferenz gegen Ende 2004 in Ghanas Hauptstadt Accra deutlich, auf der die Kampagnenstrategien und -erfolge von Frauen- und Genderaktivisten aus neun afrikanischen Ländern miteinander verglichen wurden – und inzwischen haben uns Nachrichten aus Kenia erreicht, wonach die größte der dort regierenden Koalitionsparteien, LDP, eine landesweite Kampagne nach dem Modell des ghanaischen Women Manifesto begonnen hat.

Nach den Wahlen am 7. Dezember 2004 weist zwar das inzwischen um 230 Sitze erweiterte neue Parlament mit insgesamt 25 weiblichen Mitgliedern einen prozentual etwa gleichbleibenden Frauenanteil aus. Aber die Anzahl der Frauen auf der Regierungsbank hat sich verdoppelt.

Asien



Weltfrauentag: Weibliche libanesische Abgeordnete (picture-alliance / dpa)

Libanon: Mehr Frauen in die Politik

Obwohl im Libanon Frauen unter denselben rechtlichen Voraussetzungen kandidieren können wie Männer, waren sie in den Kommunalräten lediglich mit einem Anteil von 0,7% repräsentiert. Die Gründe dafür sind wohl in erster Linie in den patriarchalischen Strukturen des politischen Systems zu suchen, in dem die Parteien Kandidaten hauptsächlich auf Grund ihrer Clanzugehörigkeit und ihrer persönlichen Beziehungen aufstellen. Ein weiterer Grund ist sicher auch die bisher mangelnde politische Mobilisierung der Frauen.

Genau hier setzte die Friedrich-Ebert-Stiftung im Libanon an, indem sie im März und April 2004 mit der Partnerorganisation Libanese Women's Right League sieben Work-

shops in allen Regionen des Landes veranstaltete, die auf eine breitere Beteiligung von Frauen abzielten – sowohl als Wählerinnen als auch als Gewählte. Die ersten Veranstaltungen dienten zunächst der allgemeinen Aufklärung über die rechtlichen und organisatorischen Fragen zum Wahlablauf sowie einer Stärkung des Bewusstseins über die Bedeutung der Mitwirkung von Frauen in der Politik als Teil der Zivilgesellschaft – und richteten sich auch an männliche Teilnehmer. Hervorgehoben wurden dabei jene Aspekte der Kommunalpolitik, die für Frauen besonders wichtig sind.

Die weiteren Workshops richteten sich dann konkret an jetzige und zukünftige Kommunalpolitikerinnen

und beinhalteten eine umfangreiche Trainingsausbildung für die professionelle politische Arbeit mit Themen wie Verhandlungsführung, Agenda-setting oder Öffentlichkeitsarbeit.

Sowohl die Anzahl der TeilnehmerInnen als auch konkretes Feedback nach den Veranstaltungen waren Indiz für ihren Erfolg, und letztlich stieg der Frauenanteil nach den Wahlen in den Kommunalräten immerhin auf 2,3% an. Darüber hinaus erhielten anlässlich der Regierungsneubildung im Oktober 2004 erstmals zwei Frauen Ministerrang. Schließlich scheint sich in diesem Jahr auch die Hoffnung auf eine breite gesellschaftliche Debatte über die Bedeutung der Frauenbeteiligung in der Politik zu verwirklichen: Erstmals wird für die bevorstehenden Parlamentswahlen ernsthaft in der Öffentlichkeit über Quotenregelungen und andere Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung in der Politik diskutiert.



Damenfußball in Amman (picture-alliance / dpa)

Afghanistan: Erfolgreiche Lobbyarbeit für Frauen in der Politik

In der neuen afghanischen Verfassung ist die Gleichberechtigung von Männern und Frauen verankert. Für das zu wählende Parlament wurde eine Quote von mindestens 25 Prozent bzw. 62 Parlamentarierinnen festgelegt. Bei der „loya jirga“ im Jahr 2002 hatte der Frauenanteil noch bei 12 Prozent gelegen, was als Zugeständnis an den internationalen Druck zu werten war, da die Ratsversammlung bis dahin stets von Männern dominiert worden war. An der verfassungsgebenden Versammlung im Dezember 2003/Januar 2004 lag der Frauenanteil bereits bei immerhin etwa 20 Prozent, unter ihnen 25 direkt vom Präsidenten bestimmte Vertreterinnen der Zivilgesellschaft. Dieses waren erste hoffnungsvolle Schritte in Richtung einer gleichberechtigten Partizipation von Frauen.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 erwies es sich noch als schwierig, Frauen dazu zu bewegen, sich registrieren zu lassen und dann auch vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Zum einen war dieses auf die noch mangelnde (politische) Bildung von Männern und Frauen zurückzuführen, denen die Inhalte der neuen Verfassung und die Schritte des politischen Prozesses nicht bekannt waren. Dies hing aber auch stark mit einem tief verankerten traditionellen Gesellschafts- bzw. Rollenverständnis zusammen: Politik sei eine männliche Domäne. Es darf auch nicht vergessen werden, dass

in dem traditionell islamisch geprägten Land grundsätzlich Frauen stark auf den häuslichen Bereich beschränkt blieben.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen in Afghanistan konnte ein Netzwerk von fast 60 Frauen aufgebaut werden, denen ein- bis zweimal monatlich Trainings in der FES zu Themen wie Rhetorik, Planungsmethoden, Arbeit von Frauen im deutschen Parlament, Frauenrechte im Islam sowie Frauen in der Außenpolitik angeboten wurden. Zudem wurde mit zwei großen Konferenzen zum Thema „Frauen in der Politik“ in Kabul und Kunduz große öffentliche Wirkung erzielt. Viele der Partnerinnen wollen bei den Wahlen für das Unterhaus kandidieren.

Aus diesem FES-Netzwerk „*Women in Politics*“ erwuchs eine eigene neue Institution, das „*Steering Committee for the Political Participation of Women*“, das für seine regelmäßigen Treffen die Räumlichkeiten der FES nutzt. Hier finden sich die politisch führenden Frauen in Kabul, die als Multiplikatorinnen in die Provinzen zurückwirken. Mit Amina Afzaly ist eine von ihnen Jugendministerin im neuen Kabinett Karzais geworden, das im Dezember ernannt wurde. Mit Hilfe dieses Netzwerks und individueller Unterstützung in Form von Materialhilfen oder Publikationskosten, konnte auch viel Lobbyarbeit für Frauen in Führungspositionen gemacht werden.

In der neuen afghanischen Verfassung ist die Gleichberechtigung von Männern und Frauen verankert.



Bazar in Samarkand/Usbekistan (picture-alliance / ZB)

Zentralasien: Gleichberechtigung nur auf dem Papier

Die Gleichstellung von Mann und Frau in Zentralasien ist vollzogen. So steht es in offiziellen Verlautbarungen. Aber nur im Prinzip, muss man einschränken, denn tatsächlich schenken die Entscheidungsträger der Gleichberechtigung der Frau in Familie und Arbeitswelt, im öffentlichen Leben und in der Politik wenig Beachtung. Deshalb beschäftigt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Thema seit Jahren und verfolgt die Genderpolitik als ein wichtiges Querschnittsthema.

Denn eine Veränderung des Status quo sollte als Lackmus-Test für den Reformwillen der Regierungen gewertet werden. Nach der Unabhängigkeit stehen die Frauen in einem Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne. Die Identität der Kulturen wird in der Vergangenheit gesucht, für Gleichberechtigung ist da kein Platz. Gleichwohl findet der wirtschaftliche Fortschritt in der

Gegenwart und in der Zukunft statt, und die ist ohne die Gleichberechtigung nicht zu gestalten.

Gegenwärtig sind die Frauen nur begrenzt in die Gestaltung des Wandels eingebunden. Von wesentlichen Bereichen und Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bleiben sie weiterhin ausgegrenzt, obwohl sie 51 bis 52% der Bevölkerung ausmachen. Die vorwiegend marginale Rolle von Frauen im öffentlichen Leben lässt das historische, vor allem aber sowjetische Erbe deutlich erkennen.

Nur etwa 3% der Frauen in Kasachstan haben Interesse daran, Parteimitglied zu sein und nur etwa 4% möchten am gesellschaftspolitischen Leben teilnehmen. Denn in den Jahrzehnten nach der angeblichen Lösung der „Frauenfrage“ im Jahre 1930 stand sie für die kommunistische Einparteienherrschaft nicht mehr auf der Tagesordnung.

Dabei ergriffen Frauen in Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan nach der Unabhängigkeit 1991 in stärkerem Maße als Männer die neuen Möglichkeiten zur Partizipation, die sich durch den Systemwandel boten. In Turkmenistan war das aufgrund eines sich schnell etablierenden diktatorischen Systems nicht möglich, in Tadschikistan begann 1992 der Bürgerkrieg. Frauen dominieren die NGOs nicht nur zahlenmäßig, sondern sie leiten sie auch.

Freilich sind Frauenorganisationen nicht mit einer feministisch inspirierten Frauenbewegung zu verwechseln. Doch eine Trendwende ist zu beobachten, die nicht zuletzt auf die Erfahrung zunehmender Diskriminierung in Politik, Wirtschaft und Familie, sowie die Auseinandersetzung mit westlichen feministischen Theorien zurückgeht. Charakteristisch für die Frauenorganisationen wie für die meisten anderen



An der Seidenstraße, Usbekistan (picture-alliance / dpa)

NGOs ist ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Staat und der Regierung. Das eigene Engagement verstehen Frauen-NGOs als Beitrag zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft, um den Rückfall in eine Diktatur zu verhindern.

Frauenorganisationen in Usbekistan beschäftigen sich vielfach mit Problemen wie weibliche Armut, Arbeitsmarkt, Gewalt gegen die Frauen und Durchsetzung von Frauenrechten. Durch diese Arbeit kamen einige von ihnen früh zum Schluss, dass unmittelbarer Einfluss auf politische Entscheidungen notwendig und möglich sei.

Im Jahr 2004 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Usbekistan eine soziologische Umfrage zum Thema „Frauen im unabhängigen Usbekistan“ mit dem nationalen Partnerinstitut für Meinungsforschung durchgeführt. Jede fünfte Frau ist der Meinung, dass von Gleichberechtigung keine Rede sein kann. Ein Drittel der Frauen fühlt sich in ihren Menschenrechten verletzt. Die Statistik gibt auch Auskunft über Gewalt gegen Frauen. 79,1% der Frauen bestätigten, dass Gewalt gegen Frauen in der usbekischen Gesellschaft verbreitet ist. Zu diesem Thema veranstaltete die FES Seminare in der

Hauptstadt Taschkent und den Regionen. Ziel war es, gemeinsam mit Journalisten das Thema zu enttabuisieren. Das letzte Seminar führte die FES mit dem lokalen Partner in einer Berufsschule für Frauen durch. Es ist die einzige, an der Sozialarbeiterinnen ausgebildet werden.

Zusammen mit OSZE hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Usbekistan eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, die zur Teilnahme der Frauen an der Parlamentswahl am 26. Dezember aufgefordert haben. Mit Erfolg: Die Regierung führte im September eine 30-prozentige Quote ein. Der Anteil der Frauen im Parlament stieg daraufhin im Vergleich zu den letzten Wahlen von 7 auf 18 Prozent.

Um weitere nachhaltige Veränderung herbeizuführen, wird die FES in Zusammenarbeit mit Frauen-NGOs auch in Zukunft die Genderproblematik in den politischen wie gesellschaftlichen Diskurs und Alltag der Frauen einbringen. Ein Scharnier des internationalen Austausches ist das Frauentagungs Haus in Altenbücken, zu dem Frauengruppen aus Zentralasien reisen. Die verschiedenen Organisationen geben die Erfahrungen im eigenen Land, vor allem in die ländlichen Gebiete weiter.

Mongolei: Man traut den Frauen wenig zu

Im Jahr 2000 starteten die Frauenverbände der größten mongolischen Parteien, der Mongolischen Revolutionären Volkspartei (MRVP, Mitglied der Sozialistischen Internationale) und der Mongolischen Demokratischen Partei (MDP), gemeinsam mit der Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Reihe von Initiativen, die auf die Gleichstellung der mongolischen Frauen in der Politik zielten. Als wichtiger Test galten die landesweiten und Kommunalwahlen im Jahre 2004. Obgleich überzeugt, dass die Erreichung der Gleichstellung der Frauen in der von Männern



(picture-alliance / dpa)

fast völlig beherrschten Politik in der Mongolei ein langer, steiniger Weg ist, hegten die Frauenverbände doch die Erwartung, bei den Wahlen besser abzuschneiden als vier Jahre zuvor.

Um es vorweg zu nehmen: Die Wahlergebnisse konnten die Erwartungen leider nicht voll erfüllen. Bei den nationalen Wahlen ist der Anteil der Frauen im Großen Chural, dem Landesparlament, sogar von 11,8 % im Jahr 2000 auf gegenwärtig 6,5% zurückgegangen. Auf der kommunalen Ebene aber wurde immerhin eine Stabilisierung des politischen Gewichts der Frauen in den Parlamenten erzielt. Das machen beispielsweise die Wahlergebnisse in der Hauptstadt Ulan Bator deutlich. Von den 73 weiblichen Kandidaten wurden 67 gewählt. Die Frauen konnten ihre politische Stellung in den Kommunen behaupten und haben damit auf dieser parteipolitisch wichtigen Ebene eine gute Ausgangslage geschaffen, um bei den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2008 mehr Frauen durchzusetzen.

Bei den vielfältigen von der FES geförderten Maßnahmen ging es vor allem um die Vermittlung von Grundlagenwissen. Die Ergebnisse zweier Umfragen in der Hauptstadt und den 21 Landesbezirken (Aimaks) über die Teilnahme von Frauen an der Politik und über die Wählererwartungen an Politikerinnen flossen in die Schulungs- und Lobbyarbeit der Frauenverbände ein. Zahlreiche Politikerinnen absolvierten die zweimal jährlich angebotenen einmonatigen Kurse in politischem Management. Für die Kurse wurde ein besonderes Curriculum entwickelt, das ständig verbessert wurde. Inhaltliche Be-

standteile dieser Kurse waren vor allem: Vertiefung der Kenntnisse über die sozioökonomischen und politischen Landesverhältnisse, öffentliches Recht und Verwaltung, Ethik in der Politik, Gender Mainstreaming, Fragen der Verbesserung des Images von Frauen in der Politik und Rhetorikübungen.

Vier große gemeinsame Regionalkonferenzen der Frauenverbände von MRVP und MDP befassten sich mit Strategien zur Erhöhung des Anteils der Frauen in der Politik und ganz speziell mit der Frauenquote. Das noch bescheidene Abschneiden der Kandidatinnen beider Parteien in den Wahlen ist enttäuschend. Die Auswertung der Ursachen durch die Frauenverbände stellte drei Faktoren in den Vordergrund: Erstens traut die Wählerschaft den Frauen weniger als den Männern in der Politik zu. Dieses Phänomen ist auch bei den Wählerinnen sehr stark verbreitet, die in der Mongolei 51% des Wahlvolks ausmachen. Zweitens konnte innerparteilich bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten nicht von Chancengleich-

heit für die Frauen gesprochen werden. Und drittens wurde der Wahlkampf mit massivem finanziellem Einsatz betrieben, bei dem die Frauen ins Hintertreffen gerieten. In der Mongolei besteht Mehrheitswahlrecht, und die Kandidaten betreiben eigene legale, aber auch illegale Wahlspendenbeschaffung.

Die Zusammenarbeit zwischen den Frauenorganisationen der Parteien MRVP und der MDP hielt trotz mancher Zerreißproben, wie von beiden Organisationen vereinbart, bis zum Wahlkampfbeginn. Eine weitere Zusammenarbeit in dieser engen Form wird von beiden Frauenverbänden vorerst nicht mehr gewollt. Dafür sind die parteipolitischen Differenzen gegenwärtig doch zu groß. Die Stiftung wird deshalb unter diesen Bedingungen mit der Frauenorganisation der MRVP, dem Bund Mongolischer Demokratisch-Sozialistischer Frauen, die Arbeit fortsetzen. Dabei wird ein Thema ganz besonders in den Mittelpunkt rücken: Die Verbesserung des Images der Frauen in der Politik. Denn nach der Wahl ist vor der Wahl.



Nomadenfrau in der Mongolei (picture-alliance / dpa)



Philippinen: Frauen in bester Verfassung?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Manila hat die Diskussion um die Reform der philippinischen Verfassung zusammen mit der Partnerorganisation PILIPINA aufgegriffen. Die zur Zeit geltende Verfassung wurde nach Beendigung des Regimes von Ferdinand Marcos von einer breiten Gruppe ausgewählter Repräsentanten der philippinischen Gesellschaft ausgearbeitet. Sie ist 1987 in Kraft getreten. Nicht einmal zwanzig Jahre danach liegen vielfältige Änderungsvorschläge auf dem Tisch. Die Debatte um die Modernisierung dieser Verfassung hat bisher jedoch zu wenig die Vorstellungen der Frauen aufgegriffen.

Die philippinische Verfassung von 1987 legt die Grundlage für einen demokratischen Staat mit einem starken Präsidenten, einem Abgeordnetenhaus und Senat. Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit,

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurden festgeschrieben. Der Staat ist zentral regiert, die Provinzen und Kommunen haben nur wenig Autonomie. Ausländische Investoren können nur in begrenztem Maße in philippinische Unternehmen investieren. Frauen und Männer werden in ganz unterschiedlichem Maße von den diversen Gesetzen dieser Verfassung betroffen. Trotz der Aufbruchstimmung unmittelbar nach der Rückkehr zur Demokratie haben sich bei der Formulierung der Verfassung konservative Strömungen der katholischen Kirche und anderer Gruppierungen durchgesetzt und eine recht traditionelle Rolle für die Frauen vorgesehen. Zum einen ist der Fa-

milie in ihrer traditionellen Form eine außerordentlich große Bedeutung zugeschrieben worden, und zum anderen wiegt das Recht des ungeborenen Lebens schwerer als die Gesundheit der Frau, ihre soziale und ökonomische Situation oder sonstige Umstände. Ehen können nicht geschieden werden. Das althergebrachte Bild der Familie spiegelt bei der Vielzahl der eheähnlichen Lebensgemeinschaften und gleichgeschlechtlichen Paare auf den Philippinen immer weniger die Realität.

Auf lokaler Ebene sind zwar 5% des gesamten kommunalen Budgets für Maßnahmen zugunsten von Frauen reserviert. Doch diese Mittel werden meistens zweckentfremdet

Trotz der Aufbruchstimmung unmittelbar nach der Rückkehr zur Demokratie haben sich bei der Formulierung der Verfassung konservative Strömungen der katholischen Kirche und anderer Gruppierungen durchgesetzt und eine recht traditionelle Rolle für die Frauen vorgesehen.

verwendet. Frauen können oft nicht selbst über die Verwendung der Mittel entscheiden. Die geltende philippinische Verfassung nennt an keiner Stelle verpflichtende Maßnahmen des Staates zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter. Gleichstellung und Gender Mainstreaming kommen weder als Werte noch als Ziele vor. Es reicht aber nicht, lediglich festzustellen, dass Frauen und Männer gleich und Diskriminierungen verboten sind. Vielmehr muss die Verfassung darüber hinaus auch positiv die Pflicht festschreiben, alle Ungleichheiten zu beseitigen und alle Formen der Diskriminierung zu bekämpfen.

Bei den Diskussionen der Frauenorganisation PILIPINA mit Expertinnen und engagierten Frauen sind vielfältige Vorschläge zur Überarbeitung der philippinischen Verfassung benannt worden:

- Gender Mainstreaming in allen Handlungs- und Politikbereichen einschließlich Wirtschaftspolitik,
- Einrichtung eines Gender-Budgets im Staatshaushalt,
- bessere Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungen und paritätische Besetzung von staatlichen Institutionen,
- Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz,

- gleiches Entgelt für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit und Maßnahmen zur Unterstützung der Berufstätigkeit von Frauen,
- Maßnahmen gegen den Menschenhandel, die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern und gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen,
- Geschlechtsneutrale Formulierung des Verfassungs- und aller Gesetzestexte.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der Staat nicht genug auf eine aktive Verwirklichung der Gleichstellung verpflichtet wurde. Die Diskussionen zur Verfassungsreform bieten jedoch Chancen, dieses jetzt zu erreichen.



Vorstand

Vorsitzende: Anke Fuchs
 Stellvertreter: Sigmar Gabriel, Dieter Schulte
 Ehrenvorsitzender: Holger Börner
 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
 und Geschäftsführer: Dr. Roland Schmidt

Zentrale Aufgaben	Politische Bildung		Internationale Zusammenarbeit		
	Politische Akademie Prof. Dr. Thomas Meyer (Wissenschaftlicher Leiter) Reinhard Weil (Geschäftsführender Leiter)	Gesellschaftspolitische Information Frank D. Karl	Dialog Ostdeutschland ** Uwe Ziegler	Internationale Entwicklungszusammenarbeit ** Dr. Ernst-J. Kerbusch	Internationaler Dialog** Pia Bungarten
Kommunikation und Grundsatzfragen * ** Albrecht Koschützke Pressestelle Bonn Albrecht Koschützke Pressestelle Berlin Peter Donaiski	Regionalbüros Julius-Leber-Forum (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen) Dr. Stefanie Elies Fritz Erler Forum Stuttgart Helmut Elischer BayernForum (München) Dr. Eva Brehm/Horst Schmidt Regensburg Harald Zintl	Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz Regionale Gesprächskreise Frank D. Karl Landesbüro Niedersachsen (Hannover) Egmond Eckardt Regionalbüro Rheinland-Pfalz/Saarland (Mainz) Rolf Mantowski	Forum Politik und Gesellschaft ** Anne Seyffert Forum Berlin ** Irina Mohr Landesbüros Berlin ** Ursula Koch-Laugwitz Brandenburg (Potsdam) Eugen Meckel Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) Erik Gurgsdies Sachsen Dresden: Christoph Wielepp Leipzig: Matthias Eisel Chemnitz: Karl-Heinz Becher Sachsen-Anhalt (Magdeburg) Joachim Schlütter Thüringen (Erfurt) Michael Schultheiß	Afrika Dr. Werner Puschra Gewerkschaftsbeauftragter: Dr. Rudolf Traub-Merz Asien und Pazifik Dr. Beate Bartoldus Gewerkschaftsbeauftragter: Erwin Schweißhelm Lateinamerika und Karibik Dörte Wollrad Gewerkschaftsbeauftragte: Kristina Birke Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika Dr. Andrä Gärber Gewerkschaftsbeauftragter: Dr. Ralph Piotrowski	Westliche Industrieländer ** Dr. Gero Maaß Mittel- und Osteuropa ** Dr. Reinhold Sohns Internationale Politikanalyse ** Dr. Michael Dauderstädt Redaktion Internationale Politik und Gesellschaft Lothar Witte Gewerkschaftskordinator Industrieländer ** Horst Mund
Zentrale Aufgaben * ** Dr. Michael Domitra	Kurt-Schumacher-Akademie (Bad Münstereifel) Dr. Helmut Mörchen				
Koordination Frauenpolitik / Gender * Dr. Ursula Mehrländer	Berliner Akademiegespräche Interkultureller Dialog ** Dr. Johannes Kandel				
Revision * Karl-Heinz Spiegel	Bonner Akademiegespräche Gisela Zierau				
	Akademie Management und Politik Brigitte Juchems				
	JournalistenAkademie Gunter Lehrke				
	OnlineAkademie Peter Hurrellbrink				
	Redaktion Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte ** Dr. Norbert Seitz				
	Gesellschaft für politische Bildung e.V. *** (Akademie Frankenwarte, Würzburg) Georg Rosenthal Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. *** (Kochel am See/München) Dr. Heiko Tammena		Kommunalpolitische Bildung * Siegbert Heid	Entwicklungspolitik ** Christiane Kesper Grundsatzaufgaben Menschenrechte: Peter Häussler Globalisierung: Jürgen Stetten Globale Sicherheit: Dr. Jochen Steinhilber Zivile Konfliktbearbeitung: Emil Lieser Evaluierung: Hilmar Ruminski Nachkontakte international: Sohel Ahmed Koordinationsaufgaben Gewerkschaftskoordination International: Erwin Schweißhelm Medien- und Kommunikation: Eveline Ehrlenspiel Gender: Astrid Ritter-Weil	

* Direkt dem Geschäftsführer unterstellt
 ** Organisationseinheiten befinden sich ganz oder teilweise in Berlin
 *** Durch FES gefördert

**Mitgliederversammlung
des Vereins
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Kuratorium

Wissenschaftliche Arbeit

Verwaltung

Studienförderung Dr. Manuela Erhart	Historisches Forschungszentrum Prof. Dr. Dieter Dowe	Wirtschafts- und sozial- politisches Forschungs- und Beratungszentrum Dr. Jochem Langkau	Finanzen und Organisation ** Dr. Joachim Schubert	Personal- und Sozialwesen Dr. Jürgen Brummel
Auswahl Reineke Schmall-Eisenwerth	Sozial- und Zeitgeschichte Prof. Dr. Dieter Dowe	Wirtschaftspolitik Dr. Jochem Langkau	Controlling und Organisation Dr. Roland Schwartz	Gehälter und tarifliche Leistungen Inland Reinhold Merten
Förderung Maria Holona Dr. Martin Gräfe Adalbert Schlag Marianne Braun	Archiv der sozialen Demokratie Prof. Dr. Michael Schneider	Arbeit und Sozialpolitik Dr. Ursula Mehrländer	Informationstechnologien Peter Bujny	Personal Ausland Dr. Jürgen Brummel
Studienbegleitende Förderung und Nachkontakte Josef Minzenbach Christina Schildmann	Bibliothek Dr. Rüdiger Zimmermann Stv.: Rainer Gries	Technik und Gesellschaft Dr. Jochem Langkau	Finanzbuchhaltung Carola Marten-Voigt	Technische Dienste/ Hausverwaltung Bonn Wolfgang Schultz
Tagungsstätte Venusberg Ingeborg Hensel Sabine Burch	Karl-Marx-Haus Trier Prof. Dr. Beatrix Bouvier		Projektabrechnung Inland Dieter Eisert	Kantine/Politischer Club Rolf Bock
	Institut für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig-Bonn *** Prof. Dr. Dieter Dowe		Projektabrechnung Ausland Lothar Krechel	
			Koordination Konferenz- zentrum Berlin ** Heiner Naumann	

Zentrale Gesprächs- und Arbeitskreise **

Grundwerteforum Prof. Dr. Thomas Meyer	Kommunalpolitik Siegbert Heid	Netzwerk Bildung Dr. Peter Oesterdieckhoff	Verbraucherpolitik Hannelore Hausmann	Globalisierung Jürgen Stetten
Zukunft der Demokratie Prof. Dr. Thomas Meyer	Forum Jugendpolitik Anne Seyfferth	Politik und Wirtschaft Berthold Leimbach	Arbeit und Soziales Dr. Ursula Mehrländer	Entwicklungspolitischer Dialog Christiane Kesper
Bürgergesellschaft und aktivierender Staat Albrecht Koschützke	Forum Frauen- und Genderpolitik Anne Seyfferth	Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik Dr. Jochem Langkau	Arbeit – Betrieb – Politik Helmut Weber	Forum Kultur und Politik Irina Mohr
Föderalismus im Diskurs Irina Mohr	Forum Familienpolitik Anne Seyfferth	Wirtschaftspolitische Diskurse Dr. Jochem Langkau	Gewerkschaften und Politik NN	Politik und Medien Klaus Reiff
Forum Innere Sicherheit Irina Mohr	Sport – Gesellschaft – Zukunft Siegbert Heid	Mittelstand Helmut Weber	Internationale Politik Pia Bungarten	Berliner Forum Wissen- schaft und Innovation Dr. Peter Oesterdieckhoff
Rechtspolitischer Dialog Irina Mohr	Interkultureller Dialog Dr. Johannes Kandel	Ökologische Markt- wirtschaft Berthold Leimbach	Forum Europa Pia Bungarten	Bildungsforum Gisela Zierau
Strukturreform der öffentlichen Verwaltung Irina Mohr	Migration und Integration Dr. Ursula Mehrländer	Innovative Verkehrspolitik Dr. Jochem Langkau	Transatlantischer Dialog Achim Vogt	Geschichte Prof. Dr. Dieter Dowe
	Managerkreis Dr. Peter Oesterdieckhoff			Sozialwissenschaften Frank D. Karl

FRAUEN & GENDER POLITIK & POLITIK

Koordinatorin: **Dr. Ursula Mehrländer**

Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum

Leiterin der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Tel.: 0228 883-245, Fax: 0228 883-398

Sekretariat: **Gisela Ehlen**

Tel.: 0228/883-246

Fax: 0228/883-398

Gisela.Ehlen@fes.de

www.fes.de/gender

Wissenschaftliche Arbeit

Dr. Barbara Stiegler

Wirtschafts- und sozialpolitisches

Forschungs- und Beratungszentrum

Arbeit und Sozialpolitik

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon: 0228 883-270

Barbara.Stiegler@fes.de

Dr. Gisela Notz

Historisches Forschungszentrum

Sozial- und Zeitgeschichte

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon: 0228 883-467

Gisela.Notz@fes.de

Dr. Manuela Erhart

Studienförderung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon: 0228 883-649

Manuela.Erhart@fes.de

Maria Holona

Studienförderung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon: 0228 883-636

Maria.Holona@fes.de

Politische Bildung

Kathrein Hölscher

Dialog Ostdeutschland

Forum Politik und Gesellschaft

Hiroshimastr. 17

10785 Berlin

Telefon: 030 26935-834

Kathrein.Hoelscher@fes.de

Anne Seyfferth

Dialog Ostdeutschland

Forum Politik und Gesellschaft

Hiroshimastr. 17

10785 Berlin

Telefon: 030-26 935-832

Anne.Seyfferth@fes.de

Dr. Eva Brehm

Politische Akademie

BayernForum

Elisenhof, Prielmayerstr. 3

80335 München

Telefon: 089 51 55 52-43

Evamaria.Brehm@fes.de

Brigitte Juchems

Politische Akademie

Akademie Management

und Politik

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon: 030 883-329

Brigitte.Juchems@fes.de

Katrin Fohmann

Gesellschaft für politische Bildung e.V.

Akademie Frankenwarte

Leutfresserweg

97082 Würzburg

Telefon: 0931-804 64-0

Katrin.Fohmann@fes.de

Magda Schirm

Gesellschaftspolitische Information

Regionalbüro Rheinland-Pfalz

Große Bleiche 18-20

55116 Mainz

Telefon: 06131 96 06 70

Magda.Schirm@fes.de

Internationale Arbeit

Pia Bungarten

Internationaler Dialog
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin
Telefon: 030 26935-815
Pia.Bungarten@fes.de

Judith Schwethelm

Internationaler Dialog
Westliche Industrieländer
Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin
Telefon: 030 26935-816
Judith.Schwethelm@fes.de

Dr. Beate Bartoldus

Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
Asien und Pazifik
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon: 0228 883-516
Beate.Bartoldus@fes.de

Christiane Kesper

Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
Entwicklungspolitik
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin
Telefon: 030 26 935-918
Christiane.Kesper@fes.de

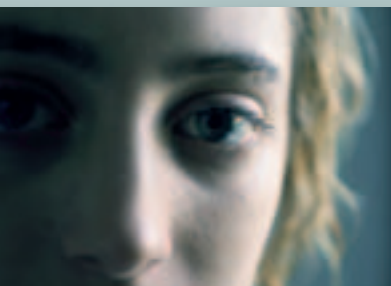
Astrid Ritter-Weil

Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
Entwicklungspolitik
Gender-/Frauenförderung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon: 0228 883-502
Astrid.Ritter-Weil@fes.de

Frauenbeauftragte der FES

Valentine Michaelis

Godesberger Alle 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883-668
Valentine.Michaelis@fes.de



www.fes.de

ISBN 3-89892-395-9